…enstag, 1. November 1983 - D ***

…l Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
…tige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) …04-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 255 - 44.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Neue Bewertung: Die Bundesregierung will ihre erste distanzierte Bewertung der amerikanisch-karibischen Intervention auf Grenada überprüfen. In die neue Bewertung sollen die erst nachträglich bekanntgewordenen Fakten wie Bewaffnung der kubanischen „Bauarbeiter" und die auf der Insel eingerichteten Waffenarsenale einbezogen werden.

Keine neuen Grundlagen: Kreise des „DDR"-Außenministeriums haben nach Meldung von dpa Berichte über Äußerungen des Abteilungsleiters Müller über eine „veränderte Geschäftsgrundlage" für Kontakte zwischen „DDR" und West-Berlin dementiert.

Opposition will Neuwahl: Die israelische Arbeiterpartei hat in der Knesset einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Parlamentsauflösung und vorgezogene Neuwahlen vorsieht. Der Antrag muß innerhalb 60 Tagen debattiert werden.

FDP lehnt ab: Die hessischen Liberalen haben nach der CDU ebenfalls das Angebot des hessischen Ministerpräsidenten Börner zu Parteigesprächen ohne konkretes Angebot einer eventuellen Regierungsbeteiligung abgelehnt. Als Verhandlungspartner bleiben der SPD in Wiesbaden so nur die Grünen.

Ära Perón zu Ende: Erstmals seit 40 Jahren hat die peronistische Partei bei freien Wahlen in Argentinien eine Niederlage hinnehmen müssen. Wahlsieger ist die Radikale Bürgerunion (UCR) mit ihrem Spitzenkandidaten Raúl Alfonsin. Das amtliche Endergebnis wird für Mittwoch erwartet.

Warnung Shamirs: Der israelische Regierungschef hat sich gegen eine mögliche amerikanisch-jordanische militärische Zusammenarbeit zum Schutz von US-Interessen am Golf ausgesprochen, meldet der israelische Rundfunk.

Grüne bei Honecker: Eine Abordnung der Bundestagsfraktion und des Vorstands der Grünen hat zu Beginn eines Empfangs bei SED-Chef Honecker einen „persönlichen Friedensvertrag" übergeben, in dem Abbau von Feindbildern und der Beginn einseitiger Abrüstung versprochen werden.

Heute: Bundeskanzler Kohl wird vom japanischen Kaiser Hirohito empfangen. – Finanzminister Stoltenberg trifft in Ost-Berlin SED-Politbüromitglied Mittag. – Präsident der EG-Kommission, Thorn, zu offiziellem Besuch nach Peking. – Eröffnung der Medizinischen Woche in Baden-Baden.

ZITAT DES TAGES



» Das Wunder von Grenada ist, wie schnell die kubanischen Arbeiter ihre Pflugscharen in sowjetische AK-47 Gewehre umschmiedeten «

Der republikanische Senator William Cohen aus Maine zu der amerikanischen Intervention in der Ostkaribik

FOTO: CAMERA-PRESS

WIRTSCHAFT

1984 gutes Aktienjahr: Auch angesichts der Höchststände des Kursniveaus an den Aktienmärkten bietet 1984 nach Ansicht von Deutsche Bank-Chef Christians weiter gute Aussichten.

Arbed Saarstahl: Der geplante Personalabbau soll schneller vollzogen werden, um die Forderung zu erfüllen, spätestens ab 1986 ohne Subventionen bestehen zu können. (S. 11)

Opel-Belegschaftswünsche: Ein Rationalisierungs-Schutzabkommen fordert die Belegschaft auf einer Betriebsversammlung: Opel hatte vor kurzem langfristige Personalkürzungspläne angekündigt.

Rekordgewinne: Den drei größten US-Automobilkonzernen General Motors, Ford und Chrysler winkt nach vierjähriger Flaute ein Rekordgewinnjahr. (S. 13)

Eigenkapitalhilfe: Verkehrsminister Dollinger spricht sich für zusätzliche Eigenkapitalhilfen an die deutschen Reeder im Haushalt 1985 aus. (S. 11)

Wohnungsbau: Die Zahl neu genehmigter Wohnungen steigt weiter: im August plus 38 089 Einheiten (Steigerung um 31,4 Prozent gegen 1982). Januar bis August wurden 280 532 neue Wohnungen genehmigt (plus 24,8 Prozent).

Börse: Der deutsche Aktienmarkt konnte sich zum Wochenbeginn gut behaupten. WELT-Aktienindex 148,3 (148,3). Am Rentenmarkt setzte sich kein klarer Trend durch. Dollar-Mittelkurs 2,6264 (2,6160) Mark. Londoner Goldpreis je Feinunze 382,00 (387,75) Dollar.

KULTUR

Europäische Kulturtage: Mit der Oper „Adriana Lecouvreur" hat das Badische Staatstheater Karlsruhe die diesjährigen Europäischen Kulturtage eröffnet. Bis 16. November gastieren Bühnen aus neun europäischen Ländern in Karlsruhe.

Austausch: In einer ungewöhnlichen Aktion tauschen das Städtische Kunstmuseum Bonn und das angesehene Stedelijk van Abbe-Museum in Eindhoven ihre modernen Kunstwerke aus, darunter Werke von Braque, Picasso und Beuys.

SPORT

Tischtennis: Die ehemalige Junioren-Europameisterin Olga Nemesch aus Rumänien setzte sich in Olten (Schweiz) von ihrer Mannschaft ab. Die 15jährige Rumänin soll sich seit gestern in der Bundesrepublik Deutschland befinden.

Hockey: Im dritten Spiel der Champion-Trophy in Karachi (Pakistan) siegte die deutsche Nationalmannschaft 3:1 über Neuseeland, nachdem Indien und Holland mit jeweils 2:1 geschlagen wurden. Das DHB-Team ist damit Tabellenführer. (S. 8)

AUS ALLER WELT

Hilfsaktion: Kälte und Schneestürme erschweren die Rettungsarbeiten im osttürkischen Erdbebengebiet. Etwa 1000 Tote wurden geborgen; die amtlichen Vermutungen sprechen von bis zu 2000 Erdbebenopfern. (S. 20)

Krieg beendet: Das andalusische Dorf Lijar hat jetzt seinen „hundertjährigen Krieg" mit Frankreich beendet. Die Gemeinde hatte 1883 dem Nachbarland „den Krieg erklärt", nachdem der spanische König Alfons XII. in Paris ausgepfiffen und mit Steinen beworfen worden war.

Wetter: Im Norden und Süden meist stark bewölkt, im Westen auch Aufheiterungen; Temperaturen bis 12 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Erweckungsthema – Günther Bading zur 35-Stunden-Woche S. 2

Aachen: Wenn ein Computer an der Rheinisch-Westfälischen Hochschule zum Prüfer wird S. 3

Hamburg: Eine Milliarde Mark Zuschüsse für das Sorgenkind NH-Städtebau S. 4

Nordrhein-Westfalen: Parteibuch-Politik oder Die doppelte Moral der Sozialdemokraten S. 5

Südafrika: Bis zuletzt blieben Volksabstimmung und Reformpläne richtig umstritten S. 6

Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 6

Kanada: Brian Mulroney, der Konservative Parteichef, wird zum Hoffnungsschimmer S. 7

Turn-WM: So erlebte Anja Wilhelm das erste Gerätefinale einer Deutschen S. 8

Fernsehen: TV-Produktionen für den internationalen Markt – Die „Deutsche Programm-Messe" S. 9

Berlin: Jazzfest 1983 – Vier elegante Herren brachten den Saal zum Toben S. 17

Argentiniens gewählter Präsident hofft auf die Hilfe der Europäer

Sieg Alfonsins beendet Vorherrschaft der Peronisten / Aufruf zur Einheit

DW. **Buenos Aires**

Raul Alfonsin, der die Wahlen zum Amt des argentinischen Staatspräsidenten gewonnen hat, hofft jetzt auf „die Solidarität der europäischen Demokraten", vor allem auf Finanzhilfe. Im französischen Fernsehen sagte der künftige Präsident, Argentinien könne seine Schulden nur durch seine Exportmöglichkeiten zurückzahlen.

Offenbar als Reaktion auf die Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen hat der Argentinien-Ausschuß der internationalen Gläubigerbanken sich gestern dafür entschieden, die ersten 500 Millionen Dollar eines Kredits über insgesamt 1,5 Milliarden Dollar spätestens bis zum 30. November an Buenos Aires zu zahlen. An diesem Tag soll das Wahlmänner-Gremium Alfonsin formell zum Präsidenten wählen. An dem Kredit sind insgesamt mehr als 300 Banken beteiligt. Gleichzeitig hat der Banken-Ausschuß Argentinien eine neue Frist zur Rückzahlung von 350 Millionen Dollar gewährt.

Durch den Sieg Alfonsins, des Präsidentschaftskandidaten der linksliberal orientierten „Radikalen Bürgerunion" ist am Wochenende in Argentinien die vier Jahrzehnte währende Ära der politischen Vorherrschaft des Peronismus zu Ende gegangen.

Nach Auszählung von mehr als der Hälfte der Stimmen bei den ersten Wahlen nach sieben Jahren Militärherrschaft ließen die Ergebnisse gestern auf eine Mehrheit von etwa 53 Prozent für die „Radikalen" und nur rund 39 Prozent für die peronistische „Gerechtigkeitspartei" schließen. Die Wahlbeteiligung hatte etwa 80 Prozent betragen.

Unmittelbar nach Schließung der Wahllokale würdigte Innenminister *General Llamil* Reston am Sonntagabend den „beispiellosen Urnengang". In verschiedenen Städten kam es allerdings zu kleineren Zusammenstößen zwischen Anhängern der Radikalen Partei und Peronisten.

SEITE 2:
Vier verlorene Jahrzehnte
SEITE 3:
„Die Diktatur ist zu Ende"

Nach dem Bekanntwerden der Tendenz des Wahlergebnisses rief der 57jährige Anwalt Alfonsin seinen Anhängern vom Balkon der Parteizentrale zu: „Dies ist ein Triumph ganz Argentiniens." In einem Rundfunkinterview sagte Alfonsin gestern: „Niemand hat gesiegt, denn wir alle haben unsere Rechte wiedererlangt." In einem Gespräch mit dem französischen Fernsehen sagte Alfonsin, er hoffe auf eine konstruktive Opposition der Peronisten, die „auf die eine oder andere Art im Kongreß der Nation gut vertreten sein werden". Nachdrücklich bekräftigte er seinen Willen zur „sozialen Gerechtigkeit".

Der Präsidentschaftskandidat der Peronisten Italo Luder räumte ein, daß eine Tendenz für Alfonsin erkennbar sei. Luder versicherte, seine Partei werde zur Demokratie stehen.

Beobachter führen den Sieg Alfonsins auf dessen klare Aussagen im Wahlkampf zurück. Er scheute sich dabei nicht, den herrschenden Militärs und den Gewerkschaften, die von den Peronisten beherrscht werden, entgegenzutreten. So hatte er unter anderem ein neues Gesetz gefordert, durch das die Rechte der Gewerkschaften eingeschränkt werden sollen. Alfonsin möchte durch die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und die Kürzung des Verteidigungsetats den Einfluß der Militärs langfristig einschränken.

Alfonsin tritt ein schweres Erbe an. Argentinien hat mehr als 100 Milliarden Mark Auslandsschulden, eine Inflationsrate von etwa 400 Prozent und eine Arbeitslosigkeit von rund 20 Prozent. Während des Falkland-Konflikts war Alfonsin als einer der wenigen argentinischen Politiker gegen eine militärische Intervention seines Landes eingetreten. Er befürwortet gleichwohl eine Rückgabe der Inselgruppe an Argentinien.

Alfonsin, der in seiner Partei dem linken Spektrum zugerechnet wird, hat gute Beziehungen zur SPD sowie zu den französischen und spanischen Sozialisten. Gestern betonte Alfonsin, daß sein Land weiterhin den blockfreien Staaten angehören müsse.

Alfonsin sucht einen „dritten Weg"

GÜNTHER BADING, **Bonn**

Staatsdirigistische Wirtschaftspolitik, Entmachtung der Gewerkschaften, Kompetenzbeschneidung beim Militär, in der Außenpolitik Protektionismus mit hohen Schutzzöllen und eine Abkehr von der traditionell engen Bindung Argentiniens an die USA – so stellt sich die künftige Politik des soeben gewählten Präsidenten Raul Alfonsin dar.

Eingriffe in den Wirtschaftsablauf und eine geradezu detailwütige Regelung jedes erdenklichen Ablaufs des öffentlichen Lebens sind in der Partei Alfonsins, der „Union Civica Radical", seit deren Gründung im vergangenen Jahrhundert Tradition. Alfonsin hat selber in knapper Form sein wirtschaftspolitisches Verständnis formuliert: „Wir lehnen eine staatliche Planung der Wirtschaft nicht ab. Im Gegenteil. Wir glauben allerdings, daß der Staat nicht alles schaffen kann, und wir bejahen bis zu einem gewissen Grade auch private Initiative", sagte er in einem Interview einer deutschen Zeitung. Und an anderer Stelle: „Ich trete für Wirtschaftsplanung ein. Wir müssen Schluß machen mit der totalen Öffnung für den schonungslosen Wettbewerb." Daß damit auch das Ausland gemeint ist, er also letztlich dem Protektionismus das Wort redet, machte Alfonsin mit dem Zusatz klar: „Wenn ich entschieden für Schutzzölle bin, will ich damit Untüchtige nicht subventionieren, sondern die Unternehmer für Strukturmängel entschädigen."

Das weitere Wirtschaftskonzept erinnert an die Beschlüsse des SPD-Parteitags 1932, die von Graf Lambsdorff als „Marterwerkzeuge" bezeichnet wurden: „Wir müssen die Kaufkraft der Bevölkerung erhöhen, um dadurch die Nachfrage zu beleben und somit die Produktion anzukurbeln. Das schafft Arbeitsplätze. Nur so kann die Wirtschaft wieder in Schwung gebracht werden." In Argentinien liegt die Inflation derzeit bei rund 400 Prozent, die Arbeitslosenquote bei zwölf Prozent.

In einem innenpolitischen Balanceakt will Alfonsin – so hat er es im Wahlkampf versprochen – sich sowohl mit den seit der Ära Perón mächtigen und auch während der jeweiligen Militärdiktaturen fast ungeschmälert einflußreichen Gewerkschaften als auch mit dem Militär anlegen. Die Gewerkschaften sollen „demokratisiert", die Entscheidungsprozesse transparenter gemacht werden. Alfonsin fordert die Abschaffung der Wehrpflicht und ein ziviles Oberkommando, dem sich die Spitzen von Heer, Marine und Luftwaffe unterzuordnen hätten. Aus diesen Gremien setzte sich während der Militärherrschaft stets die „Junta" zusammen.

Zur Außenpolitik hat Raul Alfonsin erklärt, er betrachte sich seit jeher als Vorkämpfer gegen „den Imperialismus". Gemeint ist damit Washington. Während des Krieges um die „Malvinas" (Falkland-Inseln), die auch Alfonsin für Argentinien reklamiert, hätten die USA bewiesen, daß sie den eigenen Interessen und nicht den „interamerikanischen Verantwortlichkeiten" dienten. Der künftige Präsident scheint den von Perón erdachten „Dritten Weg" zwischen den Blöcken steuern zu wollen, allerdings ohne Fixierung auf die „Blockfreien", sondern eher in Anlehnung an Europa.

USA wollen raschen Abzug aus Grenada

Interventionspläne für Nicaragua bestritten / Thatcher äußert scharfe Kritik an Washington

kie./DW. **Washington**

Die USA planen, ihre auf Grenada stationierten Truppen „so rasch, wie wir es eben können", zurückzuziehen. Unterstaatssekretär Lawrence Eagleburger (State Department) äußerte sich in diesem Sinne im amerikanischen Fernsehen. In Washingtoner Regierungskreisen sieht man die Chancen eines baldigen Abzugs gestiegen, nachdem am Sonntag der wichtigste der noch gesuchten Mitglieder der marxistischen Junta, General Hudson Austin, in Grenada gefangengenommen werden konnte. Der General stand dem Militärrat vor, der nach der Ermordung Premierminister Maurice Bishops die Regierung übernommen hatte.

Gleichzeitig mit der *Ankündigung* eines möglichst baldigen Rückzugs nahm die Reagan-Administration auch zum Thema Nicaragua Stellung. Im amerikanischen Fernsehen beantwortete der stellvertretende US-Außenminister Kenneth Dam die Frage

SEITE 2:
Kriegshelfer

nach einer geplanten Invasion in Nicaragua mit einem kategorischen Nein. Ähnlich äußerte sich auch Jeane Kirkpatrick, die amerikanische UNO-Botschafterin und Beraterin Reagans in seiner Mittelamerika-Politik.

Zur Kritik der europäischen Alliierten an dem Eingreifen in Grenada meinte die UNO-Botschafterin, die Verbündeten *zeigten traditionell* „nicht unbedingt viel Verständnis für amerikanische Sicherheitsbelange in Regionen außerhalb der NATO". Die Amerikaner seien zu sentimental, was Europa angehe. „Unsere Alliierten sind mit uns hauptsächlich alliiert in Fragen der Verteidigung Europas. Darüber hinaus haben sie eigene Interessen. Wir billigen häufig auch nicht, was sie tun", fügte Frau Kirkpatrick hinzu.

In scharfer Form hat die britische Premierministerin Margaret Thatcher erstmals offen die militärische Intervention der USA auf Grenada kritisiert. In einer BBC-Sendung meinte die Regierungschefin, sie sei zwar absolut gegen den Kommunismus und den Terrorismus. Wenn die USA aber überall eingreifen wollten, *wo der Kommunismus gegen den*

● Fortsetzung Seite 10

Bonn korrigiert Erklärung zu Grenada

rmc. **Bonn**

Die erste von der Bundesregierung vorgenommene eher negative Bewertung der amerikanischen Intervention auf Grenada wird offensichtlich von Bonn überprüft. *Regierungssprecher* Sudhoff wies gestern auf inzwischen bekanntgewordene „Elemente" hin. Dazu zählten die „sehr gut bewaffneten sogenannten kubanischen Bauarbeiter" und die gefundenen „Waffenarsenale". Diese Erkenntnisse würden in einer neuen Bewertung durch die Bundesregierung „später zu würdigen" sein. Der Regierungssprecher fügte hinzu, die Bundesregierung habe „volles Vertrauen in die amerikanischen Freunde, daß ihre Aktionen zur Wiederherstellung demokratischer Freiheiten" beitragen würden. Im übrigen verbiete das Völkerrecht eine derartige Intervention nicht.

Gemayel unter dem Druck der Opposition

dpa, **Genf**

Der libanesische Präsident Amin Gemayel sieht sich auf der „Versöhnungskonferenz" in Genf scharfem Druck der moslemischen Oppositionspolitiker ausgesetzt. Wenige Stunden vor Konferenzbeginn forderten der Drusenführer Walid Dschumblatt und der Vertreter der Schiiten, Nabi Berri, radikale Änderungen der Machtverhältnisse in Libanon durch Konzessionen Gemayels und seiner Falange-Partei. Dschumblatt forderte eine Verfassungsreform mit der Wahl des Präsidenten durch das Volk sowie ein Zweikammersystem.

Der Schiitenführer Berri erklärte: „Wir haben nichts zu vergeben. Die Falangisten müssen alle Konzessionen machen." Die Unabhängigkeit Libanons sei heute nicht durch Syrien bedroht, sondern eher durch Israel.

Seite 7: Syriens Schatten

London: Vetorecht über Einsatz der Cruise-Missiles

rtr, **London**

Großbritannien besitzt nach Angaben der britischen Regierungschefin Margaret Thatcher ein schriftlich verbrieftes Mitspracherecht über den Einsatz amerikanischer Marschflugkörper. Ein entsprechendes Abkommen soll sich speziell auf die in Großbritannien zu stationierenden Waffen dieser Art beziehen. Frau Thatcher sagte in einer BBC-Sendung: „Das bedeutet, daß Waffen, die im Ernstfall von unserem Territorium aus abgefeuert werden sollen, nicht ohne die ausdrückliche Zustimmung des britischen Premierministers eingesetzt werden können. Präsident Ronald Reagan hat mir gegenüber völlig klargestellt, daß diese Vereinbarungen einem Vetorecht gleichkommen."

Frau Thatcher äußerte sich am Vorabend einer Unterhausdebatte zu diesem Thema.

DER KOMMENTAR

Die Bonner Trompete

HERBERT KREMP

Nach dem Eingreifen der Amerikaner auf Grenada gibt die SPD-Opposition unverblümt zu erkennen, daß sie mit Washington „fertig" ist. Hans-Jochen Vogel spricht von einer Verletzung des Völkerrechts und einem Akt militärischer Intervention à la Afghanistan. Hans-Jürgen Wischnewski von einem schwarzen Tag für die NATO, und Hans Apel von einer Kanonenboot-Politik, die an Dummheit kaum zu überbieten sei. Mit mächtigen verbalen Ruderschlägen strebt die SPD vom Bündnis mit den USA, nicht nur von der Nachrüstung, weg. Sie will zwischen die Mühlsteine, koste es die Deutschen, was es wolle.

Für die Sicherheitsinteressen der USA hat die Opposition nach Schmidt kein sehendes Auge mehr. Der Gedanke, daß die Sicherheit Europas von diesen eigentlich auch in blinde Augen springenden Interessen abhängig ist, wird unter dem Primat einer auffrisierten Moral verworfen. Unter der Locke nistet nichts als Opportunismus. Die Parteileute haben den Eindruck, sie könnten durch offenen Anti-Amerikanismus die Schar ihrer Anhänger vergrößern. Sie sagen Christus und meinen Kattun – um ein altes polemisches, gegen England gerichtetes Wort zu zitieren. Im Inneren sind sie erleichtert über Grenada – es kommt ihnen gerade recht, die Stationierung neuer amerikanischer Raketen vollends verwerfen und das Monopol entsprechender sowjetischer Hegemonial-Waffen vollends akzeptieren zu können.

Rücksicht auf Argumente wird nicht mehr genommen. Auch nicht auf die Tatsache, daß die Amerikaner und einige karibische Staaten dem Hilfeersuchen des legitimen Staatsoberhauptes von Grenada gefolgt sind, also im Rahmen des Völkerrechts handelten. Sie haben keine Regierung ermordet wie die Sowjets in Afghanistan. Sie beschädigen nicht das Selbstbestimmungsrecht eines Volkes, sondern stellen es wieder her. Sie kämpfen nicht gegen Mudjahedins, sondern gegen bewaffnete, in Guerrilla-Krieg und Machtübernahme trainierte Kubaner, die das Regime Castros auf die Insel ausdehnen wollten. Die Waffenlager, die gefunden wurden, waren nicht „kapitalistisch", sondern kommunistisch.

Man braucht auf diese Unterschiede nicht zu achten. Man muß sich dann allerdings fragen lassen, welchen Frieden man will und welche Verbündeten. Sache der Regierung wäre es, auf die Realitäten zu verweisen. Daß dies in den *ersten Tagen unterblieb, ist* bedauerlich. Erst seit gestern gibt die Trompete einen klaren Ton.

„Scoon hatte das Recht, um fremde Hilfe zu ersuchen"

WELT-Interview mit Völkerrechtler Prof. Blumenwitz

DW. **Bonn**

Das Hilfeersuchen des britischen *Generalgouverneurs von Grenada*, Sir Paul Scoon, vom 24. Oktober an den Ministerpräsidenten von Barbados, Tom Adams, eine Friedenstruppe nach Grenada zu entsenden, bildet nach Ansicht des Würzburger Staats- und Völkerrechtlers, Professor Dieter Blumenwitz, eine ausreichende völkerrechtliche Grundlage für das Eingreifen der USA und mehrerer karibischer Staaten auf der Insel. Die Fragen an Professor Blumenwitz stellte Herbert Kremp.

WELT: Durften die USA und die anderen karibischen Staaten unter Berufung auf das Mandat einer regionalen internationalen Behörde, in diesem Falle der Organisation of Eastern Caribian States (OECS), kollektiv Gewalt anwenden?

Blumenwitz: Gewaltanwendung wird nicht schon dadurch legitimiert, daß Staaten kollektiv handeln. Nur die UNO könnte ein Mandat dazu vermitteln. Ein Staat, der mit anderen zusammen, also kollektiv, handelt, ist dazu nur im Falle der Notwehr oder im Falle der Nothilfe legitimiert.

WELT: Durften die Vereinigten Staaten eingreifen, um das Leben ihrer Staatsbürger zu retten?

Blumenwitz: Humanitäre Intervention gehört zu den umstrittensten Instituten des modernen Völkerrechts. Der amerikanische Eingriff geht aber entschieden über die Grenze einer humanitären Intervention hinaus. Dabei hätten die USA allenfalls in einem polizeiähnlichen Einsatz zur Rettung der knapp tausend US-Bürger eingreifen können. Sie machen aber mehr, sie haben ja auch politische Ziele.

WELT: Durften die USA eingreifen, um weiteren kubanisch-sowjetischen Interventionen zuvorzukommen oder um diese abzuwehren?

Blumenwitz: Prävention und Abwehr von Interventionen in gewaltsamer Form sind nur auf Ersuchen oder mit Billigung des betroffenen Staates möglich. Maßgebend ist deshalb der Brief des britischen Generalgouverneurs Sir Paul Scoon vom 24. Oktober.

WELT: Nach dem Wortlaut des Briefes, den die Nachrichtenagentur Reuters verbreitete, hat Sir Paul Scoon den Ministerpräsidenten von Barbados, Tom Adams, wegen der Menschenrechtsverletzungen, der Tötung des Premierministers Maurice Bishop und des „Autoritätsvakuums" um Hilfe ersucht. Er bat um die Entsendung einer Friedenstruppe der USA, Jamaikas sowie der Organisation ostkaribischer Staaten ...

Blumenwitz: Wenn dieses Dokument vorgezeigt werden kann, nach dessen Wortlaut der Generalgouverneur auswärtige Staaten um Hilfe ersucht *hat*, dann ist der *Eingriff auf* Grenada völkerrechtlich gerechtfertigt. Der Ausgangspunkt war eine Notstandssituation, wie sie nach der Tötung des legitimen Ministerpräsidenten Bishop durch Revolutionäre zweifellos auf der Insel bestanden hat. Man konnte zu diesem Zeitpunkt nicht mehr von einer effektiven Ver-

■ Fortsetzung Seite 10

Mit zehn Punkten wirbt die Sowjetunion um China

Afghanistan und Vietnam werden aber nicht erwähnt

AFP/DW. **Peking**

Die Sowjetunion hat China bei der in der vergangenen Woche abgeschlossenen dritten Runde der Normalisierungsgespräche einen detaillierten Zehn-Punkte-Vorschlag unterbreitet. Wie aus der sowjetischen Delegation nahestehenden Kreisen bekannt wurde, soll das Dokument vertrauensbildende Maßnahmen an den beiderseitigen Grenzen wie die Einrichtung eines „roten Telefons" Moskau–Peking, Erörterung der jeweiligen Truppenstärken an der sowjetisch-chinesischen Grenze und die Unterzeichnung eines Nichtangriffs-Pakts vorsehen.

China hat sich nach diesen Angaben bereit erklärt, den sowjetischen Zehn-Punkte-Vorschlag vorerst zu prüfen. Unter anderem sieht das Dokument die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone zwischen beiden Staaten vor. Nach Ansicht politischer Beobachter kommt diesem Punkt angesichts der Befürchtungen Chinas über die Aufstellung neuer sowjetischer *Mittelstreckenraketen im asiatischen* Teil der Sowjetunion besondere Bedeutung zu. Denn zur selben Zeit, in der die dritte Runde der Normalisierungsgespräche stattfand, stellte Moskau – nach westlichen Erkenntnissen – 18 neue SS 20 in Sibirien auf. Die Zahl der auf China und Japan gerichteten Mittelstreckenwaffen ist damit auf 126 gestiegen.

Wie gestern aus spanischen diplomatischen Kreisen zum Abschluß des Peking-Besuchs von Außenminister Fernando Moran Lopez verlautete, sind nach Ansicht Chinas bei den *Gesprächen kleinere Fortschritte* erzielt worden. Gegenüber Moran habe die chinesische Führung zugleich aber auch auf die seiner Ansicht nach weiter bestehenden Hindernisse für eine Normalisierung der Beziehungen zum Kreml hingewiesen. Die Stärke der sowjetischen Truppen an der Grenze nach China, die Unterstützung Moskaus für Vietnam bei dessen Intervention in Kambodscha und die Anwesenheit der sowjetischen Truppen in Afghanistan. All dies werde von Peking als Bedrohung der Sicherheit Chinas angesehen, während Moskau diese Fragen nicht als Gegenstand der bilateralen Konsultation anerkennen will.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Erweckungsthema

Von Günther Bading

Von Zeit zu Zeit verlassen die deutschen Gewerkschaften das jährliche Routine-Ritual der Lohnfindungsrunden in Tarifverhandlungen und rücken „große" Forderungen in den Vordergrund. Meist ist das der Auftakt zu langjährigen Kampagnen, oft genug führt die Weichenstellung in Richtung Arbeitskampf. In der Vergangenheit waren solche großen Themen, bei denen meist die IG Metall die Vorreiterrolle im Gewerkschaftsbund spielte, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für Arbeiter, die 40-Stunden-Woche und Fünf-Tage-Woche, dann die Mitbestimmung. Heute ist es die Verkürzung der Wochenarbeitszeit.

Wieder ist die stärkste und größte der siebzehn Einzelgewerkschaften des DGB in der Rolle des Vorkämpfers. Und die meisten anderen sind schon gefolgt oder wollen folgen. Da verlangt die Dienstleistungsgewerkschaft HBV die 35-Stunden-Woche; da wollen die Postler und jetzt auch die Lehrer nur noch sieben Stunden am Tag arbeiten. Bei den Lehrern soll die Frage nach der Realität der 40-Stunden-Woche heute nur am Rande gestellt werden.

Sicherlich kann man Gewerkschaften nicht auf die Rolle des alljährlichen Lohn-Pfadfinders beschränken. In Frage stellen muß man aber den der 35-Stunden-Forderung nachträglich unterlegten Anspruch, man wolle etwas gegen die Massenarbeitslosigkeit tun.

Die Forderung nach weiterer Arbeitszeitverkürzung stand bei der IG Metall immer im Zusammenhang mit „Humanisierung" des Arbeitslebens. Auch hat der Vorsitzende Hans Mayr soeben erst wieder bekräftigt, daß die Hälfte der Arbeitszeitverkürzung ohnehin durch innerbetriebliche Rationalisierung – also ohne Schaffung neuer Arbeitsplätze – aufgefangen werden könnte.

Nach drei enttäuschenden Lohnrunden, in denen teilweise nicht einmal der Reallohn erhalten wurde, haftet der neuen Forderung der Geruch des gewerkschaftlichen Selbstzwecks an, um in einer großen Kampagne die Mitglieder bei der Stange zu halten. Der IG Metall sei ins Stammbuch geschrieben, was der dort immer noch hochgeachtete Altkanzler Schmidt am Wochenende zum Thema sagte: „Die 35-Stunden-Woche kann nicht realisiert werden, wenn man nicht gleichzeitig bereit ist, auch nur für 35 Stunden Lohn zu erhalten."

Preis der Einigkeit

Von August Graf Kageneck

Die Sozialisten in Frankreich verlieren seit achtzehn Monaten alle Teil- und Nachwahlen. Alle Umfragen bestätigen ihnen einen rapiden Schwund der Gunst ihrer Wählerschaft. Die Enttäuschung ihrer Anhänger über die wirtschaftliche Talfahrt, die sie dem Lande beschert haben, macht schon längst nicht mehr vor dem Staatspräsidenten halt.

Aber die Parteisoldaten haben sich von all den Rückschlägen nicht entmutigen lassen. Mit der grimmigen Bockigkeit des Spielers, der weiß, daß er nichts mehr zu verlieren hat, haben sie sich auf ihrem Parteitag in Bourg-en-Bresse die Treue zu ihren Prinzipien geschworen. Der Wandlungsprozeß, für den Frankreich angeblich 1981 stimmte, soll nicht etwa abgebrochen, sondern vollendet und, so das Stichwort des Kongresses, endlich „gelebt" werden.

Das heißt: noch mehr Rechte für die Arbeiter, noch mehr Egalität aller Bürger, noch mehr Rammstöße gegen die „Mauer des Geldes", die immer noch das Experiment gefährden könnte. Was an Reformen verwirklicht wurde, muß unumstößlich gemacht werden, damit niemals mehr die Rechte an die Macht zurückkehren kann. Dazu ist Einheit notwendig. Diese Einheit wurde auf dem Parteitag wiederhergestellt. Staatspräsident Mitterrand selbst verlangte sie vom Parteivolk – unter Bruch mit den Traditionen der fünften Republik, die dem Staatschef eine Einmischung in das Parteileben verbieten –, und das Parteivolk gehorchte.

Kein Zweifel, die Sozialistische Partei hat sich in Bourg-en-Bresse radikalisiert. Mit dem Mut der Verzweiflung tritt sie die Flucht nach vorne an gegen eine imaginäre Rechte, die mit List und Tücke danach trachtet, den Sozialismus von der Macht zu verdrängen.

Die Einheit soll auch die Kommunisten umfassen. Der unbequeme Koalitionspartner wurde nicht verstoßen. Man bat ihn nur, seine Kritiken etwas zu mäßigen. Gegen die Mächte der kapitalistischen Finsternis kann man nur obsiegen, wenn Kommunisten und Sozialisten zusammenstehen. Und die Rechten in der Partei? Sie traten in Bourg-en-Bresse ins Glied zurück. Der Wind hat sich nicht nur versteift, er hat sich auch gedreht. Man würde heute lieber auf einen Michel Rocard als auf einen Georges Marchais verzichten.

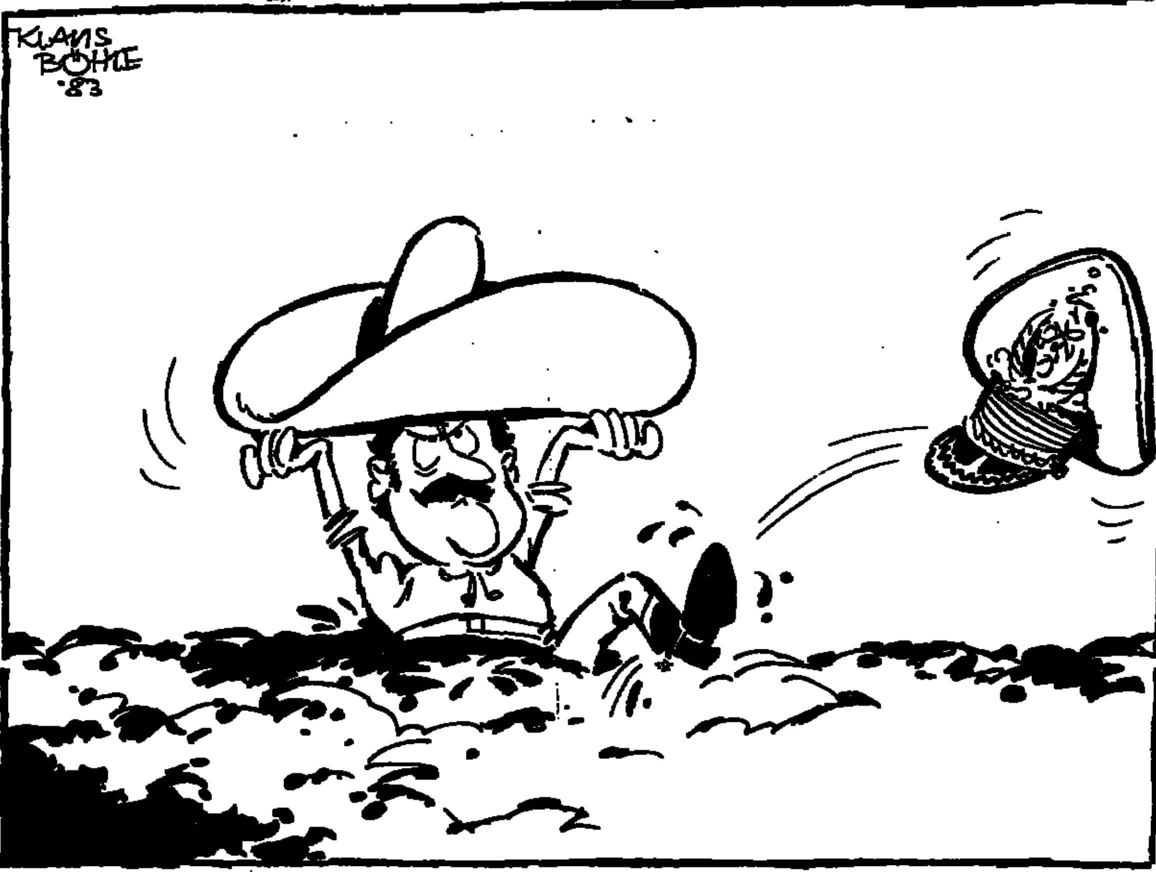
Kriegshelfer

Von Enno v. Loewenstern

Gekämpft haben auf Grenada jedenfalls, soweit man das bisher überblicken kann, nicht die Einheimischen. Die Waffen gegen die Befreiungstruppe aus der Karibik und aus den Vereinigten Staaten führten Kubaner. Und sechs Leute aus der „DDR" können sagen, sie seien dabeigewesen. Wie man hört, wurden sie nach den USA ausgeflogen – hoffentlich befragen die Amerikaner diese Revolutionsberater gründlich.

Von deutschem Boden, das schärft der allzeit friedliebende Erich Honecker jedem seiner Besucher aus der „Be-Er-De" ein, dürfe nie wieder ein Krieg ausgehen. Und jeder Besucher spricht den Lehrsatz tiefbeeindruckt nach, weder des Überfalls auf die CSSR 1968 noch auch jener unbesungenen deutschen Helden im afrikanischen Busch oder in der jemenitischen Wüste gedenkend, noch auch jener, die in den tropischen Paradiesen Mittelamerikas dazu beitragen, den Menschen das Leben zu Hölle zu machen. Sie sind nicht mit klingendem Spiel als Eroberer einmarschiert, sie sind auf Taubenfüßen nach Agentenart hinter den örtlichen Revolutionären, jedenfalls deren moskaugelenkter Abteilung, eingedrungen. Aber sie sorgen in ihrem bescheidenen Rahmen als Lehr- und Exerziermeister mit dafür, daß es bei der Moskauer Lenkung gegenüber den unglücklichen Autochthonen bleibt.

Ob man das nun direkt mit dem häßlichen Wort Krieg belegen will oder einfach von Gewalt gegenüber anderen spricht, es geht jedenfalls von deutschem Boden aus. In Angola beispielsweise herrscht Krieg, und ein Grund, weshalb dort ein gewalttätiges Regime sich gegen den offensichtlichen Willen der Bevölkerung und gegen die schwarze Befreiungsorganisation Unita behaupten kann, sind die „Entwicklungshelfer" vom deutschen Boden östlich der Elbe. Es ist zu wünschen, daß die Befragungen durch die Amerikaner den wirklich friedfertigen Deutschen ein paar Informationen an die Hand geben, mit deren Hilfe sie beim nächsten Staatsbesuch nachfragen können, wie das mit der Nonproliferation des Krieges von deutschem Boden aus wirklich gemeint ist.



Argentinien unter einem Hut

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Vier verlorene Jahrzehnte

Von Manfred Neuber

Argentinien hat einen neuen Anfang gewählt. Der künftige Präsident Raúl Alfonsin trägt die Hoffnung auf einen Aufbruch aus dem chronischen Debakel aus Versagen und Selbstmitleid in Buenos Aires. Südamerikas „europäische" Nation soll wieder Achtung vor sich selber und in der Welt erlangen.

Alfonsins Wahlsieg durchbricht den Circulus vitiosus von aufeinanderfolgender Herrschaft der Peronisten und des Militärs. Für Argentinien waren es vier verlorene Jahrzehnte. Ob wirklich eine Wende zum Besseren eingeläutet wurde, ob nie wieder putschende Generale unfähige Politiker verjagen werden, darüber gehen die Meinungen am La Plata je nach Standort auseinander.

Am 30. Oktober hat das argentinische Volk jedenfalls den Mythos Perons endgültig begraben. In der Stunde der Niederlage reißen nun die tiefen Gräben im Peronismus auf, die vor der Wahl das gemeinsame Streben nach der Macht überbrückt hatte. Von Isabel Perón, der zweiten Frau des toten Tribunen, ist aus dem Madrider Exil kein einigender Zuspruch zu erwarten. Auch sie verschwindet endgültig in der Versenkung.

Der Sieger vom Sonntag strahlt ein Charisma aus, das dem peronistischen Bewerber Italo Luder völlig fehlt. Aber auch ein Kandidat, der es wie einst Perón verstanden hätte, die Massen zu begeistern, wäre nicht durchgekommen. Denn die Peronisten gaukelten dem Wähler eine verklärte Vergangenheit vor, hatten aber nichts Wegweisendes für die Zukunft zu offerieren.

Wo steht Raúl Alfonsin? Flüsterpropaganda von links schmähte ihn als „Coca-Cola-Kandidat" und „Marionette der US-Botschaft". Das ist er gewiß nicht, wie seine scharfe Kritik an der US-Intervention auf Grenada beweist. Weit rechts sieht man in ihm einen „Linken im Schafspelz". Auch diese Charakterisierung geht wohl fehl wie jeder Vergleich mit europäischen Parteien. Er selbst hält sich für einen sozialdemokratischen Politiker ...

Das nach der Falkland-Schlappe und bei der Wirtschaftskrise dahinsiechende Militärregime könnte den Start der neuen Regierung erleichtern, wenn es die Amtsgeschäfte nicht erst am 30. Januar 1984 – wie vorgesehen – übergäbe. Hilfreich wäre es auch, wenn vorher noch eine Übereinkunft mit dem Internationalen Währungsfonds zustande käme, die Argentiniens drückendste Schuldenlast mildert. Alfonsin muß in dem potentiell reichen Land eine Bürde von vierzig Milliarden Dollar übernehmen.

„Sie waren angetreten, die Korruption zu beseitigen, aber sie haben alles korrumpiert, wenn sie abtreten", verurteilte Alfonsin die Militärs und ihre sieben Jahre als „das berüchtigste Regime in der Geschichte Argentiniens". Solche Anklagen trafen die Stimmung im Lande; sie brachten dem Wahlsieger vor allem die Stimmen der jungen Wähler ein. Aber der zivile Präsident braucht viel Geschick, um die Vergangenheit des „schmutzigen Krieges" der siebziger Jahre gegen den Terrorismus im Lande zu bewältigen, ohne das Rechtsempfinden der Nation zu enttäuschen und die Kommandeure zu „präventiven Maßnahmen" zu provozieren. Alfonsin versicherte: „Wir können nicht alles aufrollen, wir rufen nicht nach Vergeltung."

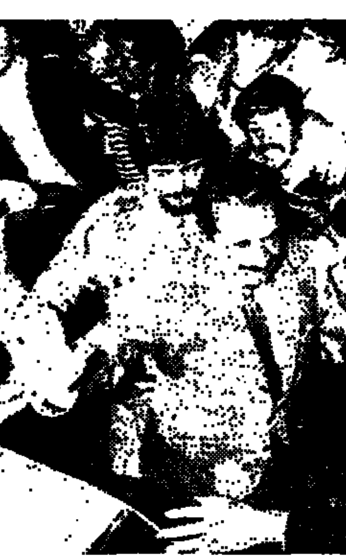
Als Wortführer der Ständigen Gesellschaft für die Menschenrechte will der designierte Präsident der Rechtsstaatlichkeit zur Geltung verhelfen und die zwielichtigen Umtriebe eigenmächtiger Geheimdienste und -Organisationen unterbinden. Insofern kann er auf Rückhalt in der Armee rechnen. Der kritische Punkt im Verhältnis zu den Militärs liegt bei dem Amnestie-Dekret, das die Junta kurz vor dem Abgang erließ und das Alfonsin nicht pauschal gelten lassen will.

Mit dem anderen starken Machtfaktor in Argentinien, den peronistisch gelenkten Gewerkschaften, könnte der künftige Präsident ein leichteres Spiel haben – die Mutterpartei ist zerrissen, den Funktionären sind die Wähler davongelaufen, die wirtschaftliche Lage des Landes schwächt die Stellung der Gewerkschaften. Über die Lohn- und Sozialpolitik wird Alfonsin versuchen, den Fluch der Gewerkschaftsdiktatur zu brechen.

Nach den verheerenden Auswirkungen eines ungezügelten Wirtschaftsliberalismus in den ersten Jahren des Militärregimes, der ganze Industriezweige in Argentinien durch den Konkurrenzdruck aus dem Ausland auslöschte, legte sich der Advokat Alfonsin als Anwalt der kleinen Leute, die um ihre Ersparnisse bangen und durch die galoppierende Inflation verarmen, auf eine „gemischte Wirtschaftsform" fest. Wo der Markt versagt, soll es staatliche Lenkung geben. Scharfe Worte gegen die Oligarchie und die Multis im Wahlkampf sind mehr als Rhetorik denn als Drohung anzusehen.

Mit Alfonsin kommt in Buenos Aires eine Equipe an die Regierung, die im Ausland nahezu unbekannt ist, unter ausländischen Beobachtern im Lande jedoch hohes Ansehen und Vertrauen genießt. Diese Männer haben sich nicht in der Partei hochgedient, sondern an Universitäten und Wirtschaftsinstituten profiliert. Nach dem völligen Fehlschlag der „Nationalen Reorganisation", die das Militär 1976 verhieß, gilt es jetzt, einen wirklichen Wandel herbeizuführen.

In der Außenpolitik sind von Alfonsin keine Überraschungen zu erwarten. Er wird einen pragmatischen Kurs je nach der argentinischen Interessenlage einschlagen. So wie er das amerikanische Konzept „ideologischer Grenzen" in Südamerika ablehnt, tritt er auch einer Umarmung durch den Osten innerhalb der Blockfreien entgegen. Der argentinische Zwiespalt, eine „christliche, westliche Nation" (Militärjunta) oder eine „Führungsnation der Dritten Welt" (Peronisten) zu sein, entsteht für Alfonsin nicht. Als Gegner des Falkland-Abenteuers ausgewiesen, sollte er die Gunst der Geschichte nutzen können, den anachronistischen Konflikt zu bereinigen. Jeder unnötige Krisenherd lenkt nur den Westen von der Hauptgefahr ab, die Alfonsin auch durchaus erkennt. Aber ein Land, das mit vielen tausend Toten und mit vierzig Milliarden Dollar Schulden belastet ist, hat einen steinigen Weg in die Normalität vor sich.



Ein Land mit Schuld und Schulden: Alfonsin FOTO: AP

IM GESPRÄCH Richard Gere

Schönheit statt Dynamik

Von Margarete v. Schwarzkopf

Es schien eine Weile, als sei die Zeit der großen Kinostars für immer vom Winde verweht. Kurz glühten immer wieder einige Kometen am Himmel auf, die ebenso rasch verschwanden, wie sie aus dem Nichts aufgetaucht waren. Und die wenigen Stars, die sich aus den sechziger Jahren bis in unsere turbulenten Achtziger hinüberretten konnten – Robert Redford, Paul Newman, Dustin Hoffman – machen sich im Kino rar. Bahn frei also für junge Talente, und siehe da – der Starkult, der totgesagte, er lebt nach wie vor und treibt kräftig Blüten.

Amerikas derzeit fast beliebtester junger Mann in und aus Hollywood heißt Richard Gere. „Was kann der Richard denn dafür, daß er so schön ist?" – was immer der Strahlemann dazu beigetragen haben mag, seine Fans danken es ihm. Die Amerikaner, mit Superlativen rasch bei der Hand, haben den 33jährigen Schauspieler zum Sex-Symbol der achtziger Jahre gekürt.

Ganz allein allerdings darf er nicht auf diesem hohen Thron sitzen. Er muß ihn sich mit dem schauspielernden Muskelpaket Sylvester Stallone teilen, den in letzter Zeit die Muse der Kino-Regie häufig küßt – und das erfolgreich. Und auch John Travolta, dem die Götter weniger Talent zum Spielen denn zum Tanzen schenkten, zählt zum Dreigestirn der attraktivsten Stars der Kinowelt made in USA.

Was den Richard aber von Sylvester und John unterscheidet, ist, daß er nicht nur breite Schultern und blitzende Augen besitzt. Er kann auch schauspielern. Das hat er seit seinem Bühnen-Debut im Jahre 1975 in einer Reihe von Theaterstücken am Broadway bewiesen, darunter auch „Bent" und „Grease", dem Stück, das als Filmversion Richards Kollegen John Travolta zu Filmruhm verhalf. Aber Gere ist auch schon mehrfach in Shakespeare-Dramen als „überdurchschnittlich guter Darsteller" (so eine Theaterkritik aus der



Jetzt auf Belmondos Spuren: Gere FOTO: DIE WELT

„Times") aufgefallen. Und selbst in Filmen wie „American Gigolo", wo Gere mehr als einmal eine gute Figur machen mußte (natürlich fast kleiderlos), zeigte er dramatisches Talent.

In diesen Tagen nun kommt er als Autodieb und Polizistenmörder Jesse Lujack in der Neuverfilmung von Jean-Luc Godards „Außer Atem" in unsere Kinos. „Atemlos" nennt sich das Remake von Jim McBride, einem amerikanischen Regisseur, der sich als Jünger Godards sieht. Den Dieb und Mörder in Godards Klassiker spielte als erster der damals um zwanzig Jahre jüngere Jean-Paul Belmondo, weniger hübsch anzusehen als Gere, aber ein Bündel Dynamit.

Gere, der Jesse in der neuen Fassung, glänzt vor allem in den Liebesszenen. Sein Kommentar: „Da ich für ein Publikum spiele, das sich aus Männern und Frauen zusammensetzt, ist es mir wichtig, allen zu gefallen. Dabei hoffe ich aber, daß die Leute merken, daß ich im Leben mehr erreichen will, als zum hübschesten Mann des Jahres erkoren zu werden. Ich möchte auch dann noch als Darsteller gefragt sein, wenn ich anstatt von Leidenschaft notgedrungen über Loyalität und wahre Freundschaft reden werde – aber bis dahin dauert es noch lange!"

DIE MEINUNG DER ANDEREN

THE NEW YORK TIMES

Der Korrespondent John Vinocur analysiert die Grenada-Reaktionen bei Amerikas Alliierten:

Das Verständnis für reine Machtpolitik ist viel stärker in Frankreich als in Großbritannien oder Westdeutschland. Michel Debré, der als Premier und Außenminister unter de Gaulle eine Karriere aus Anti-Amerikanismus machte, meinte letzte Woche völlig gelassen: „Der US-Präsident handelte gemäß einer berechtigten Einschätzung der Weltlage. Die amerikanische Macht zu manifestieren, ist ein wichtiger Vorgang, den die sowjetische Führung würdigen soll" ... Aber in Westdeutschland war es nicht zu erwarten, daß die SPD, die offen gegen die Raketenstationierung kämpft, die Sache so leicht abgehen lassen würde. Willy Brandt ... verglich Grenada sofort mit Afghanistan, ein bedeutsamer Hinweis für die Haltung der Partei gegenüber den USA und der Sowjetunion. Jedenfalls war der Einmarsch ein schwerer Schlag für die Regierung Kohl, die von europäischen Diplomaten immer öfter als unzulänglich in Energie und Ideen beschrieben wird.

Neue Zürcher Zeitung

Das Blatt meint über die Grenada-Kritiker in der Bundesrepublik:

Die Tendenz ist namentlich in Deutschland seit den siebziger Jahren der „Ostpolitik" und noch deutlicher seit dem Auswachsen der Friedenskampagne in eine Massenbewegung mächtig geworden. Sie ist dort auch immer noch ein Element jener Vergangenheitsbewältigung, die seit 1945 den Splitter im Auge des Nächsten sucht. Die eigene Identifikation, die Frage also, wo, wofür, für welche Ordnung und Werte man selber steht und welche politische Option sich daraus ergibt, das alles droht in dieser Aequidistanzmode mit ihrer betonten moralischen Arroganz unterzugehen. Die im kommenden Monat mit den Entscheidungsdebatten im Bundestag auf ihren politischen Höhepunkt gelangende Auseinandersetzung um die Raketenstationierung erhält damit noch einmal zusätzliche Schärfe, was mit Spiraleffekt wiederum auf Amerika zurückwirken wird ... Die Eindämmung der Sowjetunion, seit den späten vierziger Jahren das Grundthema westlicher Politik, scheint „im Prinzip" noch immer den Konsens der Regierungen und der Völker Westeuropas und Amerikas zu finden. Für die Handlungen hingegen, die dieses Prinzip an den verschiedenen Stellen des Globus erheischt, wo es jeweils aktuell wird, ist der Konsens offensichtlich schwerer zu finden.

Bild

Zur Demonstration der Grünen auf dem Roten Platz heißt es in dem Massenblatt:

Wenn ein Russe auf dem Roten Platz in Moskau demonstriert, wird er sofort von Polizisten zusammengeschlagen. Sechs Grüne durften dort zweieinhalb Minuten mit Spruchbändern auf Russisch unter anderem „sofortige einseitige Abrüstung" fordern. Die Mini-Demo wurde nicht vom sowjetischen Fernsehen übertragen, dafür vom deutschen. Guck mal, wie mutig, sollen die Bürger hier sagen. Damit die Kampagne für einseitige Abrüstung des Westens hier noch besser ankommt. Denn nur unsere einseitige Abrüstung will der Kreml.

Südafrikas qualvolle Wege um eine Verfassungsreform

Wo man die Schwarzen braucht und zugleich aussperrt / Von Heinz Heck

Der 2. November kann zu einem Schicksalstag für Südafrika werden. Das morgige Referendum über eine neue Verfassung, das – formal gesehen – eher den Charakter einer großangelegten Meinungsumfrage hat, beschäftigt seit Monaten die Nation. Plakate mit der Aufforderung „Vote yes" oder „Vote no" begegnen dem Besucher auf Schritt und Tritt.

Die weißen Wähler befinden darüber, ob Mischlinge und Asiaten (im wesentlichen Inder) auch eine parlamentarische Vertretung erhalten und der Präsident – zusammen mit der Regierungspartei – mit umfassenden Vollmachten ausgestattet werden sollen. Viele Sprecher der von diesem Willensbildungsprozeß ausgeschlossenen Schwarzen sehen darin die konsequente Fortsetzung, ja, den Abschluß der Rassentrennungspolitik, der Apartheid. Der bisher als gemäßigt geltende Zuluführer Gatsha Buthelezi erwartet bei mehrheitlicher Zustimmung zum Referendum harte Zeiten und rechnet mit gewalttätigen Auseinandersetzungen im Stil der siebziger Jahre.

Damit ist man bei einer Merkwürdigkeit dieser Volksabstimmung: der beinahe unbegrenzten Interpretationsfähigkeit des Abstimmungsergebnisses. Für „Ja" plädiert der auf Lockerungsübungen zwischen Weiß und Schwarz bedachte Regierungschef Pieter Willem Botha, der nicht nur sein politisches Schicksal mit der Wahl verbindet, sondern mit seiner bisherigen Politik die Bereitschaft zu dosierten Reformen nachgewiesen hat (immerhin in einem Maße, daß es zur Abspaltung einer Konservativen Partei von seiner Nationalen Partei gekommen ist).

Mit „Ja" könnten aber auch jene stimmen, die – wie die Schwarzen fürchten – darin eine Zementierung des Apartheidgedankens sehen, da nun auch Mischlingen und Asiaten ihr Platz zugewiesen wird.

„Nein" sagt hingegen nicht nur das konservative Lager, das von Botha in einem späteren Schritt auch die allmähliche Einbeziehung der Schwarzen fürchtet, obwohl er selbst offen sagt, daß „One man, one vote" in Südafrika für ihn kein Thema sei. „Nein" sagen auch jene Südafrikaner vor allem aus der englischsprachigen Bevölkerung, die dem Land ohne Integration der Schwarzen keine dauerhafte Zukunft geben.

Hinter jeder Frage nach politischer Veränderung in Südafrika steht – ausgesprochen oder nicht – die nach der künftigen Behandlung der Schwarzen. Dabei ist zu bedenken, daß die „Homeland"-Politik – also die Zuweisung der Schwarzen in fast durchweg wirtschaftlich unattraktive „Homelands" – nicht nur als gescheitert anzusehen ist. Die Schwarzen betrachten das ganze Land als ihr Land und sind im allgemeinen nicht bereit, sich mit einem Heimrecht in nur bestimmten Teilen des Landes abzufinden, die Weißen wiederum können schon aus wirtschaftlichen Gründen nicht daran interessiert sein, diesen Prozeß zu Ende zu führen, also alle Schwarzen in den Reservaten anzusiedeln.

Denn diese sind in wichtigen Wirtschaftszweigen des Landes, wie dem Gold- und Kohlebergbau, unentbehrlich. Die Bergwerke aber liegen – selbstverständlich! – außerhalb der Homelands.

Wirtschaftlich geht es den Schwarzen Südafrikas sicher besser als jenen in irgendeinem schwarzafrikanischen Land. Wenn dieser Umstand jedoch nicht zur politischen Beruhigung beiträgt, so vor allem deshalb, weil die Betroffenen diesen Vergleich meist nicht anstellen können und sie zu einer unnatürlichen Lebensweise gezwungen werden: Viele von ihnen arbeiten in den Minen und haben ihre Familie in den Homelands. Schwarzen vorbehaltene Städte wie das durch Rassenunruhen bekanntgewordene Soweto (Southwest Township) platzen aus allen Nähten, und die Ansiedlungspolitik besteht vor allem darin, gewachsenen Entwicklungen mit zeitlichem Abstand nachzulaufen und damit Gestaltungseinfluß einzubüßen.

So dürfen nur drei Prozent der schwarzen Belegschaft einer Mine mit ihrer Familie ständig dort wohnen – eine Bestimmung, die etwa von der größten Goldmine der Welt, Val Reefs Ltd., auch befolgt wird. Doch es geht auch anders: Als zum Beispiel die Shell ein auch aus Regierungssicht interessantes Kohlegewinnungs- und -exportprojekt in Angriff nahm, weigerte sich die Geschäftsleitung, die Drei-Prozent-Klausel zu akzeptieren. Mit dem Ergebnis, daß die rund tausendköpfige schwarze Belegschaft heute in Rietspruit mit ihren Familien wohnt.

Ethnische Argumente also nur als Vorwand für kommerzielle Fakten? Sicher nicht nur. Aber dieses Beispiel zeigt, wie auch ausländische Gesellschaften gegenüber der vermeintlich alles entscheidenden Regierung machtlos sind. Hier könnten, wenn Rietspruit Schule macht, Prozesse eingeleitet werden, die in die richtige Richtung weisen. Sie würden zudem für Botha – ganz gleich, wie die Wahl ausgeht und was das Ergebnis besagt – das Geschäft erleichtern, die Integration zu betreiben. Denn in dem Maße, in dem man die Schwarzen an der wirtschaftlichen Mitgestaltung des Landes teilnehmen läßt, widerlegt man diejenigen, die von einem schwarzen Einfluß das „Chaos" befürchten – so daß jene isoliert werden, die den Schwarzen aus lediglich rassistischen Gründen die Integration verwehren möchten.

Die weißen Kragen haben die blauen verdrängt

Die Avantgarde des Sozialismus in Frankreich – wie sieht sie aus? Längst nicht mehr sind es die Arbeiter in den Fabriken. Vor allem sind es Lehrer in Schulen und Universitäten. Beobachtungen auf dem Parteitag der Sozialisten in Bourg-en-Bresse.

Von A. GRAF KAGENECK

Von den Parteien Frankreichs zeigt die sozialistische ein unerwartetes Gesicht. Statistisch sieht es so aus: 35 Prozent Lehrer und Professoren, 24 Prozent Ingenieure, Techniker und höhere Angestellte der Industrie, 22 Prozent Büropersonal, 9 Prozent Freiberufler, ein gleich großer Anteil Beamte – und nur noch ein Prozent Arbeiter. Die Partei des Jean Jaurès, die sich 1920 von den Kommunisten getrennt und bis 1971 den komplizierten Namen „Französische Sektion der Arbeiter-Internationale" (SFIO) gegeben hatte, weil sie sich der von Moskau dirigierten III. Internationale nicht anschließen wollte, hat den Wandel der Zeiten in sechs Jahrzehnten getreu mit vollzogen. Die weißen haben die blauen Kragen ersetzt. Und die Avantgardisten des Sozialismus sind heute nicht mehr die längst von Emigranten ersetzten Arbeiter, sondern die Lehrer in Schulen und Fakultäten, die sich seit der Bildungsexplosion der fünfziger Jahre nicht zu Unrecht an den Schalthebeln der gesellschaftlichen Veränderungen wähnen.

Hier in Bourg-en-Bresse am Fuße des französischen Jura, wo die Sozialistische Partei Frankreichs ihren 7. Kongreß seit ihrer Neugründung durch Mitterrand im Sommer 1971 abhält, kann man an der Physiognomie des Saales diese Veränderungen ablesen. Etwa ein Drittel der 1600 Parteitagsdelegierten trägt den obligaten Backenbart des politischen „Instituteurs", wie man in Frankreich den Lehrer am Gymnasium nennt. Sie sind zwischen 25 und 35 Jahre alt und stets bereit, in eine äußerst animierte Diskussion über die Chancen des „wahren" Sozialismus in Frankreich einzutreten. Ebenso engagiert sind die weiblichen Kollegen, meist erkenntlich an ihren Brillen und dem selbstsicheren Gehabe, mit dem sie durch die Parteitagsgänge stolzieren. Man sieht ihnen förmlich an, daß sie glauben, die Jugend und damit die Zukunft Frankreichs auf Jahre hinaus gepachtet zu haben, und keinesfalls bereit sind, ihr Pachtrecht vorzeitig abzutreten.

Hier unten in Bourg-en-Bresse geben sie den Ton an, daß heißt sie bestimmen darüber, wo am stärksten Beifall gespendet wird. Die Sozialisten stehen vor einer ihrer schwersten Entscheidungen: Soll die Privatschule abgeschafft werden oder weiter als Konkurrenz zur staatlichen Schule mit staatlichen Mitteln unterhalten werden? Ein Gesetz ist in Vorbereitung, *das den Dualismus* beenden soll. Aber es stößt auf erbitterten Widerstand der Kirche und der katholischen Elternschaft. Wenn es etwas gibt, das die Herrschaft der Linken brüsk beenden könnte, so wäre es die Einführung einer laizistischen Einheitsschule in einem Land, in dem auch der Linkswähler am Sonntag zur Kirche geht und sein Kind in eine Religionsschule schickt. Mitterrand weiß dies und würde einer Entscheidung am liebsten ausweichen. Aber die Partei will, wie der Parteitag offenbarte, eine Entscheidung jetzt. Wenn schon keine Räte-, so doch wenigstens eine Studienräterepublik, scheinen sich die Institutoren geschworen zu haben. Und als der Premierminister Mauroy auf dem Höhepunkt einer außerordentlich polemischen Rede gegen die „reaktionäre Rechte, die auch als es Frankreich gut ging, nie etwas für die Arbeiter getan hat", ankündigt, das Schulreformgesetz werde noch vor Ende November verkündet und mit allen Sonderrechten aufräumen, donnert ihm ein Beifall entgegen, der die Fensterscheiben der riesigen Ausstellungshalle zittern läßt.

Hier unten am Jura haben die Sozialisten wieder Tritt gefaßt. Man hat ihnen nach all den Niederschlägen der letzten Monate soviel Mut zugeredet, daß sie voll Zuversicht wieder in ihren Alltag zurückkehren können. Es war der Parteitag der Halbzeit. Zweieinhalb Jahre haben sie noch bis zu den nächsten Wahlen vor sich. Zweieinhalb Jahre, in denen sie viel verlorenes Terrain zurückerobern und die Grundlagen zu einer Fortsetzung des Experiments legen müssen. Denn dieses ist, so sagten ihnen ihre Chefs, noch nicht beendet. Zwar habe man in 250 Gesetzen seit Mai 1981 soziale Reformen eingeführt, die niemand, auch die Kapitalisten, nicht, jemals wieder rückgängig machen könnten. Aber um sie endgültig zu verankern, müsse die Mentalität der Franzosen geändert, müßten ihre gesellschaftlichen Reflexe neu konditioniert werden. Und diese Transformation des Nationalcharakters müsse von einem hohen moralischen Anspruch aus vorgenommen werden.

„Für die Sozialisten liegen die Wurzeln unseres Engagements genau am Treffpunkt zwischen Moral und Politik", lautete der Kernsatz in der Rede des Kammerfraktionsvorsitzenden Pierre Joxe, einer der profiliertesten Ideologen der Partei. „Wir haben daher damit begonnen, zunächst einmal den Begriff des Rechtes neu zu definieren", erläuterte er. Wenn das Recht die Gesellschaft regiert und wenn dieses Recht gerechter, ausgewogener, egalitärer wird, dann wird die Befolgung dieses Rechtes zu einer höheren moralischen Forderung. – *Nehmen wir das Steuerrecht: In* einem System gerechteren Rechts hat die Verachtung der Steuerhinterziehung einen hohen moralischen Stellenwert. Wir können sie damit energischer verfolgen als der Kapitalismus. – Nehmen wir das Arbeitsrecht: Eine Gesellschaft, die die Arbeit an der Werkbank höher achtet *als den Profit aus dem Kapital, ist* die sozial gerechteste Gesellschaft. Wenn wir eines Tages in einem Frankreich leben können, in dem die Leute für das, was sie der Gesellschaft bringen, höher geachtet werden als für das, was sie ihr nehmen, brauchen wir keine Sozialgesetze mehr."

Sie glauben, die Moral und damit das Recht auf ihrer Seite zu haben, die Gesellschaft zu verändern. Haben sie auch die Zeit dazu? Das ist ihr großer Alptraum, ihre permanente Existenzfrage. Wird ihnen die andere Seite die Zeit lassen, die sie brauchen, um ihr Werk zu vollenden? Die Kommune von 1870 dauerte nur wenige Monate, ehe sie im *Blut der* Repression erstickt wurde. Die Volksfront von 1936 scheiterte nach eineinhalb Jahren am eigenen Unvermögen. Nach einem Jahr schneller Reformen und eineinhalb Jahren Austerity zur Ausbügelung ihrer wirtschaftlichen Sünden wird das Experiment von 1981 von der Mehrheit der Franzosen, so die letzten Umfragen, schon wieder verurteilt. Die Sozialisten wissen daher, daß die nächsten zweieinhalb Jahre über ihren Verbleib an der Macht entscheiden müssen.



Wenn der Computer zum Prüfer wird

Als „Nürnberger Trichter" kannte man sie schon, als Prüfer hatten sie kürzlich Premiere: An der TH Aachen wurden erstmals Computer bei einer Prüfung von Medizinern eingesetzt.

Von DIETER THIERBACH

Bei computerbegeisterten Studienräten wird es in gymnasialen Leistungskursen schon eine ganze Weile praktiziert. Informatikbesessene *wissenschaftliche* Assistenten haben an den Hochschulen auf diesem Gebiet ein weites Betätigungsfeld. Mit eher zaghaften Bleistiftkreuzchen auf lochkartenähnlichen Vorlagen fing es an, an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule in Aachen fand dieser Trend vorläufig seinen Höhepunkt: der vollelektronische Prüfer ist groß im Kommen.

Die Aachener Medizinstudenten fanden kürzlich bei einer Klausur nicht mehr das obligatorische Stück Papier mit dem notwendigen Fragenkatalog vor sich, sie alle sahen sich mit dem grauen Bildschirm eines Computerterminals konfrontiert. „Doch die Probanden traf das nicht unvorbereitet", erläutert Dr. Stephan Destunis vom Lehrstuhl für Medizinische Statistik und Dokumentation. Die Kandidaten – genau 354 an der Zahl – waren in zahlreichen Übungen schon „vorgetrimmt" worden. Für Leute mit Lampenfieber flimmerte ein Text mit begleitenden Erläuterungen über die Mattscheibe.

Wurde Genosse Computer bisher nur als „Nürnberger Trichter", sprich als Lernhilfe eingesetzt, kam er hier erstmals bei einer Prüfung zum Einsatz. Das elektronische Spielchen verlief nach dem bekannten „Multiple-choice-Verfahren". In Vierergruppen gesellten sich die Studenten jeweils um ein Terminal. Die Bewältigung der Aufgaben mutet leicht an, denn lediglich eine von sieben gestellten Fragen war richtig zu beantworten. „20 Minuten Zeit hatten die Kandidaten", erinnert sich Dr. Destunis, „aber nach einer Viertelstunde waren schon alle durch." Der geistige Ziehvater dieser Neuerung hat die Software selbst im Institut entwickelt.

Die Studenten zeigten sich von der neuen Prüfungsform sehr angetan. Von Lampenfieber keine Spur. „Lässig und leicht, ohne Streß und Zwang" ging man an die Sache. Das Prüfungsergebnis stand nach einigen Minuten fest: Durchgefallen war keiner. Ob dieser Erfolg nun zu einfachen Fragen, interner Schummelei oder – wie könnte es anders sein – dem Wissensstand der Kandidaten zuzuordnen ist, bleibt dahingestellt. Immerhin handelte es sich bei diesen Prüflingen um erfahrene „ältere Semester". Der „Ökologieschein" stellt mit seinem Testat „gehört und bestanden" ein notwendiges Übel für die Zulassung zum zweiten Staatsexamen dar.

Für Dr. Destunis ist dies alles erst ein testender Einstieg und ein sanfter Anfang, verbunden mit großen Vorteilen für Prüfling und Prüfer: „Man weiß im Anschluß sofort, welche Fragen kaum zu knacken waren und welche spielend im Handumdrehen gelöst werden konnten." Da die Prüfungsfragen für angehende Mediziner schon seit Jahren schematisiert sind, ergibt sich gerade hier – wie auch in den angewandten Ingenieur- und Naturwissenschaften – ein weites Betätigungsfeld für die Computerisierung.

Die oft recht subjektive Punktvergabe durch wissenschaftliche Assistenten, die zu Dutzenden nach Klausurende ihre rauchenden Köpfe über die eindeutig zweideutigen Lösungen der Studenten zusammenstecken („Meine Handschrift ist eben nicht die beste") gehört wohl bald der Vergangenheit an.

Werden die Bildschirmsichtgeräte einst den unterrichtenden Mediziner brotlos machen und ihn in die Rolle eines Operators manövrieren? – Dr. Destunis weist diese utopische Vorstellung zurück: „Die Abnahme von Routinearbeiten kann man dem Elektronengehirn beruhigt überlassen; der Arzt kann sich seiner eigentlichen Aufgabe dann mit um so größerer Intensität widmen."



Der Sturz eines Denkmals: 1955 war es ein Putsch, der Perón von der Regierung vertrieb, jetzt verlor seine Bewegung die Wahlen FOTO: KEYSTONE

„Argentinien, die Diktatur ist zu Ende"

Zehn Jahre nach den letzten freien Wahlen in Argentinien hat der Peronismus, Lateinamerikas größte politische Massenbewegung, eine schwere Niederlage erlitten. Der Kandidat der „Radikalen Bürgerunion", Raul Alfonsin, hat nach den Wahlen vom Sonntag beste Chancen, vom Wahlmänner-Kollegium zum 33. Präsidenten Argentiniens gewählt zu werden.

Von WERNER THOMAS

Raul Alfonsin hatte seinen Landsleuten „die Überraschung des Jahrhunderts" versprochen. Er hat Wort gehalten. An diesem sonnigen Sonntag des südamerikanischen Frühlings kann für Argentinien eine Alptraum-Ära zu Ende gegangen sein.

Buenos Aires bebte unter einem Freudentaumel. Hunderttausende Anhänger des siegreichen Präsidentschafts*kandidaten tanzten*, *sangen* und schrien bis in die frühen Morgenstunden. Die weiß-roten Fahnen der „radikalen Bürgerunion" (UCR) wurden geschwenkt und geküßt. Tränen flossen, Sektkorken knallten. Die Autofahrer veranstalteten ein schrilles Hupkonzert. Die Narhbarn des Partei-Hauptquartiers in der Nähe des Kongreßgebäudes verbrachten eine schlaflose Nacht.

„Ahora Alfonsin", lautete der am meisten skandierte Slogan – jetzt Alfonsin. Dieser schnauzbärtige Anwalt wird in Zukunft die Politik der Nation bestimmen, vielleicht sehr lange. Er hatte bereits den Wahlkampf do*miniert*, *mit* seinem *Charisma*, seinem Charme und seinem Redner-Talent. Der blasse peronistische Rivale, Dr. Italo Luder, wurde förmlich überwältigt. Die Argentinier staunten über das „Fenomeno Alfonsin", das Phänomen Alfonsin.

Raul Alfonsin (56), in der Provinzstadt Chascomus geboren, 200 Kilometer südlich von Buenos Aires gelegen, absolvierte eine kometenhafte Karriere, wie vor ihm nur noch ein Mann: Juan Perón. Vor eineinhalb Jahren galt er lediglich als Führer des linken Flügels dieser ältesten Partei Argentiniens (Gründungsdatum: 1891). Die Falkland-Tragödie verschaffte ihm dann die Startbasis zum Aufstieg. Er war der einzige prominentere Politiker, der Bedenken geäußert hatte gegen die Besetzung der Inseln und die Entscheidung der Militärs, den Krieg zu wagen. Er war der einzige Politiker, der diesem geschlagenen, gedemütigten Volk glaubwürdig eine bessere Zukunft versprechen konnte.

Der „Alfonsinismo" begann im Juli 1982, wenige Wochen nach der Niederlage, als Alfonsin im Sportpalast Luna Park die erste politische Veranstaltung seit dem Militärputsch (März 1976) organisierte. 6000 Menschen kamen. Die Ansprache erregte landesweites Aufsehen. Alfonsin erwies sich psychologisch als sehr geschickt. Er rief dazu auf, man müsse aus den Fehlern der Vergangenheit lernen, „*endlich*". *Argentinien habe* die Kraft dazu. Er verkündete eine „neue Ära". Der Redner klang wie ein Erweckungsprediger.

Die Fähigkeiten des Bewerbers der Bürgerunion, Menschen zu mobilisieren, erinnerten an die besten Tage Juan Peróns. Ende September drängten sich 90 000 Menschen in dem Fußballstadion der Provinzstadt Caballito. Eine Woche später sprach Alfonsin vor 100 000 Anhängern in Cordoba. Am Mittwochabend vergangener Woche versammelte er zwischen 800 000 und einer Million Personen vor dem Obelisken auf dem Prachtboulevard 9. Juli in der Hauptstadt. „Argentinien", rief er an diesem Abend mit seiner sonoren Stimme, „die Diktatur ist zu Ende." Und: „Wir werden dafür sorgen, daß sie nie wieder zurückkehrt."

Alfonsin, Vater von sechs Kindern, neigt zur Korpulenz und hat, trotz des strapaziösen Wahlkampfes, einige Pfunde zugelegt. Er verbreitet nicht nur Zuversicht. „Wir befinden uns in einer moralischen Krise", sagte er immer wieder und attackierte in diesem Zusammenhang scharf die Militärs und die (peronistischen) Gewerkschaften. Diese Institutionen seien verantwortlich für das argentinische Dilemma. Er will die Macht der Streitkräfte brechen und die Arbeitnehmerorganisationen „demokratisieren".

Der schmutzige Krieg soll beendet werden

Während einer Alfonsin-Präsidentschaft soll endlich das Kapitel des schmutzigen Krieges Ende der siebziger Jahre gegen den linken Untergrund bewältigt werden. Das Schicksal von 6000 bis 15 000 vermißten Menschen ist ungeklärt. Alfonsin möchte das von der Militärregierung dekretierte Amnestie-Gesetz rückgängig machen und den Richtern die Möglichkeit geben, den einzelnen Fällen nachzugehen.

Vage äußerte sich der Wahlkämpfer allerdings über das wohl schwierigste Problem Argentiniens, die Wirtschaftsmisere. Mindestens zwölf Prozent der arbeitsfähigen Argentinier sind arbeitslos. Die Inflationsrate galoppiert zur Zeit im Weltrekord-Tempo von jährlich 800 Prozent. Der Schwarzmarktwert des Dollar stieg innerhalb der letzten fünf Tage von 25 Pesos auf 30 Pesos.

Die wirtschaftlichen Pläne deckten sich mit den Versprechungen des peronistischen Rivalen Luder: Vollbeschäftigung. Größerer Schutz der nationalen Industrie vor der ausländischen Konkurrenz. Ein langfristiges Umschuldungsabkommen mit den Gläubigern. Wie die Inflation unter Kontrolle gebracht werden kann, wollte keiner der beiden Spitzenkandidaten erläutern.

Raul Alfonsin gewann die Wahlen, weil dieses traumatisierte Volk eine panische Angst hat, zum Chaos der Vergangenheit zurückzukehren. Der peronistische Wahlkampf bewegte sich zu sehr in den alten Zeiten. Typisch die Schlußveranstaltung am Freitag abend, wo ebenfalls eine Million Menschen vor dem Obelisken versammelt war. Da wurden Reden Juan Peróns vom Tonband abgespult. „Perón presente" (Perón ist anwesend), schrie die Menge", und: „Perón lebt." Die peronistische Jugend verteilte Bilder von Evita Perón mit der Aufschrift: „Die Hoffnung des Volkes". Pausenlos schmetterten die Massen die peronistische Hymne, in der Juan Perón als „erster Arbeiter" gewürdigt wird. Leicht entstand der Eindruck, daß ein Toter für die Präsidentschaft kandidiert und nicht Italo Luder.

Italo Luder (66), ein Anwalt wie Alfonsin, auch nach Ansicht seiner politischen Gegner ein integrer Mann, war auf der Tribüne von zwielichtigen Figuren flankiert. Links von ihm stand Lorenzo Miguel, der ehemalige Metallarbeiter-Boß, der heute die peronistische Bewegung führt, rechts von ihm Herminio Iglesias, der peronistische Kandidat für das Gouverneursamt der Provinz Buenos Aires. Beide werden dem Mafia-Milieu der Peronisten zugerechnet, in dem Schlägertrupps und Revolvermänner eine Rolle spielen. Iglesias setzte triumphierend einen Sarg aus Pappe in Brand, auf dem die Worte standen: „Es ruhe in Frieden Alfonsin".

Schließlich waren an diesem Abend noch einige hundert Jugendliche hinter einem schwarz-roten Transparent gruppiert, das verkündete: „Vaterland oder Tod. Montoneros". Zum ersten Mal seit dem Militärputsch ist die linksextreme peronistische Guerrilla-Organisation wieder in der Öffentlichkeit erschienen. Viele Argentinier, die sich noch mit Schrecken an den Terrorismus der siebziger Jahre erinnern, reagierten schockiert.

Raul Alfonsin wurde in erster Linie von der Mittelklasse gewählt. Er muß aber auch viele Stimmen aus Arbeiterkreisen erhalten haben, ein Alarmsignal für die peronistische Bewegung, der nach dieser ersten Niederlage in ihrer 40jährigen Geschichte zudem die Spaltung in einen linken und einen rechten Flügel droht.

„Peronismus ohne Perón ist wie ein Vogel ohne Flügel", sagte Luis Caeiro, einer der wichtigsten Wahlkampfstrategen Alfonsins. „Niemand *weiß, in welche Richtung er hinkt.*" Das Schicksal der größten politischen Massenbewegung Lateinamerikas ist nun ungewiß. Der Spaltungsprozeß hat sich bereits während der zweiten peronistischen Periode (1973 bis 1976) abgezeichnet, als die internen Auseinandersetzungen in Gewalt ausarteten. Jose Lopez Rega, der kontroverse Berater der damaligen Präsidentin Isabel Perón, „Der Hexer" genannt, ließ mit rechten Mordschwadronen die linken Montoneros bekämpfen, die sich wiederum auf gleiche Weise rächten.

Lösung des Streits nicht mehr mit der Waffe

Die Montoneros und die Vertreter der peronistischen Jugend beschuldigten auch Lorenzo Miguel, schmutzige Hände zu haben. Wenn Miguel bei Wahlkampfveranstaltungen auftrat, wurde er von den jungen Peronisten ausgepfiffen. Wie es heißt, sollen die alten Kontrahenten auf Betreiben Luders übereingekommen sein, in Zukunft ideologische Meinungsverschiedenheiten nicht mehr mit der Waffe auszutragen.

Juan Perón hatte eine Koalition so unterschiedlicher Interessen gebildet, daß sie immer in Gefahr war, *auseinanderzubrechen. Manche* Jung-Peronisten wären in einem anderen Land einer marxistischen Partei beigetreten. Die Montoneros eröffneten gar einen Guerrilla-Krieg. Auf der anderen Seite standen die rechten Gewerkschaftsbosse wie Lorenzo Miguel, denen neben einer grenzenlosen Korruption auch der Hang zum Faschismus vorgeworfen wurde.

Alle Gruppen berufen sich bis heute auf Perón und Evita, die 1952 an Leukämie verstorbene zweite Ehefrau des Generals. Der General war 1975 einem Herzinfarkt erlegen. Isabel, die dritte Lebensgefährtin, übernahm damals das Präsidentenamt. Der Peronismus lebte von der starken Führungspersönlichkeit Peróns. Es gibt heute keinen Mann mit seiner Integrationsfähigkeit. Italo Luder, der ehemalige Senatspräsident, war lediglich ein Kompromißkandidat, der allen Fraktionen als das geringere Übel erschien. (SAD)

Schwarzer will Präsident der USA werden

AFP, New York

Als erster schwarzer Amerikaner wird sich Jesse Jackson um den Präsidentensessel der Vereinigten Staaten bewerben. Im CBS-Fernsehen kündigte Jackson für Donnerstag seine offizielle Kandidatur für die Investitur der Demokratischen Partei an, für die es bereits sieben weitere Bewerber gibt.

Jackson leitet in Chicago die Organisation „People United to Serve Humanity" (PUSH), die dafür wirbt, daß die acht (von 18) Millionen wahlberechtigten Schwarzen, die sich nicht auf die Wählerlisten einzutragen pflegen, im nächsten Jahr von ihrem Bürgerrecht Gebrauch machen werden.

Shamir gegen Hilfe für Husseins Militär

rtr, Tel Aviv

Der israelische Ministerpräsident Yitzhak Shamir hat sich gegen amerikanische Pläne ausgesprochen, eine jordanische Kommandoeinheit zum Schutz amerikanischer Interessen im Golf auszubilden und dort einzusetzen. Wie Israels Rundfunk meldete, begründete Shamir vor einem Parlamentsausschuß seine ablehnende Haltung damit, daß sonst die Streitkräfte eines der Feinde Israels gestärkt würden. In Berichten israelischer Korrespondenten aus Washington hatte es geheißen, Präsident Ronald Reagan habe Sondermittel zur Aufstellung des Kommandos angefordert.

Parteienfinanzierung umstritten

AP, Hannover

Als „moralisch unmöglich und juristisch anfechtbar" hat der Bund der Steuerzahler die vom Bundestag geplante Neuregelung der Parteienfinanzierung kritisiert. Die Parteien bescherten sich immer wieder selbst, während der Staat gleichzeitig vom Bürger immer mehr zusätzliche Opfer verlange. Dies sei ein Skandal. Der Steuerzahler-Bund begrüßt deshalb die von den Grünen angekündigte Verfassungsbeschwerde gegen die angestrebte Neuregelung als „erfolgversprechend und notwendig".

Nach China warten auf Dohnanyi rote Zahlen

Von HERBERT SCHÜTTE

Nach der Rückkehr des Hamburger Bürgermeistes Klaus von Dohnanyi (SPD) am Wochenende aus China muß der ehemalige Staatsminister des Auswärtigen Amtes jetzt seinen globalen Blick wieder auf kommunalpolitische Krisenbewältigung verengen. Die finanzielle Lage des Stadtstaates ist in den zwei Wochen Abwesenheit nicht rosiger geworden. Im Gegenteil: Finanzsenator Jörg König diagnostizierte in der Zwischenzeit für 1984 zusätzliche Belastungen in Höhe von 76 Millionen Mark. Zudem entschloß sich der Senat, die Pleite seines Wohnungsbau-Engagements in Persien nun exakt offenzulegen: 90 Millionen Mark Verlust müssen in den Haushalt 1983 eingesetzt werden, was den Fehlbetrag auf rund 900 Millionen Mark erhöhen könnte.

Gründlich wie er ist, wird sich Klaus von Dohnanyi in der nächsten Woche in den Etatentwurf 1984 vertiefen, denn schon am 25. und 26.



November wollen Senat und Fraktion ihre Marschroute für die dreitägige Etat-„Schlacht" im Landesparlament Mitte Dezember festlegen. Doch auch das sorgfältigste Durchkämmen der Detail-Positionen wird den Bürgermeister nicht aus dem Dilemma der Finanzplanung für das kommende Jahr befreien – daß es nämlich nicht mit dem Kurieren von Symptomen, mit bescheidenen Abstrichen, etwa am Essensgeldzuschuß und an der Beihilfenregelung getan ist, sondern daß Schnitte in den Personalhaushalt notwendig sind, und zwar tiefe Schnitte.

Gewiß, schon jetzt hat Dohnanyi Ärger. Die Verdoppelung der Hundesteuer ließ Proteste laut werden, die Einführung einer Getränkesteuer machte noch mehr böses Blut. Doch die eingesparten Beträge waren nur ein Taschengeld im Vergleich zu den Entlastungen, die ein langsamer Abbau des aufgeblähten Verwaltungsapparates von rund 114 000 Bediensteten zur Folge haben würde.

Innerhalb der SPD wird hier eine Bruchstelle offengelegt. Denn die Philosophie des Senats lautet – noch –, daß es keine Verringerung der Beschäftigungsmöglichkeiten bei der Stadt geben soll. „Wir wollen nicht durch eigene Maßnahmen die Chancen auf einen Arbeitsplatz vermindern", verkündete Finanzsenator Jörg König kürzlich bei Einbringung des Etatentwurfs. Sein Parteifreund Gerd Weiland nahm als Vorsitzender des Haushalts-Ausschusses jedoch nach der Einigungsrede gegenüber dem Senat kein Blatt vor den Mund: der Senat müsse sich fragen – so erklärte Weiland –, „ob die relativ kleine Liste der Einsparungen im richtigen Verhältnis zu den unglaublich hohen zusätzlichen Belastungen für den Bürger steht".

Weiland ist offenbar entschlossen, schmerzliche Eingriffe für den öffentlichen Dienst zu empfehlen. „Wir müssen ein Zeichen setzen", meint ein anderes SPD-Mitglied des Haushaltsausschusses, „spätestens 1985 muß der Senat ein Prozent seiner Stellen vermindern – das brächte gut 50 Millionen Mark Einsparungen." Wobei – wie Elisabeth Kiausch, ebenfalls SPD-Mitglied im Haushaltsausschuß, betont – „niemand von uns an Entlassungen denkt". Doch der Senat könnte *nicht* besetzte Stellen endgültig streichen. In dem zu härteren Maßnahmen entschlossenen Fraktionsflügel wird auch ein „Herunterzonen" in der Stellenbewertung erwogen. Führende SPD-Abgeordnete denken zum Beispiel daran, die Eingangsbesoldungsstufe für künftige Volks- und Realschullehrer von bisher A 13 auf A 12 zu senken.

Heimkehrer Dohnanyi steht neben diesem Problem auch noch eine Klage der CDU vor dem Verfassungsgericht bevor. Auf den ersten Blick können nur Haushalts-Fachleute den Grund für die von der Opposition angekündigte Klage nachvollziehen: Der Haushalt 1984 soll von der Brutto- auf die Netto-Kreditaufnahme umgestellt werden. Was im Klartext heißt, daß die Tilgung von Krediten aus dem Haushalt herausgenommen werden soll. CDU-Fraktionschef Hartmut Perschau sieht darin den Weg, „daß die Tilgung von Altschulden nicht mehr aus Einnahmen, sondern als Regelinstrument aus Krediten finanziert werde". Für die CDU ist das Verfassungsbruch.

Neue Heimat: Abbau heißt die Devise

Eine Milliarde Mark Zuschüsse für Sorgenkind „NH-Städtebau" / Düsterer Horizont

UWE BAHNSEN, Hamburg

Im „Inter-Continental" an der Hamburger Außenalster legte Diether Hoffmann, 54, Chef des angeschlagenen Baukonzerns Neue Heimat (NH), in diesen Tagen vor einer ebenso aufmerksam wie besorgt lauschenden Runde früherer Kollegen die Karten auf den Tisch: Nüchtern schilderte der einstige Top-Manager der Bank für Gemeinwirtschaft den zusammengerufenen Vertretern der Kreditinstitute, die bei dem gewerkschaftlichen Bauriesen Engagements unterhalten, die Lage der Unternehmensgruppe.

Was Hoffmann mitzuteilen hatte, war für die Banker wenig tröstlich: Mehr als einen – dazu noch sehr vorsichtig diagnostizierten Silberstreifen an einem ansonsten düsteren Horizont konnte der NH-Chef seinen Zuhörern nicht bieten. Wie ein roter Faden zog sich durch seinen Bericht der ständige Hinweis auf die Risiken, die es in allen Bereichen, dabei weit mehr im Ausland als auf den Inlandsmärkten, einzukalkulieren und abzudecken gelte. Das Fazit: Gut eineinhalb Jahre nach jenem schwarzen Montag im Februar 1982, als die dubiosen Geschäftspraktiken des damaligen NH-Vorstandes unter Albert Vietor publik wurden, hat sich die Neue Heimat derzeit nur wenig von jener geschäftlichen Talsohle entfernen können.

Rigorose Trennungen

Mehr oder weniger rigoros muß Vietors Nachfolger sich jetzt von einem beträchtlichen Teil jenes weltweiten Imperiums trennen, das „King Albert" zusammengezimmert hatte. Zwar beteuert Diether Hoffmann, es werde „keinen Ausverkauf der Objekte" geben, doch den Zwang, im großen Stil Immobilien und Grundstücke zu veräußern, um drückende Belastungen loszuwerden, leugnet er nicht. Abbau, auch im Stellenbestand, ist die Devise.

In den letzten Monaten habe die Neue Heimat, so räumte der Konzernchef ein, den Banken „viel zugemutet", denn es habe an den notwendigen Zahlen zur Vertretung des Kredit-Engagements gefehlt. Die Zahlen, die er dann in seinem Referat selbst nannte, machen freilich deutlich, daß vor allem die nicht gemeinnützige Neue Heimat Städtebau das besondere Sorgenkind der gesamten Gruppe ist: Seit 1981 haben die Gewerkschaften als Gesellschafter der Neuen Heimat Städtebau Zuschüsse in Höhe von rund einer Milliarde Mark zur Verfügung stellen müssen.

Hoffmann nannte den Banken-Vertretern diese Summe als Indiz dafür, daß „die Gesellschafter ... zu dieser Unternehmensgruppe stehen". Zugleich mußte er ihnen jedoch mitteilen, das Jahr 1982 schließe für die NHS mit einem erneuten Jahresverlust von fast 440 Millionen Mark ab – Folge vor allem von „Risiko-Vorsorgemaßnahmen, deren Schwerpunkt im Auslandsbereich" liege. Die wichtigsten Stichworte für die Ursachen nannte der Referent gleich dazu: die weltweite Rezession, die Kursentwicklung des Dollars, die wirtschaftliche Entwicklung in Frankreich, dazu die Problemregionen Mittel- und Südamerika.

In welcher Weise außenwirtschaftliche Entwicklungen auf die gesamte Lage der Neuen Heimat durchschlagen, macht vor allem das Beispiel Mexiko deutlich, wo das Unternehmen umfangreichen Grundbesitz bislang vorhält. Die ursprünglich geplante Bebauung hat sich schon als unmöglich erwiesen; die Neue Heimat muß verkaufen, aber zugleich bei etlichen Grundstücken mit Erschließungsmaßnahmen beginnen, da sonst, so Hoffmann, „Baugenehmigungen verfallen, was noch höhere Verluste auslösen würde". Das eigentliche Problem liege aber *in der* Dollar-Verschuldung dieses Landes; allein in den ersten acht Monaten dieses Jahres habe sich der Dollar gegenüber dem mexikanischen Peso um 33 Prozent verteuert. Das seien „Entwicklungen, die durch keine Wertsteigerung einer Immobilie aufgefangen werden können".

Das Ergebnis: Für die Risiken und die laufenden Verluste 1982 in Mexiko muß die Gruppe einen Verlust von fast 90 Millionen Mark hinnehmen. Grundstücksverwertungen haben sich ebenfalls in Venezuela und in Brasilien als ausgesprochen schwierig erwiesen; Verluste von rund 54 Millionen Mark in Brasilien und fast 50 Millionen Mark Risiko-Vorsorge in Venezuela belasten das Ergebnis weiter. In Kanada fielen Verluste von fast 22 Millionen an, in Frankreich rund 115 Millionen abzüglich einer Verwertungsgarantie von 30 Millionen Mark.

Mit einem „gestrafften Leistungsbild" und deutlich geringeren „Kosten der Infrastruktur" will Hoffmann sich mit der „Neue Heimat Städtebau" im Markt behaupten. Was das für die Belegschaft bedeutet, belegte der Konzernchef den Bankenvertretern mit Zahlen zum Personalbestand, wobei er die Vokabel „Arbeitsplatzvernichtung", die den Gewerkschaftsführern bei jeder Gelegenheit so flott von der Zunge geht, vermied: Am 30. Juni 1982 beschäftigte die Neue Heimat Städtebau 721 Mitarbeiter; am 31. September 1983 waren es nur noch 633.

Tiefrote Zahlen hatte Diether Hoffmann den Banken auch aus dem gemeinnützigen Teil der Neuen Heimat vorzutragen. Zum Ende des vergangenen Jahres war, seiner damaligen Prognose zufolge, für 1982 ein Verlust von 245 Millionen zu erwarten. *Es wurden stattdessen fast 270* Millionen Mark – eine Folge von „zusätzlichen Vorsorgemaßnahmen, vor allem bei dem Verkauf von neu erstellten Einheiten". Für das laufende Jahr glaubt Hoffmann, den Verlust auf rund 160 Millionen Mark herunterdrücken zu können, und zwar vor allem durch den forcierten Verkauf von Gebrauchtwohnungen. Rund 10 000 Einheiten sollen im laufenden Jahr veräußert werden – eine Strategie, die jedem sozialdemokratischen Wohnungspolitiker ebenso Bauchgrimmen verursachen muß wie die Mitteilung Hoffmanns, daß zum 30. September dieses Jahres „insgesamt 6200 Vermietungseinheiten leerstanden, davon rund 1000 Wohnungen, weil sie im Rahmen des Gebrauchtwohnungsverkaufs veräußert oder modernisiert werden sollten". Schlimmer noch: Leerstände und Mietausfälle steigen.

Notwendiger Personalabbau

Der Zwang, Personal abzubauen, hat sich nach Hoffmanns Worten auch im gemeinnützigen Bereich der Neuen Heimat als unausweichlich gezeigt. Innerhalb eines Jahres sank die Mitarbeiterzahl bei der Holding Neue Heimat Hamburg von 276 auf 176, bei den Regionalgesellschaften von 3882 auf 3634.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang eine Personalie, die freilich in Hoffmanns Bericht nicht auftauchte: Zuständig für die Personalwirtschaft wie für die Wohnungsverwaltung ist der Arbeitsdirektor der Neuen Heimat, Erich Frister. Er war früher Bundesvorsitzender der Lehrergewerkschaft GEW und hat sich in seiner jetzigen Funktion zu einem Manager entwickelt, dessen robuste Methoden jeden Vergleich mit Usancen in der „kapitalistischen" Privatwirtschaft mühelos aushalten.

Börner kann nur noch mit den Grünen verhandeln

Nea. Wiesbaden

Der geschäftsführende Ministerpräsident Holger Börner (SPD) kann Verhandlungen über eine Koalition in Hessen zunächst nur mit den Grünen führen. Nach der CDU hat gestern auch die FDP in einem Brief an Börner die vom SPD-Landesvorstand angebotenen gleichzeitigen Verhandlungen mit allen Fraktionen ohne konkretes Angebot abgelehnt.

Der FDP-Landesvorsitzende Wolfgang Gerhardt sagte dazu: „Man kann über eine Koalition nicht in Form einer Ausschreibung verhandeln." Gleich*zeitig machte er deutlich, daß* er weiterhin zu einem persönlichen Gespräch über landespolitische Fragen mit dem Ministerpräsidenten zur Verfügung stehe. Die FDP werde freilich während der ganzen Legislaturperiode in der Opposition bleiben.

Am 11. oder 14. November wird also die SPD-Verhandlungskommission unter Börners Leitung zum erstenmal mit der Delegation der Grünen verhandeln. In seiner Grundsatzrede beim Landesparteitag in Baunatal am 5. November will der Regierungschef seinen Kurs verdeutlichen. Grundlage der Verhandlungen soll für die SPD zunächst ihr Wahlprogramm sein. In einer Klausurtagung in der Woche *nach dem Landesparteitag will die* SPD-Landtagsfraktion jedoch Beschlüsse über solche Positionen des Wahlprogramms fassen, die man in Verhandlungen eventuell zur Disposition stellen kann.

In einer stürmisch verlaufenen Sitzung des Landeshauptausschusses der Grünen in Bensheim scheiterte ein Versuch der sogenannten „Fundamentalisten", das Verhandlungsangebot an die SPD wieder zu Fall zu bringen. Allerdings wurde eine tiefe Kluft zwischen den beiden Richtungen sichtbar. Auf einem öffentlichen Forum in Fulda wollen die „Fundamentalisten" jetzt eine Art „radikalökologisches Programm" diskutieren.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Oxfort: Richter müssen Amt politisch neutral wahrnehmen

Berlins Justizsenator und FDP-Spitzenkandidat äußert sich zum Mäßigungsgebot

hrk. Berlin

In seiner ersten größeren politischen Auseinandersetzung seit Übernahme seines Amtes im März 1983 äußerte sich jetzt Berlins Justizsenator und FDP-Spitzenkandidat Hermann Oxfort grundsätzlich zum Konflikt zwischen Meinungsfreiheit und Mäßigungsgebot von Richtern und Beamten. Die Auseinandersetzung entzündete sich an disziplinarischen Vorermittlungen gegen zwei Richter, die sich an Aktionen der Initiative „Richter und Staatsanwälte für den Frieden" beteiligt hatten. Unterdessen unterzeichneten weitere 43 Richter und Staatsanwälte ein gegen die NATO-Nachrüstung gerichtetes Flugblatt, das zum Ausgangspunkt der Auseinandersetzungen wurde.

In einer grundsätzlichen Darlegung der Rechtslage äußerte sich Hermann Oxfort jetzt zu diesem Problem, das auch bundesweit eine erhebliche Rolle spielt:

„Zunächst ist klarzustellen, daß Richter und Staatsanwälte – wie jeder andere Staatsbürger – den Schutz der Meinungsäußerungsfreiheit insbesondere auch bei politischen Streitfragen genießen. Die Meinungsäußerungsfreiheit für Richter und Staatsanwälte unterliegt jedoch Grenzen. Die Grenzen werden bestimmt durch die im Grundgesetz verankerten besonderen Pflichten zur Erhaltung einer intakten Rechtspflege. Hierzu gehört vor allem, daß der Rirhter sein Amt politisch neutral als Diener des Rechts wahrzunehmen hat. Das hat für den Richter persönlich zur Folge, daß er sich innerhalb und außerhalb seines Amtes so zu verhalten hat, daß das Vertrauen in seine durch Artikel 97 Abs. 1 des Grundgesetzes garantierte Unabhängigkeit nicht gefährdet wird."

Oxfort stellt weiter fest, daß seine Auffassung durch das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung vom 30. August 1983 „in vollem Umfang" bestätigt worden sei.

Das Gericht habe hierbei ausdrücklich auf die aus der besonderen Stellung des Richters folgende Pflicht zur Zurückhaltung bei politischer Betätigung hingewiesen. Nach seiner, Oxforts, Auffassung bestehe bei zwei Richtern in Berlin der Verdacht, „daß sie durch öffentliche Meinungsäußerungen zum Nachrüstungsbeschluß gegen die im Deutschen Richtergesetz geforderte Zurückhaltungspflicht verstoßen haben. Die Einleitung von Vorermittlungen unterliegt dem sogenannten Legalitätsprinzip, nach dem bei Vorliegen des Verdachts des Verstoßes gegen Dienstpflichten ein Vorermittlungsverfahren zur Aufklärung des Sachverhalts eingeleitet werden muß".

Die Frage nach den Grenzen der Meinungsäußerungsfreiheit stelle sich auch bei Beamten. Bei ihnen sei dieses Grundrecht nur insoweit gewährleistet, als es vereinbar sei mit den in Artikel 33 Abs. 5 des Grundgesetzes verankerte Pflichten zur Erhaltung eines 'funktionsfähigen Berufsbeamtentums. „Auch diese Einschränkung hat das Bundesverfassungsgericht in der genannten Entscheidung ausdrücklich klargestellt."

In seiner Schlußbemerkung zieht Oxfort ein aktuelles Fazit seiner Rechtsbetrachtung: „Beamte oder Richter, die beispielsweise einer breiten Öffentlichkeit einreden wollen, die Blockierung von Straßen und Grundstücken zur Verhinderung der von einem Verfassungsorgan beschlossenen Nachrüstung sei nicht strafbar, sind konkret geeignet, das Vertrauen in eine objektive Amtsführung der Betroffenen ernsthaft zu gefährden. Die Alarmierung der Straße gegen die Entscheidung eines Verfassungsorgans wird von der Meinungsäußerungsfreiheit nicht gedeckt."

Die SPD-Opposition griff inzwischen den Justizsenator an und sprach von einer „frontalen Attacke auf die Meinungsäußerungsfreiheit von Richtern und Staatsanwälten". Die Verbreitung der Flugblätter sei nichts anderes als die Veröffentlichung einer Rechtsauffassung. Oxfort stehe mit seiner juristischen Ansicht „völlig isoliert da". Die Koalitionsfraktion von CDU und FDP unterstützten jedoch Oxforts Haltung.

„DDR" nutzt Kontakte als Status-Hebel

Aber die Berliner Bundestagsabgeordneten sollen weiter ausgegrenzt werden

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Die „DDR" versucht offenbar, das Drängen vor allem der SPD auf offizielle Kontakte zwischen dem Bundestag und der Volkskammer auszunutzen, um West-Berlin abermals statusmäßig auszugrenzen. FDP-Fraktionsgeschäftsführer Torsten Wolfgramm stieß Ende September bei einem Ost-Berlin-Besuch auf „erhebliche Vorbehalte", bei etwaigen Kontakten auch die 22 Westberliner Bundestagsabgeordneten einzubeziehen.

Andererseits versuchte die „DDR", wie berichtet, eine reine Volkskammer-Delegation zu pädagogischen Fachgesprächen nach West-Berlin zu schicken. Nach dem Motto „Kontakte ja, aber getrennt zum Bundestag und Abgeordnetenhaus", verfuhr die andere Seite auch bei ihrem jüngsten Einladungs-Trick. Gegen jede Abrede mit ihren Westberliner sozialdemokratischen Gastgebern veröffentlichte die „DDR"-Agentur ADN nach der fast gescheiterten Reise einer gemischten „DDR"/Ost-Berlin-Delegation nach West-Berlin eine bewußt irreführende Meldung. Sie erweckte den Eindruck, als hätten die Pädagogen mit „Vertretern des Abgeordnetenhauses von Berlin (West)" konferiert. In Wahrheit handelte es sich um den Arbeitskreis „Bildung" der Landes-SPD, dem keineswegs nur Abgeordnete angehören.

Nur zwei Ausnahmen machte die „DDR" bisher bei der Diskriminierung von Westberliner Bundestagsabgeordneten: Sie mußte den inzwischen verstorbenen Ex-Bürgermeister Franz Amrehn (CDU) als Chef der Bundestags-Delegation beim internationalen Parlamentarier-Treffen (IPU) vor einigen Jahren in Ost-Berlin notgedrungen akzeptieren.

Gestern wiederum obsiegte die politische Opportunität. Dirk Schneider, Berliner Bundestagsabgeordneter der AL, durfte als Mitglied der Grünen-Gruppe an Honeckers Tisch im Staatsratsgebäude sitzen.

Gleichzeitig jedoch beeilten sich zuständige Kreise des „DDR"-Außenministeriums gestern, angebliche Äußerungen des Abteilungsleiters Walter Müller über eine „veränderte Geschäftsgrundlage" für Kontakte mit West-Berlin zu dementieren. Derartige Äußerungen, wie sie in verschiedenen westlichen Medien Müller unterstellt worden seien, seien zu keinem Zeitpunkt erfolgt und entbehrten jeder Grundlage.

Die jetzt nach dem Treffen Weizsäcker–Honecker wieder ins Bewußtsein gerückte und offizielle und bis heute unveränderte Haltung Moskaus und der „DDR" gegenüber West-Berlin legte der frühere Berlin-Experte an der Ostberliner Sowjet-Botschaft, Viktor Beleckij, in einem nach dem Viermächte-Abkommen über Berlin erschienenen Buch dar.

Unter dem Pseudonym V. Vysockij schrieb er, nachdem sowohl Botschafter Pjotr Abrassimow, das Außenministerium und der damalige „DDR"-Unterhändler und Bahr-Verhandlungspartner Michael Kohl das Manuskript „gegengelesen" hatten:

„West-Berlin ist vor allem eine kapitalistische Enklave, eine Art Insel, ein Fremdkörper inmitten der Deutschen Demokratischen Republik. Es umfaßt die Hälfte oder genauer gesagt 55 Prozent des früheren Gebietes von Groß-Berlin, der Hauptstadt des damaligen Deutschen Reiches, und stellt heute eine selbständige, von dem anliegenden Territorium abgetrennte Stadt innerhalb der Grenzen der DDR dar, die nicht einmal klein ist.

... West-Berlin ist ein Sondergebilde mit einem besonderen Status, das nicht irgendeinem anderen Staat angehört und das unter Besatzungsregime steht, was das Leben dieser Stadt prägt."

Selbst Beleckij mußte jedoch einräumen, daß die Berlin-Frage keineswegs abschließend bis ins einzelne geregelt sei, was Ost-Berlin ständig behauptet. Er schrieb: „Seiner juristischen Natur nach konnte West-Berlin zu den besonderen staatspolitischen Gebilden vom Typ der ‚internationalisierten' oder ‚freien' Territorien und Freistädte gezählt werden." Allerdings müsse man den Vorbehalt machen, daß die „völkerrechtliche Lage der Stadt nicht völlig geregelt ist ...".

Die SED-Führung übernahm später, fast wortgleich, Formulierungen aus Beleckijs Standardwerk. Beispielsweise sagte Erich Honecker auf der Tagung des SED-Zentralkomitees im Juni 1973: „West-Berlin – diese kapitalistische Insel, dieses Sondergebilde inmitten der DDR – ist kein Bestandteil irgendwelchen Staates."

Vier Tage nach der „DDR"-Gründung am 7. Oktober 1949 wußte die SED jedoch noch exakt die Rechtslage einzuschätzen. Beim Besuch von Präsident Wilhelm Pieck sagte der damalige Oberbürgermeister Friedrich Ebert: „Berlin steht gemäß den Erklärungen der Alliierten über den Kontrollmechanismus in Deutschland und über die Besatzungszonen in Deutschland ... unter Vier-Mächte-Verwaltung. Wir respektieren diesen Status wie alle Bestimmungen, die von den vier Alliierten gemeinsam gezeichnet wurden."

Parteibuch-Politik oder Die doppelte Moral der Sozialdemokraten in NRW

dpa/hy. Düsseldorf

Eine Untersuchung der nordrhein-westfälischen SPD-Landtagsfraktion lastet den Regierungen in den unionsgeführten Bundesländern eine „totale Schwarzfärbung der Verwaltung" an. Diese Erhebung belegt nach den Worten des Düsseldorfer SPD-Fraktionsvorsitzenden Karl Josef Denzer, „wie rücksichtslos dort die CDU in der Personalpolitik vorgeht".

Die jüngste Ausgabe der Fraktionszeitschrift „SPD aktuell" listet auf, in Rheinland-Pfalz gebe es unter den Beamten und Angestellten aller Ministerien nur zwei Sozialdemokraten. „Der Rest hat das Parteibuch der CDU in der Tasche oder steht der CDU nahe." Auch außerhalb dieses Bereichs „sorgt die CDU für ihre Leute". Landratsposten, Regierungspräsidien, wichtige Stellungen beim rheinland-pfälzischen Sparkassen- und Giroverband seien Domänen der CDU. „Unter den Hunderten Referatsleitern in den bayerischen Ministerien" befinde sich „kein einziger Sozialdemokrat".

Durch eine „rigorose Parteibuchstrategie" ist der Dokumentation zufolge auch die Personalpolitik in Schleswig-Holstein gekennzeichnet. Sozialdemokraten in verantwortlicher Position würden gegen ihren Willen zu politisch unbedeutenden Behörden versetzt. Zitiert wird Ministerpräsident Uwe Barschel, der ausgeführt haben soll, daß „in der Beförderungspraxis sichtbar werden muß – und zwar geräuschlos –, daß unsere Regierung CDU-Freunde am ehesten für geeignet hält, CDU-Politik an Ort und Stelle zu verwirklichen".

Auch in den saarländischen Ministerien gehörten die Referatsleiter fast ausnahmslos der CDU an. Darüber hinaus seien dort Landesbank, Handwerkskammer, das Saarland-Toto, die Stiftung saarländischer Kulturbesitz, der Saarländische Rundfunk, die Universität, Saar-Stahl, der Abwasserverband, die Architekten- und die Ärztekammer „fest in CDU-Hand".

Der Düsseldorfer SPD-Fraktionschef Denzer resümierte, er müsse als Sozialdemokrat „schon fast ein schlechtes Gewissen bekommen, wenn ich die Beförderungspraxis in den CDU-Ländern mit der Wirklichkeit in der nordrhein-westfälischen Verwaltung vergleiche". Selbst in den Führungsetagen vieler NRW-Ministerien seien längst nicht nur Sozialdemokraten beschäftigt, und von den Referatsleitern gehörten nur die wenigsten der SPD an.

Der Aufschrei Denzers ist wohl deswegen so laut geraten, weil die SPD vielleicht davon ablenken will, daß Nordrhein-Westfalen – seit 17 Jahren von der SPD regiert – fest in der Hand von Genossen ist. Der oberste Richter ist ebenso Sozialdemokrat wie der Chef der Landesbank.

Schon vor der Bundestagswahl hatte Ministerpräsident Johannes Rau die Vision vom „totalen CDU-Staat" an die Wand gemalt und gesagt: „Wenn uns das nicht auf Trab bringt, was soll uns denn sonst auf Trab bringen?" Eine Aufstellung zeigt nun aber gut, daß fast alle Spitzenpositionen im bevölkerungsreichsten Bundesland von Sozialdemokraten besetzt sind: Vorsitzender des Vorstandes der Westdeutschen Landesbank: Friedel Neuber (SPD), Präsident der Landeszentralbank: Hans Wertz (SPD), Präsident des Verfassungsgerichtshofes und des Oberverwaltungsgerichts für Nordrhein-Westfalen: Diether Bischoff (SPD), Intendant des Westdeutschen Rundfunks: Friedrich-Wilhelm Freiherr von Sell (SPD), Chef des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe: Landesdirektor Herbert Neseker (SPD), Präsident des Landesarbeitsamtes Nordrhein-Westfalen: Olaf Sund (SPD), Präsident des Landesrechnungshofes Nordrhein-Westfalen: Günter Heidecke (SPD), Vorsitzender des Kommunalverbandes Ruhrgebiet: Jürgen Gramke (SPD), Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen: John van Nes Ziegler (SPD), Verwaltungsdirektor des Landtags Nordrhein-Westfalen: Heinrich Große-Sender, SPD (höchster Beamter der Landtagsverwaltung), Präsident des Regierungsbezirks Köln: Franz-Josef Antwerpes (SPD), Präsident des Regierungsbezirks Arnsberg: Richard Grünschläger (SPD), Direktor des Landesamtes für Besoldung und Versorgung: Günter Venohr (SPD).

Die personelle SPD-Pyramide setzt sich aber auch fort in den Ministerien und anderen Landesbehörden. So sollen von den 59 Spitzenbeamten des Landes mit der Eingruppierung nach B 7 (Ministerialdirigent) nur noch drei der CDU angehören: „letzte Spuren" der 1966 zu Ende gegangenen Landesregierung unter Ministerpräsident Franz Meyers. Seitdem rücken die Beamten mit SPD-Mitgliedsbuch unaufhaltsam in die oberen Etagen.

Spekulationen über Flucht eines Sowjet-Offiziers

SAD/DW. Ankara/Bonn

Unter westlichen Diplomaten in Ankara wird über die Flucht eines in türkischen Zeitungsberichten als hochrangig bezeichneten sowjetischen Offiziers, der sich an der Grenze zwischen der Sowjetunion und der Türkei in den Westen abgesetzt haben soll, spekuliert. Bei seinem Übertritt soll der Flüchtling Planungsunterlagen des Stabes der transkaukasischen Militärregion über den eventuellen Einsatz von bis zu sechzig sowjetischen Divisionen im Nahen Osten mitgebracht haben.

Das türkische Außenministerium hat Berichte über eine Flucht allerdings nicht bestätigt. Auf eine entsprechende Anfrage erklärte Außenminister Türkmen, ihm sei „nichts bekannt". In diplomatischen Kreisen wird dazu einschränkend bemerkt, die Regierung in Ankara wolle offenbar eine Belastung der Beziehungen der Türkei zur Sowjetunion vermeiden. Zuständige Stellen in der türkischen Hauptstadt versicherten jedoch gestern auf Anfrage der WELT, von einem geflüchteten Sowjetgeneral Grischin, wie er in Gesprächen bezeichnet worden sei, sei nichts bekannt geworden. Gerüchteweise war statt eines desertierten Generals auch von einem vor einiger Zeit via Türkei in den Westen übergetretenen Oberst die Rede. Sowjetische Diplomaten meinten zu den Flucht-Berichten, es handele sich um eine „lächerliche, nicht einmal dementierwürdige Behauptung".

Demgegenüber behaupteten Stellen in Ankara, Sowjetbeamte hätten jedoch nach dem ersten Bericht der türkischen Zeitung „Hürriyet" am 8. Oktober beim türkischen Außenministerium die Rücküberstellung des Flüchtlings mit der Begründung verlangt, er habe versehentlich die Grenze bei der Ortschaft Leninakan überschritten.

Militärische Beobachter des Westens sind im Dreiländer-Eck Türkei–Iran–Sowjetunion ständig mit der Überwachung der dort stationierten sowjetischen Divisionen, die als Eingreiftruppen für den Nahen Osten dienen könnten, beschäftigt. Auswertungsberichte der Satellitenkontrolle ergaben in den letzten Tagen keine Veränderungen entlang der sowjetisch-türkischen Grenze.

Jaruzelski fürchtet die westlichen Milliarden

Polens private Bauern warten auf Warschaus Zusage

ELISABETH RUGE, Bonn

Auf beiden Seiten ist der gute Wille zur deutsch-polnischen Zusammenarbeit vorhanden. Das sollten auch die hochkarätigen Besuche aus Warschau deutlich machen: Erst kam der Klubobmann der Demokratischen Partei, Fajecki, nach Bonn, wenig später machte Politbüromitglied Barcikowski, ZK-Sekretär der polnischen Arbeiterpartei, die Runde bei den Bonner Parteispitzen. Doch wenn es um das Projekt des kirchlichen Hilfsprogrammes für die privaten Bauern, Handwerker und Händler in Polen geht, dann winden sich die polnischen Politiker.

Es ist ein heikles Thema, das in Polen inzwischen zum Politikum zwischen der katholischen Kirche und der kommunistischen Regierung geworden ist. Die polnische Regierung – sonst für westliche Kredite aufgeschlossen wie kein anderes östliches Land – ist hin- und hergerissen zwischen dem offenkundigen Vorteil und dem befürchteten Nachteil: Aus der Sicht des kommunistischen Staates ist es ein gefährliches Experiment, das zu einem erheblichen Machtverlust der Regierung führen könnte. Denn die vorgesehenen 3 bis 5 Milliarden Mark würden den privaten Sektor der polnischen Landwirtschaft langfristig festigen. Das würde aber die sogenannten sozialistischen Veränderungen auf dem Lande endgültig durchkreuzen. Noch wichtiger jedoch wäre, daß die private Landwirtschaft weitgehend unabhängig würde von der staatlichen Bürokratie. Damit wäre das Ziel erreicht, für das schon die verbotene Land-Solidarität gekämpft hatte. Der polnische Bauer ist nur theoretisch ein freier Produzent. Er kann nicht entscheiden, wo er Landmaschinen kauft, er kann nicht einmal entscheiden, wem er seine Milch verkaufen will – der Staat hat auf alles ein Monopol.

So möchte er auch seine Hand fest auf die Verteilung des westlichen Spendengeldes legen. Landwirtschaftsminister Zieba sagte kürzlich unmißverständlich: „Die Landwirtschaft ist ja unteilbar, man muß alle Sektoren unterstützen." Deswegen hatte die polnische Regierung vorgeschlagen, ein Drittel der Spenden den privaten Bauern zukommen zu lassen und den Rest zu gleichen Teilen auf die Handwerker und die Industrieunternehmen für landwirtschaftlichen Bedarf zu verteilen. Westliche Kredite für die staatliche Pestiziden-Industrie seien hochwillkommen, sagte Zieba. „Wenn das akzeptiert wird", kommentierte prompt ein illegales Blatt der Opposition, „dann können wir die 5 Milliarden abschreiben; sie werden genausogut angelegt wie die 25 Milliarden Dollar in der Gierek-Zeit."

Primas Glemp – der bereits am 6. 6. 1983 von General Jaruzelski das generelle Einverständnis erhielt – behandelt das Thema mit größter Diskretion. Er vermeidet alles, um die polnische Regierung öffentlich unter Druck zu setzen und verfolgt damit eine Strategie der kleinen Schritte, die von Warschau über den Vatikan zum Westen und zurück führen. Er hofft in geduldigen, zähen Verhandlungen auf die Durchsetzung der wichtigsten kirchlichen Forderung: einer unabhängigen Stiftungsorganisation mit völliger Handlungsfreiheit.

Nach Meinung von polnischen Experten könnte das Hilfsangebot aus dem Westen, das zur Hälfte aus öffentlichen Mitteln der EG sowie den USA, zur Hälfte aus kirchlichen Mitteln der europäischen Bischofskonferenzen sowie aus privaten Spenden kommen soll, die polnische Landwirtschaft in relativ kurzer Zeit wieder auf die Beine bringen. Das Land wäre imstande, sich selbst zu ernähren und könnte künftig sogar auch Überschüsse exportieren.

Inzwischen kommt Druck auf aus der polnischen Bevölkerung: Durch die Erklärung Lech Walesas, er werde die 500 000 Mark für seinen Friedens-Nobelpreis dem landwirtschaftlichen Fonds beisteuern, ist das Hilfsangebot aus dem Westen schlagartig in Polen bekannt geworden. Bislang hat die polnische Regierung sich krampfhaft gescheut, das Thema an die Öffentlichkeit zu bringen. „Typisches Zeichen von Verlegenheit", meinen Eingeweihte in Polen. „Wie auch", so sagen sie, „soll man Menschen, die in den Fleisch- und Lebensmittelläden stundenlang Schlange stehen, überzeugen, daß man das Angebot von 5 Milliarden Mark nicht annehmen kann – oder will?"

In Polen wieder Butter und Fett rationiert

DW. Warschau

Einen Tag nach der Ankündigung neuer Rationierungen von Butter, Schmalz und Margarine zum 1. November bildeten sich vor den Lebensmittelgeschäften in Warschau gestern lange Schlangen. Butter war jedoch schon am Vormittag meist nicht mehr zu bekommen. Nach fünf Monaten freien Verkaufs wurde die Bevölkerung von den neuen Rationierungen völlig überrascht.

Noch im Sommer war in den Massenmedien von einer Milchschwemme und daraus resultierenden Schwierigkeiten bei Produktion und Lagerung berichtet worden. Angeblich wurde von der Bevölkerung, seitdem die Rationierung zum 1. Juni aufgehoben worden war, im September soviel Butter gekauft, daß die regelmäßige Versorgung der Läden in Frage gestellt wurde. Die Monatsration für Erwachsene beträgt jetzt ein halbes Kilo Butter und ein dreiviertel Pfund anderes Fett (Schmalz, Margarine oder Speck).

Heftige Kritik seitens der Parteiorganisation der Danziger Lenin-Werft sowie der Stadtpartei haben dazu geführt, daß der Generaldirektor der Werft, Stanislaw Zaczek, um seine „Entlassung gebeten hat". Die Demission sei auch prompt angenommen worden, hieß es. Wie aus „Solidaritäts"-Kreisen verlautet, war Zaczek von Jaruzelski persönlich nach der Verhängung des Kriegsrechts zum „General" der Werft ernannt worden, die die Wiege der „Solidarnosc"-Gewerkschaft ist und zu deren Belegschaft Lech Walesa gehört. Jetzt wurden Zaczek in erster Linie ein „autokratischer" Führungsstil und Unfähigkeit, die Verwaltungsprobleme der großen Werft zu lösen, vorgehalten. Exilpolnische Kreise gehen davon aus, daß Zaczek im Zusammenhang mit dem angeblichen Kampf der Partei mit der Krise auf der Werft zum Sündenbock gemacht wird.

Der polnische Primas Kardinal Glemp ist am Samstag auf Einladung des ungarischen Episkopats zu einem 2tägigen Besuch in Ungarn eingetroffen. In Esztergom hat er während eines feierlichen Hochamtes gegenüber Kardinal Lekai den Wunsch geäußert, daß die Ungarn auch einmal „den Papst, den großen Friedensapostel, bei sich beherbergen" könnten.

Die Weißen in Südafrika entscheiden über Änderung ihrer Machtstruktur

Bis zuletzt blieben Volksabstimmung und Reformpläne von Premier Botha umstritten

Von MONIKA GERMANI

Bei dem morgigen Referendum soll sich die weiße Bevölkerung Südafrikas entscheiden, ob sie Kapmischlinge und Inder künftig an der Regierung beteiligen will, nachdem die Verfassungsänderung bereits im August vom Parlament verabschiedet worden war. Die Reformpläne von Premierminister Pieter Willem Botha gehören zu den umstrittensten Fragen der südafrikanischen Innenpolitik. Sie haben die bisher mühsam verdeckten Spannungen innerhalb des Burenvolkes offenbart. Während Anhänger der Regierung Botha und der kleinen rechtsliberalen „Neuen Republik Partei" die neue Verfassung als „einen ersten richtigen Schritt" zur Einbeziehung der beiden braunen Völker in Parlament und Kabinett sehen, stößt die neue Verfassung bei den beiden Oppositionsparteien, den linksliberalen Progressiven und der rechten „Konservativen Partei" auf starken Widerstand.

Jedes Parlaments-Mitglied kann Präsident werden

Das künftige Parlament soll aus drei Kammern bestehen, mit 178 Vertretern für die 4,5 Millionen Weißen, 85 Abgeordnete für die 2,5 Millionen Kapfarbigen und 45 Vertretern für die knapp 800 000 Inder des Landes. Jede Kammer wäre mit ihrer Führung zuständig für die „eigenen" Angelegenheiten ihrer Rasse in folgenden Bereichen: Wohlfahrt, Erziehung, Bildung, Wohngebiete, Gesundheitswesen, Landwirtschaft, regionale Verwaltung. Als „gemeinsame" Angelegenheiten gelten Innen- und Außenpolitik, Verteidigung, Finanzen, Arbeit, Wirtschaft, Verkehr und Post. Gesetze, die diese Sachgebiete betreffen, bedürfen der Mehrheit aller drei Kammern. Diese Ressorts werden von der Zentralregierung, bestehend aus Mitgliedern aller drei Rassen, verwaltet.

Zu der von der Opposition kritisierten Machtfülle des künftigen Präsidenten gehörte: Minister berufen und entlassen, den Ausnahmezustand verhängen und das Kriegsrecht ausrufen zu können. Der Präsident entscheidet ebenfalls, ob eine Staatsangelegenheit Sache einer Rasse ist und in deren Parlament entschieden wird oder ob es sich um eine „Gemeinschaftsfrage" handelt, die von allen drei Kammern entschieden werden muß.

Bekommt ein „gemeinsamer" Gesetzentwurf in einer der Kammern nicht die notwendige Mehrheit, wird er dem 60köpfigen Präsidentschaftsrat vorgelegt, der sich aus 35 Parlamentsmitgliedern der einzelnen Kammern, im Verhältnis 20:10:5 (Weiße, Kapfarbige, Inder) und 25 vom Präsidenten ernannten Mitgliedern zusammensetzt, von denen zehn der jeweiligen Opposition (6:3:1) angehören. Der Präsidentschaftsrat übt gegenüber dem Präsidenten eine beratende Funktion aus. Dessen Entscheidungen sind legal nicht anfechtbar. Theoretisch kann jedes Mitglied des Parlaments zum Präsidenten gewählt werden. Die Wahlmänner gehen aus der Mehrheit ihrer jeweiligen Parlamentskammern hervor, im Verhältnis von 50 Vertretern der weißen Kammer, 25 für die Mischlinge und 13 für die Inder.

Über diese Machtstruktur soll also morgen entschieden werden. Sowohl die geradezu diktatorischen Machtvollkommenheiten des künftigen Präsidenten als auch die Behandlung der farbigen Völker, wenn auch aus verschiedenen Gründen, werden von den Oppositionsparteien kritisiert. Einig sind sich Progressive und Konservative nur in der Ablehnung des ersten Punktes. Im zweiten Fall beanstanden die Progressiven sowohl die Tatsache, daß das Referendum nur unter den Weißen abgehalten wird (Kapfarbige und Inder stimmen nicht darüber ab), als auch das Faktum, daß die schwarzen Völker weiterhin von einer gemeinsamen südafrikanischen Regierung ausgeschlossen bleiben. Für sie gilt weiterhin das Konzept des früheren Premierministers Verwoerd der „getrennten Entwicklung", wonach die Schwarzen in ihren Ursprungsländern, den „Heimatländern", ihre Unabhängigkeit und ihre Regierung haben.

Die Konservativen plädieren dagegen für „Heimatländer" auch für Kapmischlinge und Inder in deren Kernländern (dem Kap und der Provinz Natal, wo die Mehrheit der beiden lebt), mit eigenständigen Regierungen. Eines der Hauptargumente ist die ständig steigende Geburtenrate bei diesen beiden, die im Jahre 2010 die der weißen Bevölkerung weit übersteigen und dann eine Umverteilung bei der Anzahl der Parlamentssitze notwendig machen wird. Gleichzeitig warnt der Führer der Konservativen, Dr. Andries Treurnicht: „Machtteilung ist Machtverlust." Er fordert Selbstbestimmung und Selbstverwaltung für die einzelnen Rassen und Völker. Die Antwort aus dem Lager der Regierungspartei lautet, die Verfassung ist erst der Beginn der Reformen (mit Blick auf progressive Wähler), aber „ein Mann – eine Stimme wird die Nationale Partei nicht dulden", so Premier Botha.

Rundfunk und Fernsehen in staatlicher Hand

Scharfe Kritik aller Parteien mußte sich die Regierung über die Ausnutzung der ihr zur Verfügung stehenden Medien gefallen lassen. Fast die gesamte englische Presse ist zwar progressiv, aber der Großteil der afrikaansen Presse ist uneingeschränkt Botha-freundlich. Rundfunk und Fernsehen befinden sich in staatlicher Hand. Obwohl alle Oppositions-Parteien in der Berichterstattung berücksichtigt werden, finden Diskussionen zwischen Vertretern aller Parteien, nach europäischem oder amerikanischem Muster, weder im Fernsehen noch im Rundfunk statt.

Verbessert hat sich die Position der Regierung jetzt durch den spektakulären Austritt des Professors Carel Boshoff aus dem halbgeheimen südafrikanischen „Broederbond". Boshoff war lange Präsident dieser Vereinigung. Sein Austritt bedeutet eine Lockerung, ja fast einen Schwenk der Organisation hin zu den Vorstellungen von Premier Botha. Über den Ausgang des Referendums wagt dennoch niemand eine Prognose. Politische Beobachter erwarten eine sehr knappe Mehrheit des Siegers – wer auch immer dies sein mag.

Seite 2: Qualvolle Wege

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Allein auf weiter Flur

„Reagan zum Eingreifen in Grenada": WELT vom 28. Oktober

Nun hat Präsident Reagan endlich einmal durch entschlossenes Eingreifen den Sowjets gezeigt, wo ihre Grenzen sind – und schon muß man fragen: Wo sind denn nun seine Verbündeten? Die „Eiserne Lady" ließ wissen, sie habe vor der Aktion gewarnt. Der britische Außenminister sieht keinen ausreichenden Grund für eine Invasion. Paris sieht sich schockiert, und am besten zieht sich Minister Genscher aus der Affäre, indem er seine Besorgnis über die jüngsten (welche?) Ereignisse ausspricht.

Es ist eine Schande, mit ansehen zu müssen, wie lethargisch in der westlichen Welt alles hingenommen wird, was die UdSSR tut. Ungarn, Tschechoslowakei, Polen, Afghanistan – das ist alles schon so gut wie vergessen. Besonders infam ist es, den Westen vor einer Nachrüstung zu warnen, während man selbst schon seit Jahren hemmungslos aufgerüstet hat. Die Welt hat immer noch nicht begriffen, was sich hier abspielt. Man kann nur hoffen – und das scheint zur Zeit wirklich unsere einzige Hoffnung zu sein! – daß wenigstens der US-Präsident wachsam und hart bleibt. Wahrscheinlich hat er in Bundeskanzler Kohl zur Zeit seinen einzigen treuen Verbündeten.

Mit freundlichem Gruß
Hanspeter Schlesiger, Hamburg 55

Aus der Traum

Die „Astor", ein deutsches Traumschiff wurde verkauft, weil es den Besitzern zu tief in die roten Zahlen gefahren war.

Lag es am Management? Lag es an den deutschen Reiseveranstaltern? Beide dürfte ein gerütteltes Maß an Schuld treffen. Das Management setzte sich angeblich aus „Laien" zusammen und die Reiseveranstalter buchen lieber auf russischen Schiffen auf dem Meer und auch auf der Donau. Man finanziert also die russischen Reedereien mit unseren guten harten Devisen.

Wie sagte doch Lenin? „Die Kapitalisten werden uns den Strick liefern, mit dem wir sie dann aufhängen!"

Hans-Helmut Praetorius, Walldürn

Wort des Tages

„Wir können alle nur möglichen Ideen in unserm Kopf haben, die Wahrheit hat sich nie in ihm Bahn gebrochen, aber von außen her, wenn man am wenigsten darauf gefaßt ist, versetzt sie uns ihren furchtbaren Streich, mit dem sie uns für immer verwundet."

Marcel Proust, franz. Autor (1871–1922)

„Vogel-Linie"

„Schmidt mahnt SPD zu Zurückhaltung": WELT vom 26. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,
auf Seite 12 der WELT vom 26. Oktober 1983 berichten Sie, daß der SPD-Fraktionsvorsitzende Vogel vor einer Delegation von Abgeordneten der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei die Oder-Neiße-Linie als endgültige Westgrenze Polens anerkannt habe. Dies bedeutet immerhin eine Verzichtserklärung auf ein Viertel des deutschen Staatsgebietes durch den Vorsitzenden der zweitgrößten im Bundestag vertretenen Partei.

Nachdem Verlautbarungen von Organen der SPD leider nicht grundsätzlich einen Aufmerksamkeitswert haben, dem die Meldung an hinterster Stelle gerade noch gerecht wird, erstaunt es mich doch sehr, daß Sie eine Erklärung von so großem Gewicht geradezu unter den Tisch fallen lassen.

Sie hätten den Bericht an einen hervorstechenderen Platz stellen sollen.

Ich nehme an, hiermit meiner Enttäuschung genügend Ausdruck verliehen zu haben.

Mit freundlichen Grüßen

Georg Dietrich Prinz von Schoenaich-Carolath, Deggendorf

Personalien

ERNENNUNGEN

Klaus Korn ist ab heute neuer Chefredakteur des „Hamburger Abendblatts". Auf diesen Posten berief ihn Verleger **Axel Springer**. Seit 1978 war Korn bereits als stellvertretender Chefredakteur für die Hamburger Zeitung tätig. Nach dem Tod von Chefredakteur **Werner Titzrath** leitete Klaus Korn die Redaktion geschäftsführend. Der Westfale, 57 Jahre alt, gehörte von 1953 bis 1959 der „Bild"-Zeitung an. Danach arbeitete er als leitender Redakteur in anderen Verlagshäusern. 1969 kam er zur Tageszeitung DIE WELT. Der Reserveoffizier erfüllte sich 1975 einen besonderen Wunsch: Er flog als Kampfbeobachter beim Jagdgeschwader 71 „Richthofen" im ostfriesischen Wittmund, das sich als Vermächtnisverwalter **Manfred von Richthofens** versteht – des legendären Weltkriegs-Piloten im feuerroten Dreidecker. Den Wunsch Klaus Korns erfüllte der damalige Luftwaffenchef Generalleutnant **Walter Krupinski**.



Klaus Korn

*

Bundespostminister **Christian Schwarz-Schilling** wird heute in Berlin persönlich den „Wachwechsel" in der Landespostdirektion vornehmen und den bisherigen Vizepräsidenten der Oberpostdirektion Düsseldorf, Diplom-Ingenieur **Klaus Werner**, in sein neues Amt einführen. Der Vorgänger, Diplom-Physiker **Hermann Wißmann**, ging in den Ruhestand.

*

Walter Gorenflos (55), langjähriger Leiter der für die Dritte Welt zuständigen Abteilung im Auswärtigen Amt, wird neuer Botschafter in Brasilien. Sein Nachfolger in Bonn soll **Jürgen Ruhfus** werden, der zur Zeit noch als Botschafter in London tätig ist. Gorenflos löst in Brasilien Botschafter **Franz-Jochen Schoeller** ab, der als Botschafter nach Paris geht.

GEBURTSTAG

Dr. **Wolfgang Eichler**, außerordentliches Präsidialmitglied der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und von 1963 bis 1974 dort Hauptgeschäftsführer, feiert morgen seinen 75. Geburtstag. Wolfgang Eichler begann seine Verbandstätigkeit als Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes der hessischen Metallindustrie und der hessischen Arbeitgeberverbände 1949. In den langen Jahren seiner Tätigkeit wurde er zum Verfechter des Prinzips von sozialer Partnerschaft. Der gebürtige Danziger lebt heute in Murnau.

EHRUNGEN

Als „geistiger Vater" des neuen deutschen Küchenwunders wurde **Johannes Mario Simmel** (59) geehrt. In Hans Peter Wodarz' Restaurant „Die Ente vom Lehel" in Wiesbaden verlieh ihm eine Jury der prominentesten Köche Deutschlands den Titel „Feinschmecker des Jahres". Simmel ist zweiter Träger dieser Auszeichnung nach Walter Scheel. Erich Helmensdorfer, der in Vertretung des Altbundespräsidenten die nicht ganz ernst zu nehmende Laudatio hielt, verwies dabei ausdrücklich auf Simmels „Verdienste bei der Grundlagenforschung für die kulinarische Branche in diesem Land". Gelungen sei ihm dies in seinem 1960 erschienen Roman „Es muß nicht immer Kaviar sein" mit dem Geheimagenten wider Willen **Thomas Lieven**, der seine Gegner „schachmatt kochte".

*

Dr. Ing. **Ernst Trapp**, Seniorchef der F. C. Trapp GmbH & Co. Bauunternehmung in Wesel, wurde die Ehrenbürgerwürde der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen verliehen. Ernst Trapp, Senior eines 111 Jahre alten, im Familienbesitz befindlichen Unternehmens, feierte im September seinen 80. Geburtstag.

*

Der bekannte Kunststoffpionier Professor Dr. **Karl Mienes** aus Aachen kann heute sein goldenes Doktorjubiläum feiern. Schon seine **Promotion** in Berlin behandelte das Thema Kunststoffe. Mienes war damals am Kaiser-Wilhelm-Institut tätig. Professor Mienes gehört heute weltweit zu den bekanntesten Beratern auf dem Gesamtgebiet der Kunststoffe.

Brian Mulroney ist der neue Stern in Kanada

Der konservative Parteichef wird zum Hoffnungsträger

HANS J. BOCKER, Ottawa

Eine gewisse innere Erneuerung des kanadischen Parlaments ist nach dem „Abschuß" von Joe Clark, dem ehemaligen Führer der Konservativen, nicht zu übersehen. Sie konzentriert sich vor allem auf die Person von Brian Mulroney, dem Nachfolger Clarks, der, voller Tatendrang und Optimismus, angetreten ist, um seine Oppositionspartei im kommenden Jahr zum Wahlsieg zu führen. Vom neuen Führer der Konservativen, den selbst Trudeau unlängst als „großartig aussehend" bezeichnete, erwartet man nun allenthalben auch großartige Ideen und überzeugende politische Konzepte.

Damit aber läßt sich Mulroney Zeit. Mit der vorsichtig-überlegten Art, mit der er bisher an seine neuen Aufgaben heranging, hat er zunächst Pragmatismus, Takt und gesunden Menschenverstand bewiesen. Er will vorerst die durch den Führungswechsel in Clark-Gegner und Clark-Anhänger gespaltene konservative Partei wieder einen. Daß er zum Beispiel bei der Aufstellung des Schattenkabinetts, die nach britischem Vorbild erfolgt, die 34 „Gegenminister" zu genau gleichen Teilen (also 17 zu 17) aus den beiden gegnerischen Lagern rekrutierte, wird allgemein als geschickter politischer Schachzug angesehen. Außerdem achtete Mulroney peinlich genau darauf, daß alle Provinzen vertreten sind, im Gegensatz zu Trudeaus Politik der politischen Kaltstellung und Isolierung der vorwiegend konservativen kanadischen Westprovinzen. Damit nicht genug, wies der neue Parteiführer auch noch jedem seiner wichtigsten Mitbewerber sprich ehemaligen Konkurrenten um die Führerschaft einen Ministerposten an. Sein Geschick als Vermittler, der den Ausgleich sucht, steht somit außer Zweifel. Diese Eigenschaften könnten sich eines Tages in der Politik und Wirtschaft des durch starke innere Gegensätze oft zerrissen wirkenden Kanadas als großer Segen erweisen.

Das kanadische Grundgesetz schreibt die Durchführung von Bundeswahlen spätestens alle fünf Jahre zwingend vor, und die jetzige Periode läuft in sechzehn Monaten ab. Bis dahin müssen also Wahlen ausgeschrieben werden. Allen Umfragen zufolge müßten die Konservativen solche Wahlen mit Abstand gewinnen. Im Moment ist der Vorsprung der Konservativen so stark, daß nur einschneidende Ereignisse diesen Trend umkehren könnten.

Die Tatsache, daß Mulroney bei den Wählern in so hoher Gunst steht, hat mehrere Gründe. Die einen sehen in dem neuen Mann aus Central Nova eine Art politisches Wunderkind, bei anderen weckt er durch seine vermittelnde, ruhig-ausgleichende Art Sympathien. Wieder andere haben Trudeau einfach satt und finden, daß die Zeit nach über 15 Jahren seiner Regierung überreif für einen Wechsel sei. Eine weitere Gruppe lastet die Wirtschaftsmisere der linkslastigen Politik Trudeaus an.

In der Tat hat das Vertrauen der internationalen Investoren in Kanada einen Tiefststand erreicht, akzentuiert durch die Einführung des Nationalen Energieprogramms und der FIRA (Foreign Investment Review Agency), die ausländische Anlagen größeren Umfangs prüfungs- und genehmigungspflichtig macht. Endlich gibt es noch jene, die Mulroney für kühn genug halten, die Axt an den überbordenden Sozialstaat zu legen.

Für den vorausplanenden Investor zeichnen sich hier bedeutsame Entwicklungen ab. Zwar ist die Politik voller Überraschungen, doch stehen die Chancen für einen konservativen Wahlsieg in Kanada gut. Damit rückt eine Abkehr von der nationalistisch-linkslastigen Wirtschaftspolitik Trudeaus in greifbare Nähe. Eine Rückkehr zu mehr marktwirtschaftlicher Orientierung, zu investoren- und unternehmerfreundlicher Grundhaltung scheint in Sicht. Die bisherigen wirtschaftspolitischen Maximen, durch einen starken Anteil von Anti-Profit- und Anti-Business-Elementen sowie stark sozialistisch eingefärbter Rethorik gekennzeichnet, könnten bald durch Vernunft ersetzt werden, wobei Begriffe wie Privatinitiative, Stabilität, Anlagensicherheit und Gewinn wieder zu Ehren kämen.

Damit aber hätte Kanada eine echte Chance, wieder zu einem der Lieblingsländer der internationalen Investoren zu avancieren, eine Stellung, die seit der Machtübernahme durch Trudeau im hohen Maße verlorengegangen ist. Insofern sehen viele Kanadier in Mulroney nicht nur den Mann der Stunde, sondern die wirtschaftspolitische Schlüsselfigur eines künftigen Aufschwungs.

Syriens Schatten lastet auf Libanon

Von JÜRGEN LIMINSKI

Für den israelischen Ministerpräsidenten Shamir ist es ebenso Gewißheit wie für die amerikanischen Minister Weinberger und Shultz: Syrien ist wenigstens mitschuldig an den Anschlägen, die fast 300 französische und amerikanische Elitesoldaten in Beirut töteten. Für die politische Analyse der westlichen in Libanon engagierten Verbündeten ist es dabei relativ belanglos, ob die Kamikaze-Täter libanesische Schiiten von einem dem iranischen Revolutionsführer Khomeini treu ergebenen Flügel der Amal-Miliz waren oder Iraner, die zu dem Revolutionscorps gehören, das seit etwa einem Jahr unter syrischem Schutz in der libanesischen Bekaa-Ebene bei Baalbek stationiert ist. Entscheidend ist das Faktum, daß ohne syrische Hilfe bei der logistischen Vorbereitung und bei der Annäherung der mit dem Spezialsprengstoff Formex prall gefüllten Todes-Laster an die Camps der Marines und Paras die Anschläge nicht möglich gewesen wären. So sieht man es in Washington und in Paris.

Zu viele Straßensperren in dem von syrischen Besatzungstruppen kontrollierten Gebiet waren auf dem Weg von der Bekaa-Ebene, woher die Lastwagen gekommen sein sollen, bis nach Beirut zu überwinden. Und nur bei den von Damaskus kontrollierten libanesischen Untergrundmilizen im Süden Beiruts konnten die technischen Vorbereitungen der letzten Stunden ohne Risiko getroffen werden. Nach zuverlässigen Zeugenaussagen waren die beiden Wagen vor dem Hauptquartier der Amal-Miliz gesehen worden.

„Es war die syrische Regierung, die den Operationsplan entwarf und die ihn mittels ihrer lokalen Verbündeten auch ausführen ließ", sagte der Oberbefehlshaber der „Lebanese Forces" (Vereinigte Christliche Milizen), Fady Frem, am vergangenen Montag. Der Nachrichtendienst der „Lebanese Forces" hat sich in den letzten Jahren oft als erstaunlich gut informiert erwiesen. Dennoch konnte er die Attentate des syrischen Geheimdienstes auf den gerade erst gewählten Präsidenten Beschir Gemayel im September 1982 oder auf die US-Botschaft im April dieses Jahres ebenso wenig verhindern wie die Anschläge vom vergangenen Sonntag. Seine Warnungen waren nicht ernstgenommen worden.

Im Fall der Amerikaner spielt dabei nicht nur die Häufigkeit solcher Warnungen, sondern auch die unterschiedliche Einschätzung der Regierung in Damaskus durch amerikanische Politiker eine erhebliche Rolle. Seit den teilweise erfolgreichen Pendelmissionen des ehemaligen Außenministers Kissinger 1974 und 1975 hat man in Washington die Hoffnung nicht aufgegeben, der syrische Präsident Assad könne aus dem Bündnis mit Moskau herausgebrochen und in das westliche Lager gezogen werden.

Diese Fehleinschätzung führte dazu, daß im Sommer 1976 der damalige Sonderbotschafter Präsident Nixons, Dean Brown, den bedrängten Führern der libanesischen Christen die Syrer als Bundesgenossen im

DIE ANALYSE

Krieg gegen die Palästinenser und deren libanesische Verbündete mit den Worten aufzwang, die Syrer seien heute „die 6. Flotte der Amerikaner", man habe nichts zu befürchten.

Die Bedenken der libanesischen Christen offenbarten sich jedoch bald als begründet, denn Damaskus wechselte die Allianz, sobald deutlich wurde, daß die Palästinenser so sehr geschwächt waren, daß sie unterliegen würden. Seither wächst der Einfluß Syriens innerhalb der PLO ständig. Gleichzeitig führte sich Damaskus in Libanon als Besatzungsmacht gegenüber den Libanesen auf. Keine Gruppe im Nachbarland sollte eine dominierende Stellung erlangen. Jede sollte in der einen oder anderen Form von Damaskus abhängig sein. Warum?

Die Zielvorstellungen und Absichten der Syrer werfen in der einen oder anderen Form als Hintergrund für die künftige Entwicklung in Libanon ihre Schatten auf die gestern begonnene Libanon-Konferenz in Genf. Sie lassen sich, thesenartig, in drei Punkten skizzieren:

1. Das Minderheiten-Regime der Alawiten (zwölf Prozent der Bevölkerung gegenüber 60 Prozent Sunniten, fünf Prozent Drusen, zehn Prozent Christen, zehn Prozent Schiiten) sucht seine innenpolitische Isolierung dadurch zu brechen, daß die drei Millionen Libanesen in den Verbund des künstlichen Vielvölkerstaats integriert werden und somit die demographisch-religiöse Vormachtstellung der Sunniten ausbalancieren. Mit einem größeren Gewicht der nicht-sunnitischen Minderheiten würde sich die Machtposition Assads leichter stabilisieren lassen.

2. Mit Libanon besitzt Syrien eine längere Küste, mithin auch einen höheren strategischen Wert – hier dekken sich syrische und sowjetische Interessen in Libanon am deutlichsten – und mehr wirtschaftliche Möglichkeiten. Dieser strategische und wirtschaftliche Zuwachs würde Syrien unbestritten zu einer arabischen Hegemonialmacht machen, und als Nachbar Israels auch zum natürlichen Sprecher der arabischen und palästinensischen Sache.

3. Die Kontrolle in Libanon räumte Syrien ein indirektes Vetorecht bei jedem Versuch einer Nahost-Lösung ein. Denn Israels Nordgrenze bliebe gefährdet.

Bisher hat noch jede syrische Regierung versucht, einen Anspruch auf Libanon geltend zu machen. Deshalb lehnt Damaskus auch diplomatische Beziehungen zu Beirut ab. Syrische Politiker sehen in dem Nichtbestehen des diplomatischen Verkehrs eine indirekte Bestätigung der syrischen Ansprüche auf eine künftige Einverleibung der Republik Libanon in den Staatsverband Syriens. Libanesische Politiker weisen indessen darauf hin, daß Libanon als unabhängiger Staat älter ist als die arabische Republik Syrien. Erst die Kontinuität des Regimes Assad hat es ermöglicht, den Anspruch in Taten umzusetzen. Vor Assad erlebte Syrien im Durchschnitt alle sechs Monate einen Staatsstreich.

US-Außenminister Shultz hat Damaskus nun vorgeworfen, es wolle Libanon zum syrischen Satelliten machen und in das imaginäre großsyrische Reich eingliedern. Demgegenüber sprach noch vor wenigen Wochen der damalige Sonderbotschafter und heutige Sicherheitsberater Präsident Reagans, Robert McFarlane, von den „legitimen Interessen Syriens in Libanon", die es in die Verhandlungen der libanesischen Versöhnungskonferenz einzubringen gelte.

Syrien kann von Libanon kaum bedroht werden. Die Anerkennung „legitimer Interessen" durch Amerika konnte nur bedeuten, daß Washington die Bereitschaft zeigte, die syrischen Absichten in Libanon zu unterstützen. Schon machten Teilungspläne die Runde. Sie wurden von Israel jedoch bereits im Vorfeld der Diplomatie zurückgewiesen. Öffentlich freilich bekundete nur das Kabinettsmitglied Sharon in einem Interview die israelische Besorgnis: „Ich fürchte, daß die Vereinigten Staaten die Illusion nähren, mit Syrien zu einem globalen Kompromiß in Nahost zu kommen, und zwar indem sie wenigstens einen Teil Libanons zugunsten Syriens aufgeben. Auf diese Weise hoffen sie, Syrien zur Unterstützung des Reagan-Plans zu bewegen. Schließlich ist ja zu beobachten, daß die Amerikaner niemals wirklich Druck auf Syrien ausgeübt haben, damit die syrischen Besatzungstruppen Libanon verlassen."

Die unterschiedlichen Auffassungen innerhalb der Reagan-Administration über Ziele und Absichten der Syrer verhinderten die Ausformung eines klaren Bildes. Das erschwerte auch die Konkretisierung des Auftrags für die Marines. Kissinger, der sowohl mit Shultz als auch mit McFarlane befreundet ist, sieht heute die syrische Rolle in Libanon mit mehr Realismus. Die Abhängigkeit Assads von Moskau ist in den acht Jahren seit seiner Mission auch erheblich gewachsen. Die Fehleinschätzung eines Teils der amerikanischen Administration besteht heute vor allem darin, daß man in diesen Kreisen auf Assad setzt und gerade dessen Abhängigkeit von Moskau verkennt. Moskau hat den Geheimdienst des Regimes in Damaskus reorganisiert und die Armee mit modernen Waffen aufgerüstet. Zur Wartung und teilweise auch Benutzung bedarf es sowjetischer Beratung.

Syrien ist ein Vielvölkerstaat. Assads Herrschaft beruht auf Gewalt, sie ist ohne breitere Machtbasis in der syrischen Bevölkerung. Sie kann jederzeit durch ein Attentat ein plötzliches Ende finden. Selbst wenn es Washington also gelingen sollte, Assad aus den Händen Moskaus zu entwinden – wofür allerdings nichts spricht –, dann hätte Amerika nur einen Regenten gewonnen. Er könnte morgen schon ohne Land sein – und für den Westen ohne Nutzen.

General Eytan will Zionismus „erneuern"

R. S. A Kirjat Shmona

Eine Bewegung zur „Erneuerung des Zionismus" hat der frühere israelische Generalstabschef Rafael Eytan in Yesod Maala in Obergaliläa ins Leben gerufen. Auf der Versammlung nannte Eytan vor rund 300 Gründungsmitgliedern als wesentliches Ziel der neuen Gruppe die Wiederbesinnung der israelischen Gesellschaft auf die Werte des Zionismus. Dies solle durch eine verbesserte Erziehung und Anstrengungen zur Erhöhung der Einwanderung geschehen. Der General forderte ein „vollständiges Israel", das heißt, das gesamte Gebiet westlich des Jordans sowie die Golan-Höhen.

Eytans Bewegung ist damit am rechten Rand des politischen Spektrums angesiedelt. Dennoch haben die meisten Gründungsmitglieder einen eher „linken" sozialen Hintergrund: Sie kommen zum überwiegenden Teil aus Kibbuzim, Genossenschaftssiedlungen und Entwicklungsstätten.

Eytan ist bislang die einzige bekannte Persönlichkeit der neuen Gruppierung. Seiner Versicherung, er wolle keine „politische" Bewegung ins Leben rufen, wird von Beobachtern wenig Glauben geschenkt. Der General hat aufgrund seiner glänzenden militärischen Karriere in Israel zahlreiche Anhänger. Seine Distanzierung von den bestehenden Parteien wird vielmehr als Versuch gewertet, deren negatives Image zu vermeiden, um so Glaubwürdigkeit für seine eigene politische Gruppierung zu finden.

Auch Hessen hängt die „Tagesschau" ab

Nea. Frankfurt

Dem Beispiel der süddeutschen dritten Fernsehprogramme (Bayern 3 und S 3) folgend, wird im Neuen Jahr auch das dritte Hessische Fernsehprogramm auf die Ausstrahlung der ARD-Tagesschau um 20 Uhr verzichten. Außer im ersten Programm wird die Tagesschau dann nur noch über WDR 3 und das dritte Programm der Nordkette gesendet.

Mit dieser Abkoppelung will „Hessen drei" künftig Spielraum für ein eigenes Abendprogramm mit festen Programmblöcken (Beginn werktäglich um 19 Uhr) erlangen.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos.

[illegible]

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: [illegible]

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, [illegible]

[illegible]

HOCKEY

Schon der dritte Sieg

dpa, **Karachi**

„Jetzt hätte ich nichts mehr dagegen, wenn wir die Champions-Trophy gewännen." Das waren die ersten Worte von Hockey-Bundestrainer Klaus Kleiter nach dem dritten Sieg der deutschen Nationalmannschaft im dritten Spiel beim Turnier der besten Hockey-Mannschaften der Welt in der pakistanischen Hafen-

stadt Karachi. Mit 3:1 gewann das DHB-Team überzeugend über Neuseeland, nachdem es zuvor zwei 2:1-Erfolge über Indien und Holland gab.

Durch den Berliner Andreas Keller ging Deutschland 1:0 in Führung und erhöhte in der 30. Minute durch den Limburger Schmidt-Opper nach Zuspiel von Keller auf 2:0. McLeod konnte zwar auf 1:2 verkürzen, doch der Frankenthaler Heiner Dopp stellte den alten Abstand wieder her.

TURNEN / Kritik vom Bundesausschuß für Leistungssport – so erlebte Anja Wilhelm ihr Schwebebalken-Finale in Budapest

„Einmal stürzen ist doch keinmal"

M. RUHRROTH, **Budapest**

Sie saßen auf der Tribüne, hielten den Atem an und drückten die Daumen: die deutschen Turnerinnen, ihre Trainer und Funktionäre. „Ein vierter Platz und 9,70 Punkte in der Kür, das wäre riesig", sagte jemand. Doch dann passierte es. Beim Salto vorwärts auf dem zehn Zentimeter breiten Schwebebalken landete Anja Wilhelm neben dem Gerät. Etwa eine Sekunde lang brauchte die 15jährige aus Wolfsburg, um sich von diesem Schreck zu erholen und um sich wiederum zu konzentrieren. Dann turnte sie weiter, selbstsicher und ohne ein schwieriges Element auszulassen. Doch es reichte nach dem Absteiger nur noch zum achten Platz im Balken-Finale der 22. Kunstturn-Weltmeisterschaften von Budapest.

Zum ersten Mal hatte bei einer Weltmeisterschaft eine Athletin des Deutschen Turnerbundes (DTB) ein Gerätefinale erreicht. Vom Medail*lenrang bis zum letzten Platz* – alles war möglich. „Eine neue Comaneci" hatte im vorigen Jahr schon der Kölner „Express" gejubelt, als Anja Wilhelm bei den deutschen Meister*schaften* den *nachhaltigsten* Eindruck hinterließ. Und vor den letzten Europameisterschaften versteckten Trainer und Funktionäre gar die Zeitungen vor ihr, damit ihr die Vorschußlorbeeren nicht zu Kopfe stiegen ...

Nun war sie zum ersten Mal im Finale einer Weltmeisterschaft, saß wartend auf einer Bank mit der berühmten Rumänin Livinia Agache und der noch berühmteren Maxi Gnauck aus der „DDR", der mehrmaligen Welt- und Europameisterin. Auf einmal hieß es wirklich: Ihr Auftritt, Fräulein Wilhelm. Zitterten da nicht doch die Knie?

„Alles halb so schlimm", sagte Anja Wilhelm, „denn die Besten der Welt hatte ich zuvor schon beim Mannschaftsfinale und beim Achtkampf kennengelernt. Ich hatte sie alle die ganze Woche über beobachtet. Da war mir nicht bange. Ich hatte schließlich nur ein Ziel: soweit wie nur irgend möglich nach vorne turnen." Zuviel an Selbstsicherheit? Für ein Mädchen, das man mit der zurückgetretenen rumänischen Olympiasiegerin Nadia Comaneci verglich, weil es auf dem Schwebebalken verschiedene Kürelemente zu einer Weltneuheit kombinierte, sicher nicht.

„Natürlich habe ich mich wahnsinnig erschrocken, als ich auf einmal nach dem Salto neben dem Balken stand, anstatt auf ihm zu sitzen. Aber ich habe mir sofort gesagt: Komm, Anja, weitermachen und nichts auslassen. Einmal stürzen ist keinmal stürzen."

Alena Prorok, Ehefrau des deutschen Cheftrainers Vladimir Prorok und in Budapest Betreuerin der deutschen Damen-Riege, blieb denn auch bei Anja Wilhelms unfreiwilligem Abgang ganz und gar ruhig. Kein Muskel zuckte im Gesicht der Pragerin, keine noch so kleine Schweißperle bildete sich auf ihrer Stirn. „Nun, was wollten wir denn?" fragte sie in breitem Böhmisch, um sich diese Frage gleich selber zu beantworten: „Anja war zum ersten Mal in einem Weltmeisterschaftsfinale. Das ist einer der größten Erfolge des Deutschen Turnerbundes." Und ihr Mann, Cheftrainer Vladimir Prorok, stellte lapidar fest: „Anja hat geturnt, und gekämpft. Warum sollte ich ihr jemals einen Vorwurf machen?" Ja, warum eigentlich?



Eine beschwörende Geste, aber es half nichts: Anja Wilhelm mußte beim Finale am Schwebebalken das Gerät verlassen. FOTO: AP

Sieben Medaillen zu wenig?

Octavian Belu stand in der Halle des Budapester Athleten-Hotels „Stadion" und starrte Löcher in die Luft. Octavian Belu ist neuer Cheftrainer der rumänischen Turnerinnen und damit Nachfolger des großen Bela Karoly, der nun in den USA lebt und arbeitet. Sieben Medaillen bringt Belu von den Weltmeisterschaften mit nach Hause. Eine stattliche Ausbeute. Doch er sieht das anders: „Dafür gibt es doch alles andere als einen Orden." Rumänische Sorgen ...

*

Tong-Fei, einer der besten Kunstturner aller Zeiten, gab dem deutschen Meister Jürgen Geiger ein Autogramm. Was es damit auf sich habe, begehrte der Oppauer zu wissen. „Falls du mich jemals besiegen solltest, bekommt es Seltenheitswert", sagte der Chinese – und lächelte.

*

Traurig war Natalia Jurtschenko, die Achtkampf-Weltmeisterin aus Rostow am Don. Bei den Gerätefinals ging sie leer aus, weil sie wegen eines Sturzes beim Pferdsprung den Wettkampf abbrechen mußte. Beim zweiten Sprung kam sie so unglücklich auf, daß sie das rechte Knie stauchte und die Bänder überdehnte. maru

maru, **Budapest**

Den achten Platz im Mannschaftsfinale der 22. Kunstturn-Weltmeisterschaften belegten die Riegen des Deutschen Turnerbundes (DTB) sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern. Diese Placierungen berechtigen zur Teilnahme an den Olympischen Spielen im nächsten Jahr in Los Angeles. Dennoch übte in Budapest Eduard Friedrich (45), als Sportdirektor des Bundesausschusses für Leistungssport (BAL), Leiter der Abteilung Trainingswissenschaft, heftige Kritik. Der ehemalige Kunstturner und frühere Trainer sagte der WELT:

„Was die deutschen Männer zum Teil geturnt haben, gleicht einer Frechheit. Und diese These läßt sich durchaus erhärten. Modernes Seitpferd-Turnen zum Beispiel besteht heutzutage aus Thomas-Kreisel-Variationen und rückwärtigem Turnen auf dem Gerät. Hiervon war bei unse-

Schelte für die Herren

ren Männern nichts zu sehen. Am Barren wiederum wurde keine einzige Riesenfelge geturnt, und was am Reck an Freiteilen gezeigt wurde, war – außer bei Andreas Japtok – nichts Bewegendes. Bezeichnend war doch: Die einzige einarmige Riesenfelge wurde ausgerechnet vom Ersatzmann, von Alfred Lefebre, geboten. Die Abgänge wiederum beschränkten sich auf Doppelsalti, die aber bei der nächsten, neuen Pflicht sowieso schon als Standardteile gefordert sind.

So gesehen, kann ich nur sagen: Die Kerle müssen jetzt endlich einmal arbeiten!

Bei den Frauen kann man hingegen von einem *uneingeschränkten Erfolg* reden. Haben wir doch in Budapest hohe und höchste Wertungen für die deutschen Turnerinnen gesehen. Und mit Anja Wilhelm war sogar eine DTB-Turnerin im WM-Finale."

EISHOCKEY

Wenn Unsinn kommt, sind alle brav

sid/dpa, **Bonn**

Die Autorität von Bundestrainer Xaver Unsinn wirkt zuverlässig als bestes Allheilmittel gegen die Brutalität in der Eishockey-Bundesliga. Eine Woche nach den schweren Verletzungen von zwei Spielern und einer Serie von Schlägereien ging es unter den strengen Blicken des Augsburger Bundestrainers zwischen Tabellenführer Mannheim und dem Meister EV Landshut vor 8000 Zuschauern fast so friedlich zu wie beim Schachspiel. Statt Disziplinlosigkeit wurde beim 3:1 für Mannheim faires Eishockey der deutschen Spitzenklasse geboten.

Jaroslav Pitner, Trainer des EV Landshut, sah deshalb in diesem Spiel auch eine „echte Werbung für das Eishockey". Seine Kollege Ladislav Olejnik aus Mannheim beurteilte die Leistungen als „sehr, sehr gut", und er vergaß auch nicht, dem

Landshuter Stürmertrio Steiger-Kühnhackl-Gotsch „internationale Klasse" zuzusprechen. Bundestrainer Xaver Unsinn stellte allen anderen Einschätzungen die Fairneß voran: „Das war richtig wohltuend. Wenn ich im Stadion bin, ist die Disziplin in Ordnung."

Mit einer wichtigen Erkenntnis für seine Zukunftsplanung verließ der Bundestrainer das Friedrichparkstadion zufrieden: „Auf den Torhüter Schlickenrieder muß ich aufpassen. Der Junge kann für höhere Aufgaben in Frage kommen." Der von Füssen nach Mannheim gewechselte 25jährige Torwart mit der Rückennummer 26 ließ die Landshuter Stürmer verzweifeln und den Ex-Mannheimer Nationaltorwart Erich. Weishaupt (jetzt Düsseldorf) vergessen.

Mannheim blieb zum 15. Mal hintereinander ungeschlagen. Am Freitag beginnt schon die zweite Doppelrunde mit weiteren 18 Spielen, dann folgt eine Zwischenrunde, und erst dann fallen im Halbfinale und Finale die Entscheidungen. Vielleicht kommt deshalb die tolle Serie der Mannheimer zu früh. Kölns Trainer Josef Golonka befürchtet: „Mannheim bricht irgendwann ein." Spätestens dann darf wieder über Sinn und Unsinn des Spielplanes diskutiert werden.

In diesem Jahr fällt für den Klub, der nach Abschluß der Doppelrunde an erster Stelle liegt, sogar der Vorteil weg, bei möglichen Entscheidungsspielen in jedem Fall Heimrecht zu genießen. Denn nach der Doppel- beginnt eine Zwischenrunde.

In der Gruppe A spielen die auf den Plätzen 1, 4, 5 und 8 liegenden Klubs, in der Gruppe B die Ränge 2, 3, 6 und 7. Nur die Klubs, die in der Zwischenrunde auf den ersten beiden Plätzen stehen, bleiben im Titelrennen.

Das bedeutet, daß sogar die Düsseldorfer EG, die gegenwärtig als Neunter gar nicht in der Zwischenrunde wäre und 16 Punkte hinter Mannheim liegt, noch Deutscher Meister werden kann. „Der Modus ist ungerecht, weil nur eine momentane Leistung beurteilt wird", meint der Landshuter Mannschaftsführer Alois Schloder. Doch über den Modus wird praktisch schon diskutiert, seitdem Eishockey gespielt wird.

FUSSBALL / Dietrich Weise scheut sich nicht:

„Ich würde auch mit den Frankfurtern absteigen"

sid, **Frankfurt**

Den Betzenberg in Kaiserslautern hat Dietrich Weise selbst fluchtartig verlassen. Abstand gewinnen, so lautete sein Wunsch, nachdem es für ihn beim Bundesligaklub 1. FC Kaiserslautern nicht so gelaufen war, wie er es sich vorgestellt hatte. Doch schon bald ist der Fußball-Lehrer seinen Vorsätzen untreu geworden. Bereits vier Tage nach seinem freiwilligen Ausscheiden in Kaiserslautern hat der 48 Jahre alte Dietrich Weise seine Bedenken über Bord geworfen und wurde neuer Trainer bei Eintracht Frankfurt.

Gestern auf einer Pressekonferenz gestand der frühere DFB-Jugendtrainer, der auch von Borussia Dortmund umworben wurde: „Das hat mich selbst am meisten geschafft, doch ich habe den Zeitdruck des Vereins eingesehen." Auch wenn ihn der schnelle, nahtlose Übergang sowohl persönlich wie auch der Öffentlichkeit gegenüber stark belasten mag, innerlich hat Weise seine Vorentscheidung für die Frankfurter zumindest gedanklich schon durchgespielt.

Am Samstag war *Dietrich Weise* in München im Olympiastadion. Dort spielten, welch ein Zufall, die beiden nächsten Gegner der Frankfurter, der FC Bayern München und der 1. FC Nürnberg. Über die sportliche und körperliche Verfassung der Frankfurter Spieler hatte Weise schon zuvor bei Interimstrainer Klaus Mank und Mannschaftsarzt Georg Degenhardt Auskünfte eingeholt.

„Ich bin kein Hexenmeister, habe aber keine Angst vor dieser Aufgabe", sagte Weise *gestern*. Deshalb hat er sich auch schon für den „Fall aller Fälle", wie es Weise nennt, vorbereitet. Er meint damit: „Ich scheue mich nicht davor, mit dieser entwicklungsfähigen Mannschaft absteigen zu müssen, weil ich die Chance sehe, mit ihr auch wieder hoch zu kommen. Die Mannschaft der Frankfurter, für die Weise nicht nur wegen seiner erfolgreichen Arbeit in den Jahren zwischen 1973 und 1976 (zweimal Pokalsieger) eine „besondere Sympathie" empfindet, schätzt der Trainer trotz des letzten Tabellenplatzes für „nicht schlechter ein als sechs oder sieben andere Mannschaften der Bundesliga".

Möglichst „schnell unten rauskommen" – so lautet auch das Ziel für Weises ehemaligen Schüler Hans-Dieter Tippenhauer in Dortmund. Der Ex-Manager von Bayer 05 Uerdingen hat sich nach der verlorenen Wette, daß „Weise vorerst zu keinem anderen Verein wechselt", darauf

eingestellt, zumindest bis Saisonende in Personalunion als Trainer und Manager bei Borussia Dortmund zu arbeiten. Es gibt sogar Spekulationen in Dortmund und Uerdingen, daß diese Übergangslösung bis zum Saisonende Bestand hat und dann Uerdingens Trainer Timo Konietzka seinem bisherigen Erfolgspartner zu Borussia Dortmund folgen wird.

STAND PUNKT / *Denkpause für Ralf Wosik*

Vier Spiele hat der deutsche Ranglisten-Zweite Ralf Wosik bisher in der neuen Saison der Tischtennis-Europaliga absolviert. Vier Spiele, vier Niederlagen – für Cheftrainer Charles Roesch war das wohl Anlaß genug, nun auf den Gewinner des Bundesranglistenturniers zu verzichten. Am 9. November, gegen die CSSR, wird Wosik nicht spielen. Bestrafung? Denkpause? Harte Linie im Deutschen Tischtennis-Bund?

Fest steht: Wosik hat in der Bundesliga bisher fast alles bezwungen, was Rang und Namen hat, auch die beiden Schweden Lindh und Carlsson, mithin auch jenen Ulf Carlsson, der gerade erst ein erstklassig besetztes Turnier in Spanien gewann. In der Europaliga aber tat sich Wosik stets recht schwer – die Bilanz seiner Einsätze belegt das.

Also Denkpause für Ralf Wosik?

Fest steht aber auch: Der deutsche Vizemeister verspürt seit geraumer Zeit stets heftige Schmerzen im Schulterbereich. Als alles nichts mehr half, begab er sich zu einem Zahnarzt und ließ seine Plomben erneuern. Seit 14 Tagen ist Wosik schmerzfrei ...

Sicher *haben ihn* diese Schmerzen bedrückt, haben ihm oft genug zugesetzt. Aber gab es da Unterschiede bei Bundesliga-Einsätzen und Europaliga-Spielen? Wohl kaum, sonst hätte ihm Charles Roesch nicht jetzt eine Absage erteilt.

Eberhard Schöler, Deutschlands bester Tischtennisspieler aller Zeiten und nun Sportwart seines Verbandes, hatte nach Wosiks Niederlage gesagt, der Gedanke an den Sieg habe ihn wohl aus dem Rhythmus gebracht. Schöler sprach auch davon, daß Wosik sich durch seine Bundesliga-Erfolge allzusehr unter Druck gesetzt habe.

Gegen die CSSR habe man durchaus Chancen, sagt Schöler aber auch. Und nur deshalb hat Ralf Wosik jetzt keine Chance. K.Bl.





SPORT-NACHRICHTEN

Giedeon fiel weit zurück

Barcelona (dpa) – Der Ire Des Smith gewann mit 72+66+70+71=279 Schlägen die Offene Golfmeisterschaft von Spanien in Barcelona. Der für den Klub St. Dionys startende Hamburger Torsten Giedeon fiel mit 72+76+75+78=301 Schlägen weit zurück.

Freigabe für Wunderlich

Dortmund (sid) – Der frühere Gummersbacher Erhard Wunderlich steht der deutschen Handball-Nationalmannschaft für die gesamte Dauer des Supercup-Turniers (1. bis 6. November) zur Verfügung. Der Spielmacher des spanischen Erstligaklubs FC Barcelona erhielt von seinem Klub die Freigabe.

Tor von Uli Stielike

Madrid (sid) – Den vierten Treffer und die Vorarbeit zu einem weiteren Tor gelang dem deutschen Fußball-Nationalspieler Uli Stielike zum 5:0-Erfolg im Spitzenspiel der spanischen Liga zwischen Real Madrid und Lokalrivale Atletico Madrid. Real ist jetzt Tabellenführer. Ohne die Stars Diego Maradona und Bernd Schuster kam *der FC Barcelona bei Betis Sevilla nur zu einem 0:0.*

Milewski wird operiert

Hamburg (dpa) – Der Fußball-Nationalspieler Jürgen Milewski vom Hamburger SV fällt für die nächsten Wochen aus. Milewski leidet seit fünf Monaten an einer komplizierten Bänder- und Sehnenverletzung am linken Fuß. Durch einen operativen Eingriff soll die Verletzung behoben werden.

Bedenkzeit für Obermann

Krefeld (sid) – Der Fernsehreporter Holger Obermann hat sich Bedenkzeit für seine Entscheidung ausgebeten, ob er den Managerposten beim Fußball-Bundesligaklub Bayer 05 Uerdingen annehmen soll. Obermann, der einen langfristigen Vertrag möchte, soll Nachfolger von Hans-Dieter Tippenhauer werden, der zu Dortmund wechselte.

Der 23. Weltrekord

Moskau (dpa) – Zum Abschluß der Gewichtheber-Weltmeisterschaft in Moskau stellte Titelverteidiger Anatoli Pisarenko (UdSSR) den 23. Weltrekord der Titelkämpfe auf. Er verbesserte im Reißen des Superschwergewichts mit 206 kg den bisherigen Weltrekord seines Landsmannes Viktor Mosibit um ein Pfund.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

EISHOCKEY

Bundesliga, 18. Spieltag: Schwenninger ERC – SB Rosenheim 2:2 (0:1, 1:1, 1:0), ECD Iserlohn – ERC Freiburg 3:3 (0:1, 3:1, 0:1), Kölner EC – SC Rießersee 10:5 (4:0, 3:1, 3:4), Mannheimer ERC – EV Landshut 3:1 (2:0, 1:1, 0:0), ESV Kaufbeuren – Düsseldorfer EG 4:4 (1:1, 2:2, 1:1).

1. Mannheim	18	14	2	2	94:52	30: 6
2. Rosenheim	18	10	5	3	82:60	25:11
3. Köln	18	10	3	5	81:57	23:13
4. Landshut	18	9	2	7	79:58	20:16
5. Freiburg	18	8	2	8	58:69	18:18
6. Iserlohn	18	7	3	8	70:63	17:19
7. Schwenning.	18	6	3	9	58:59	15:21
8. Kaufbeuren	18	5	4	9	66:92	14:22
9. Düsseldorf	18	6	2	10	56:83	14:22
10. Rießersee	18	2	0	16	56:107	4:32

FUSSBALL

Olympia-Qualifikation, Gruppe D: In Tel Aviv: Israel – Portugal 1:0 (0:0)

1. Deutschland	3	2	0	1	6:3	4:2
2. Israel	2	1	0	1	1:2	2:2
3. Portugal	3	1	0	2	3:5	2:4

TURNEN

Weltmeisterschaft in Budapest, Gerätefinals, Frauen: Pferdsprung: 1. Stojanowa (Bulgarien) 19,825 Punkte, 2. Agache und Szabo (beide Rumänien) je 19,800.

Stufenbarren: 1. Gnauck („DDR") 19,925, 2. Agache und Szabo je 19,800.

Schwebebalken: 1. Mostepanowa (UdSSR) 19,775, 2. Ricna 19,750, 3. Agache 19,675 . . . 8. Wilhelm (Deutschland) 19,125.

Boden: 1. Szabo 19,975, 2. Mostepanowa 19,900, 3. Stojanowa 19,850.

HOCKEY

Fünfte Champions-Trophy, Herren, in Karachi, vierter Spieltag: Deutschland – Neuseeland 3:1, Indien – Niederlande 2:1 (2:0).

1. Deuschland	3	3	0	0	7:3	6:0
2. Pakistan	2	2	0	0	5:0	4:0
3. Australien	2	1	1	0	6:3	3:1
4. Indien	3	1	0	2	3:8	2:4
5. Neuseeland	3	0	1	2	2:7	1:5
6. Niederlande	3	0	0	3	4:9	0:6

HANDBALL

Bundesliga Herren, 8. Spieltag: TuS Hofweier – TuSpo Nürnberg 21:22 (11:10), FA Göppingen – THW Kiel 27:19 (12:10), TSV GW Dankersen – TuSEM Essen 17:18 (9:11), MTSV Schwabing – VfL Gummersbach 21:20 (10:12), TV Großwallstadt – TV Hüttenberg 24:16 (12:6).

1. Großwallstadt	8	7	1	0	162:131	15: 1
2. Schwabing	8	6	1	1	164:150	13: 3
3. Göppingen	8	6	0	2	180:164	12: 4
4. Gummersbach	8	5	1	2	153:135	11: 5
5. Essen	8	4	2	2	133:118	10: 6
6. Hofweier	8	4	0	4	177:161	8: 8
7. Kiel	9	4	0	5	157:158	8:10
8. Reinickendorf	7	3	1	3	134:130	7: 7
9. Nürnberg	8	3	0	5	135:161	6:10
10. Dankersen	9	3	0	6	163:165	6:12
11. Bergkamen	7	2	1	4	120:134	5: 9
12. Hüttenberg	8	2	0	6	153:184	4:12
13. Günzburg	7	1	1	5	150:170	3:11
14. Lemgo	7	1	0	6	121:141	2:12

GEWINNZAHLEN

6 aus 45: 2, 22, 28, 36, 38, 42. Zusatzspiel: 37 (ohne Gewähr).

„Deutsche Programm-Messe" von ARD und ZDF

Italien kauft noch ein

Alle Jahre wieder tun sich ARD und ZDF zusammen und machen ein gemeinsames Programmangebot an alle Welt. Es nennt sich „Deutsche Programm-Messe", die achte Veranstaltung dieser Art ist – wie üblich in Hamburg – für die Tage vom 27. November bis zum 1. Dezember geplant. Es kommen dann von A (Albanien) bis U (USA) rund 200 qua*lifizierte Einkäufer, um sich* von den Vertriebsstellen der beiden deutschen TV-Systeme etwas zur Bereicherung des heimatlichen Fernsehprogramms anbieten zu lassen, zu einem moderaten Preis, wie es heißt.

Da indes die Einkäufer nur Betrachter sind, über Käufe erst nach ihrer Heimkehr zum heimischen Sender entschieden werden kann, ist über den Trend einer Messe erst nach Jahresfrist etwas zu erfahren. Wie also war es nach der vorjährigen Messe?

Hier ist zunächst dazwischenzuschalten, daß die Preise sich im allgemeinen nach den Empfehlungen der amerikanischen „Motion Picture Association" richten und mehr oder minder fest sind, das Angebot jedoch vermehrt sich von Messe zu Messe, daraus folgert eine Verstärkung des Konkurrenzdruckes und eine rapide steigende Bedeutung einer internationalen Akzeptanz der Themen.

Als Trend für 82/83 kann gesagt werden: Erfolg hat die Story, deren Themenkreis auch im Ausland interessiert. Zweitens: Erfolg hat eine Story, die den Bedürfnissen und Sehgewohnheiten des ausländischen Zuschauers gerecht wird (z. B. Länge!). Drittens: Verkauft wird ein Programm, wenn es keine komplizierten Ablösungen von Rechten usw. erfordert. Alles das kann verständlicherweise ein deutscher Sender nicht ideal bieten, denn er arbeitet zuvörderst und zu Recht für seine deutsche Klientel. Trotzdem hält das deutsche Fernsehen – mit gewissen Einbußen – seinen Markt, das ist: Europa. Führend sind unter den Käufern die Länder, die keiner Synchronisation bedürfen, etwa Österreich und die Schweiz, doch auch hier ist die Tendenz fallend, denn die Österreicher ziehen einem Ankauf im nachhinein eine Koproduktion vor, wenngleich diese oft nur in einer „Bevorschussung" der anteiligen Kosten besteht. Italien kauft noch ein, während an die angelsächsischen Systeme weiterhin nicht heranzukommen ist.

Was bringt der kommerzielle Verkauf deutscher Programme und wenn, wem bringt er Vorteile? Die WELT sprach mit zwei mitentscheidenden Managern von Vertrieb und Messeorganisation einer sendereigenen Produktionsstätte, Jochen Wünsche und Ulla Lamas-Torres. Beide geben der Programm-Messe und den mit ihr verbundenen Aktivitäten eine gute Zukunft. Freilich ist an ein erhebliches Ertragsvolumen nicht zu denken. Die festen Preise und das steigende Angebot schränken es ein. Indes bieten die Verkäufe zumindest den an der Produktion beteiligten Künstlern und anderen Kräften eine schöne Zubuße. Der Hauptgewinn liegt in der Öffentlichkeitswirkung für Produzenten, Sender und letztlich überhaupt für den Leistungsstand des Fernsehens in der Bundesrepublik Deutschland.

V. P.

KRITIK

Voll Witz und knalliger Farben

Purim, ein jüdischer Halbfeiertag, ist ein Freudenfest zur Erinnerung an die Errettung der persischen Juden durch Esther, die jüdische Gemahlin des Königs Ahasverus. Als Spiel nun, das sich nicht an exakte Wiedergabe des historischen Vorganges zu halten hat, kam das „Buch Esther" mit dem Film **„Die fröhlichen Schneider"** ins ZDF. Mit ausgelassener Fröhlichkeit, lustiger Parodie, knalligen Farben sowie viel Witz und Anspielungen wurde so aus einer der ersten Judenverfolgungen eine Lossagung von Ängsten und Nöten.

So leichthin und spaßhaft rollte die Geschichte ab, daß wohl auch derjenige seine Freude an dem Singspiel haben konnte, der den genauen Ablauf des Geschehens im Buche Esther nicht kennt.

Vor allem war die Geschicklichkeit zu bewundern, mit der der Regisseur Ilan Eldad und der Komponist Dov Selzer es verstanden, filmische und musikalische Idiome westlicher Herkunft mit dem, was sich als Jiddischneff bezeichnet, zu verschmelzen. Die Verve, mit der sich die jugendlichen Schauspieler ins Zeug legten, ließ einen so manchen unnötigen Gag übersehen.

ALPHONS SILBERMANN

ARD | ZDF | III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Luther und die Sache mit Gott
11.10 Umschau
11.25 Die Pyramide
12.10 Die Deutsch-Amerikaner
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

14.55 Michael, der Indianerjunge
Amerik. Spielfilm, 1977
Regie: Keith Merrill
Der dreizehnjährige Michael schämt sich seiner Abstammung. *In einer Großstadt aufgewachsen,* kommt er nur widerwillig ins Indianerreservat, wo ihn sein Großvater mit der Lebensweise seiner Vorfahren vertraut machen will. Der alte Indianer muß viel Geduld aufbringen, um die Ablehnung seines Enkels zu überwinden.

16.40 Tagesschau

16.45 Was ist was?
Mit Professor Heinz Haber
7. Die Welt des Schalls

17.05 Alpha 5
Eine Computer-Spiel-Show

17.35 Wer ist heute noch heilig?
Isa Vermehren im Gespräch mit W. Stratenschulte

17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme

20.00 Tagesschau

20.15 Was bin ich?
Heiteres Beruferaten mit Robert Lembke

21.00 Report
Baden-Baden
Themen: Lothar Späth – Vordenker der CDU oder Wolkenschieber? / Unbewältigte Vergangenheit der deutschen Justiz – Fragen an BGH-Präsident Pfeiffer / Alle wollen Frieden – die Inflation eines Begriffes
Moderation: Franz Alt

21.45 Dallas
Der Ball der Ölbarone

22.30 Tagesthemen

23.00 Arena
Thema: Lust am Untergang?
Spätabends soll es noch einmal hoch hergehen im Programm. Gastgeber Justus Boehncke wird Zeitgenossen einladen, die ihrer Herkunft nach sehr verschieden sind und deren Meinungen zum vorgegebenen Thema mit Heftigkeit aufeinanderprallen werden.

24.00 Tagesschau

ZDF

11.00 Aus dem Wiener Konzerthaus
Allerheiligenkonzert 1983
Werke von Johannes Brahms und Paul Hindemith

13.25 ZDF-regional
Berchtesgaden: Ist Dabeisein alles?
Reportage von Roderich Frantz

13.55 Das zauberhafte Land
Amerik. Spielfilm, 1939
Mit Judy Garland u. a.

15.35 Mosaik
Für die ältere Generation: Defreggers Erbe / Zum Gedenken / Sankt Hubertus

16.05 heute

16.10 Tagebuch eines Landpfarrers
Franz. Spielfilm, 1950
Regie: Robert Bresson

18.00 Jeder braucht Musik
Ein musikalischer Bilderbogen mit Studierenden deutscher Hochschulen

19.00 heute

19.15 Der Weg
Bilder und Texte zu Allerheiligen

19.30 Es wird a Wein sein
Folkloristisches mit Elmar Gunsch

21.00 heute-journal

21.20 Aspekte extra
N. Y. 0.00 h
HA Schults Kunstauktion in New York

22.05 Sieh mal an
Autorengespräch zum Fernsehspiel „Datenpanne – das kann uns nie passieren"

22.10 Auslese
Franz – Der leise Weg (Erstsendung 1980)
Mit Josef Schießl u. a.
Regie: Josef Rödl
Josef Rödl hat seinen Film ausschließlich mit Laien besetzt, mit Leuten aus seiner Heimat, die er schon jahrelang kennt und mit denen er zum Teil aufgewachsen ist.

23.40 heute



Claude Laydu in der Titelrolle des französischen Filmklassikers „Tagebuch eines Landpfarrers", ZDF, 16.10 Uhr
FOTO: KINDERMANN

III.

WEST

18.00 Telekolleg
Geometrie (20)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Das unglaubliche Leben eines Komposthaufens
21.00 Weltreise (4)
21.45 Die Alternative an der Ruhr
Roberto Ciulli und sein „armes" Theater
22.15 *Deutscher Alltag*
23.00 Ketzergeschichten
Der Pfeifer von Niklashausen
24.00 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Mit Weltenbummlern unterwegs (4)
19.00 Die sieben Weltwunder des Altertums (4)
19.30 Das Jahr im Garten
20.00 Tagesschau
20.15 Miteinander reden . . . (5)
21.00 Nahaufnahme

WELT ● Videotext
täglich von 16 Uhr bis Sendeschluß (ARD und ZDF) unter den Nummern 601, 602, 603

21.45 Mit Paragraphen leben . . . (8)
22.30 Das schwarze Kabinett
Geheimring 99
Amerik. Spielfilm, 1955
23.35 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Marco (13)
18.55 Paddington
19.00 Der Tier-Report
19.45 Praktische Tips
20.00 Tagesschau
20.15 Stadtansichten (7)
21.00 Drei aktuell
21.15 TV-Filme nach Th. Fontane (3)
Unterm Birnbaum

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Mathematik (20)
19.00 Ihr seid meine Hände . . .88
. . . in einer nicht heilen Welt
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Die Sprechstunde
Zahnschäden durch Unfall
Nur für Baden-Württemberg
20.15 Heute in . . .
Nur für Rheinland-Pfalz
20.15 Kulturkalender
21.00 Landesspiegel
Nur für das Saarland
20.15 Magazin Saar 3
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
21.15 Wenn die Gondeln Trauer tragen
Engl.-italien. Spielfilm, 1973

BAYERN

18.15 Luzie, der Schrecken der Straße (4)
18.45 Rundschau
19.00 Wege
19.30 San Masseo
20.15 Unser Land
20.45 Rundschau
21.00 Durch Land und Zeit
21.05 Messa de Requiem
Von Giuseppe Verdi
22.40 Rundschau

USA wollen raschen Abzug aus Grenada

● Fortsetzung von Seite 1

Willen des Volkes regiere, werde es „furchtbare Kriege in der ganzen Welt" geben. Es sei auch eine allgemeine Regel in der westlichen Welt, daß die Streitkräfte nicht dazu benutzt werden, „die Länder anderer Völker zu besetzen. Wir verteidigen unseren Lebensstil mit Überzeugungskraft und nicht mit Gewalt." Frau Thatcher bestritt, daß es eine Parallele zwischen der Intervention auf Grenada und der britischen Rückeroberung der Falkland-Inseln gebe. „Wir zogen zu den Falklands, um ein Territorium zurückzuerlangen, in das andere eingefallen waren. Grenada ist ein unabhängiges, souveränes Land."

Die britische Regierungschefin hat ihre deutlichen Worte offensichtlich nicht nur an die Adresse Washingtons gerichtet. Sie hat damit zweifellos auch versucht, ihren Kritikern in den eigenen Reihen den Wind aus den Segeln zu nehmen, die ihr allzu große Abhängigkeit von Washington zum Vorwurf machten.

Wie das US-Verteidigungsministerium gestern mitteilte, hat sich die Zahl der bei den Kämpfen auf Grenada gefallenen amerikanischen Soldaten auf 16 erhöht. 77 weitere wurden verwundet. Die Zahl der Gefallenen auf seiten der Kubaner und der grenadischen Widerstandstruppen wurde von den US-Stellen mit 36 angegeben. Die „Washington Post" berichtete, daß das Pentagon seine anfänglichen Schätzungen von 1100 Kubanern auf Grenada inzwischen auf 750 bis 700 berichtigt habe. 638 Kubaner sind nach Informationen der Zeitung gefangengenommen worden. Zugleich wurde von amerikanischer Seite bekannt, daß auf Grenada Belege für Waffenlieferungsabkommen mit Kuba, der Sowjetunion und Nordkorea gefunden wurden.

rtr/AFP, **Den Haag**

Mehr als 100 Kubaner sollen nach einer Meldung der niederländischen Nachrichtenagentur ANP von der Militärregierung der südamerikanischen Republik Surinam des Landes verwiesen werden. Unter Berufung auf einen hohen Beamten der surinamischen Regierung in Paramaribo berichtete ANP, rund 25 Bedienstete der kubanischen Botschaft und mindestens 80 Berater müßten die ehemalige niederländische Kolonie verlassen.

Tokio trägt Kohl Sorgen über Sowjet-Rüstung vor

Sicherheitsfragen im Mittelpunkt der Kanzlerreise

DW. Tokio

Zum Auftakt des Kohl-Besuchs in Japan haben Tokioter Zeitungen gestern an die Forderung ihres Landes erinnert, Washington und die westeuropäischen Partnerländer der USA sollten sich verstärkt auch für die Abrüstung des Raketenarsenals im asiatischen Teil der Sowjetunion einsetzen. Im Mittelpunkt des viertägigen offiziellen Besuchs des Bundeskanzlers stehen zwei Gespräche mit dem japanischen Ministerpräsidenten Yasuhiro Nakasone über Sicherheitsfragen im Licht der Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenraketen und die japanisch-deutschen Handelsprobleme.

Während sich Nakasone von dem Kanzler ausführlich über die Bonner Einschätzung der Genfer Abrüstungsverhandlungen, das Verhältnis zum Ostblock und die innerdeutschen Beziehungen unterrichten lassen will, wird die japanische Regierung Kohl über die von ihr immer *stärker als Bedrohung empfundene* sowjetische Rüstung in Fernost, die neuerlich gespannte Situation auf der geteilten koreanischen Halbinsel und die Beziehungen zu China und Südostasien informieren.

Die linksliberale „Asahi Shimbun" äußerte im Zusammenhang mit den Genfer Verhandlungen die Ansicht, daß eine zu enge Bindung der Bundesrepublik Deutschland an die Sicherheitspolitik von US-Präsident Ronald Reagan die Rolle Bonns als „Vermittler zwischen Ost und West" gefährden und den Interessen der geteilten deutschen Nation schaden könnte.

Wie es heißt, wird Kohl im Vorfeld der für nächstes Frühjahr in Tokio geplanten Leistungsschau der deutschen Industrie die japanische Regierung zur energischen Fortsetzung ihrer Einfuhrliberalisierung vor allem für Fertigwaren aus der Bundesrepublik Deutschland und den anderen EG-Ländern auffordern. Mit sichtlicher Befriedigung über die japanischen *Wirtschaftserfolge* vermerkte die größte Tageszeitung „Yomiuri Shimbun", daß Japan und die Bundesrepublik sich nun als „ebenbürtige Freunde und Konkurrenten" gegenüberstünden.

Ankaras Generäle werden nervös

Vor den Wahlen sehen Meinungsforscher Junta-Partei ohne Chance / Presse unter Druck

E. ANTONAROS, **Ankara**

Nur wenige Tage vor den umstrittenen Parlamentswahlen am kommenden Sonntag haben Ankaras Militärherrscher ihre Haltung gegenüber der türkischen Presse erheblich verschärft. Innerhalb von 24 Stunden haben die Kriegsrechtsbehörden zwei auflagenstarke Zeitungen auf unbestimmte Zeit und gleichzeitig durch einen Sondererlaß die Veröffentlichung von Meinungsumfragen im Zusammenhang mit dem Urnengang am 6. November landesweit verboten.

Der Strenge der Generäle sind diesmal auch die Massenblätter „Guenaydin" und „Tan" zum Opfer gefallen. Der Grund: Am 27. Oktober, dem türkischen Nationalfeiertag, waren sie ohne das obligatorische Foto des *türkischen* Staatsgründers Kemal Atatürk erschienen.

Politisch brisanter ist allerdings die *Entscheidung der Generalität*, die Veröffentlichung von Wahlumfragen zu untersagen. Halboffiziell wird diese *Maßnahme damit begründet, daß* durch das Erscheinen von „unverantwortlichen Zahlenangaben" in der Presse die Einstellung der Durchschnittswähler nicht beeinflußt werden soll. Verrät das Vorgehen des Militär-Regimes die unter den Spitzenoffizieren herrschende Nervosität?

Alle bisher in den Zeitungen jeder Couleur veröffentlichten Meinungsumfragen sind nämlich im großen und ganzen im Grundtenor gleichlautend: Die konservative „Mutterlandspartei" unter dem früheren Vizepremier und Wirtschaftsstrategen Turgut Özal liegt deutlich vorne, gefolgt von der im Zentrum angesiedelten „populistischen Partei" des ehemaligen Staatssekretärs Necdet Calp. Die von der Generalität deutlich favorisierte „Nationalistische Demokratie-Partei" unter General a. D. Turgut Sunalp liegt nach den Meinungsumfragen weit *abgeschlagen an dritter* Stelle.

Der von allen Meinungsumfragen signalisierte Wahlsieg Özals wäre für das Militärregime eine doppelte Blamage: Einmal haben sie von Anfang an, wenn auch auf *indirekte Art*, deutlich gemacht, daß sie ihrem einstigen Mitarbeiter Özal, der eine *strikt monetaristische Wirtschaftspolitik* befürwortet, nur sehr ungern die Regierungsbildung anvertrauen wollen. Zum anderen wäre eine Niederlage des farblosen Generals Sunalp eine Niederlage des Militärregimes, zumal Sunalp bei jeder Gelegenheit mitteilt, daß er die „Philosophie und die Ideologie" des Putsches vom 12. *September 1980 voll unterstützt.*

Verliert Sunalp die Wahl, so wird sich die Geschichte zum drittenmal *innerhalb von weniger als 25 Jahren* wiederholen: als die Generäle 1960 die konservative Regierung Menderes *stürzten, gewann* anschließend nicht die von ihnen bevorzugte „Republikanische Volkspartei", sondern die als Nachfolge-Organisation des damals hingerichteten Menderes geltende „Gerechtigkeitspartei" die Wahl, und zwar mit absoluter Mehrheit. Nach dem Putsch von 1971 konnten die Volksrepublikaner nur mit Mühe und Not eine Wahl gewinnen, aber schon bald wurden sie in die Opposition verdrängt, die Konservativen der „Gerechtigkeitspartei" kamen wieder an die Macht.

Ganz scheinen Ankaras Generäle ihre Hoffnung noch nicht aufgegeben zu haben, daß *diesmal alles nach Plan* gehen könnte: eine in den letzten Wochen von der in der politischen *Mitte angesiedelten Zeitung* „Milliyet" veröffentlichte Umfrage zeigte, daß jeder zweite Türke noch nicht *entschieden haben soll*, welcher der drei zugelassenen Parteien er seine Stimme geben wird.

Scoon durfte um Hilfe ersuchen

■ Fortsetzung von Seite 1

fassung ausgehen. Sie war von den Revolutionären gewaltsam ausgesetzt worden.

WELT: Der Generalgouverneur war von den Revolutionären unter Hausarrest genommen worden. Änderte das etwas an seiner Legitimation und an seinen Vollmachten?

Blumenwitz: Wir können davon ausgehen, daß der Inselgouverneur trotz Hausarrestes noch Staatsoberhaupt war. Er nimmt die Funktionen des Staatsoberhauptes immer dann wahr, wenn die britische Königin sich nicht auf der Insel aufhält. Aus diesem Grunde konnten sich andere Staaten, die um Hilfe gerufen wurden, darauf berufen, daß der Gouverneur von Grenada die Insel völkerrechtlich nach außen vertritt. Es muß nur sichergestellt sein, daß der Brief vom 24. Oktober die Willenserklärung von Gouverneur Scoon war.

WELT: Wäre der Gouverneur nicht gehalten gewesen, sich an Großbritannien um Hilfe zu wenden?

Blumenwitz: Nach den neuen Regelungen im Commonwealth konnte er als Repräsentant eines unabhängigen Staates selbstverständlich auch Hilfe außerhalb des Commonwealth anfordern. Die Funktion des Staatsoberhauptes ist die entscheidende Funktion in diesem Konflikt. Es ist heute jederzeit möglich, eine legitime Regierung auf deren Bitte zu unterstützen – in der Abwehr eines inneren oder eines äußeren Feindes.

WELT: Ist die Beteiligung der USA an der Aktion mit der Intervention der Sowjets in Afghanistan vergleichbar?

Blumenwitz: In Afghanistan sind die Sowjets 1979 angeblich von der Regierung in Kabul zum Eingreifen aufgefordert worden. Aber es handelte sich, wie aufgedeckt werden konnte, um eine Regierung, die gerade durch die sowjetische Interventionsmacht zu Tode gekommen war. Dagegen hat im Falle Grenadas erst die Ermordung des legitimen Ministerpräsidenten Bishop den Gouverneur der Insel veranlaßt, auswärtige *Hilfe zu rufen*. Wenn die eingreifenden Staaten den Inselgouverneur zum Führer einer *Übergangsregierung* machen, hat man sich eine Legitimitätsreserve geschaffen und meines Erachtens gar *keine Probleme*.

Gegen Raketen in „DDR"

Staatsunabhängige Friedensfreunde schrieben Honecker

hrk. **Berlin**

Anhänger der staatsunabhängigen „DDR"-Friedensbewegung haben in einem Brief an SED-Generalsekretär Erich Honecker den völligen Verzicht der „DDR" auf die Stationierung sowjetischer Atomraketen gefordert. Dies solle nicht von „konkreten Ergebnissen" in Genf abhängig gemacht werden. „Erklären Sie unsere Republik für alle Zeit zur atomwaffenfreien Zone", heißt es in dem mit zahlreichen Unterschriften versehenen Schreiben.

Der vom 5. September datierte Brief wurde erst gestern von der „Tageszeitung" in West-Berlin veröffentlicht. Nach Angaben der Redaktion stammt die Petition aus Friedenskreisen, in denen die von Honecker selbst und nun auch vom Warschauer Pakt angekündigte Stationierung zusätzlicher sowjetischer Mittelstreckenraketen auf dem Boden der „DDR" seit Wochen diskutiert werde.

In dem Schreiben wird betont: „Herr Honecker, Sie haben mehrmals darauf hingewiesen, daß es nicht im Interesse der Warschauer Vertragsstaaten liegt, neue Raketen in Europa aufzustellen, unabhängig, auf welcher Seite die Aufstellung erfolgen würde. Sie sprachen davon, Frieden zu schaffen mit immer weniger Waffen."

Bei verschiedenen Anlässen und in speziellen Veröffentlichungen redeten Politiker in der „DDR" und in der Bundesrepublik, „unter denen auch Sie und Herr Kohl sich befinden, von der besonderen Friedensverantwortung beider deutscher Staaten", heißt es weiter. „Die von beiden Seiten vertretene Überzeugung, daß von deutschem Boden niemals wieder ein Krieg ausbrechen darf, verliert infolge jener möglichen Stationierung von Kernwaffen in beiden Teilen Deutschlands für mich an Glaubwürdigkeit."

Nur verhaltene Kritik an der KPF

Mitterrands Partei bekräftigt Sparkurs / Drei Flügel verbergen Streit hinter „Synthese"

A. GRAF KAGENECK, **Paris**

Auf dem 7. Parteitag der Sozialistischen Partei Frankreichs sind die Anhänger des früheren Industrieministers Jean-Pierre Chevenement für eine ultranationalistische Politik eingetreten. Der Kreis um Chevenement, der etwa von einem Fünftel der Partei unterstützt wird, befürwortet ein Programm zur Erreichung eines Wachstums der Wirtschaft um mindestens fünf Prozent, das für den Abbau der Arbeitslosigkeit, die Erneuerung des Produktionsapparates und die Beseitigung des Schuldenberges als unverzichtbar bezeichnet wird.

Diese Kräfte, die unter dem Namen „Ceres" (Studien- und Forschungsclub für eine sozialistische Wirtschaftspolitik) auftreten, wollen zur Verwirklichung ihrer Ziele die Grenzen Frankreichs vorübergehend schließen und durch einen nahezu totalen Einfuhrstopp zu einer Autarkiepolitik kommen, die alle Übel Frankreichs „in angemessener Zeit" heilen soll.

Nur so könne, meint Ceres, der Arbeiterschaft eine weitere Sparpolitik zugemutet werden. Daß nebenher eine noch erheblich schärfere Besteuerung der hohen Einkommen zur Finanzierung dieser Politik verlangt wird, als sie schon von der augenblicklichen Regierung betrieben wird, versteht sich bei einer Minderheit, die sich, wie Chevenement sagte, als der „progressistisch-dynamische Pfadfinder der Partei" bezeichnet, von selbst.

Die überwiegende Mehrheit der Gefolgsleute des Parteichefs und Staatspräsidenten Mitterrand bekräftigte auf dem in dem Jura-Städtchen Bourg-en-Bresse tagenden Parteitag den harten, aber wandelbaren Kurs wirtschaftlicher und monetärer Restriktionen mit dem Ziel, Frankreich wieder zu einer geachteten Wirtschaftsmacht mit starker Währung, ausgeglichener Handelsbilanz, erträglicher Arbeitslosenquote und gemeisterter Inflation zu machen. Doch bedurfte es einer vierzehnstündigen heißen Debatte im siebzigköpfigen Resolutionsausschuß, um zu einer Synthese der drei dem Parteitag vorliegenden Entschließungen zu kommen. Diese Synthese ist der nicht recht gelungene Versuch, alle Strömungen der Partei unter einen Hut zu bringen.

Zum Erstaunen der Parteitagsbeobachter hielt sich die Verdammung des kommunistischen Koalitionspartners in unpolemischen Grenzen. Eine Kritik an der Regierungspolitik, so wurde der KPF bedeutet, schicke sich nicht für einen Koalitionspartner. Den meisten Jubel ernteten die Redner, die in scharfer Polemik auf die Rechte einschlugen.

Seite 2: Preis der Einigkeit
Seite 3: Die weißen Kragen

Früchte des Vertrauens

Wb. – Die deutsche Chemie, inzwischen wieder auf dem Weg zum prosperierenden Industriezweig, hat das Ausbildungsproblem selbst in ihrem Krisenjahr 1983 ernstgenommen: Die Branche stellte 11 300 Lehrlinge neu ein, 16 Prozent mehr als im vorangegangenen Jahr. Besonders erfreulich ist, daß sich immerhin 87 zumeist kleinere Betriebe gefunden haben, die 1983 den Einstieg in das harte Geschäft der Ausbildung wagten.

Insgesamt kommt die Chemie jetzt auf 30 000 Auszubildende in gut 800 Betrieben. Sowohl die IG Chemie als auch der Bundesarbeitgeberverband der Branche zeigen sich von dem Einstellungsrekord überrascht. Zwar hatten sich beide im März auf ein Einfrieren der tariflichen Ausbildungsvergütung geeinigt und davon eine verstärkte Ausbildungsbereitschaft erhofft. Doch alle Erwartungen seien „eindeutig übertroffen" worden. Ob nun der Tarifabschluß oder die interne „Seelenmassage" der Verbände den größeren Anteil an dem erfreulichen Ergebnis hatten, wird sich kaum klären lassen. Wenn tatsächlich die finanzielle Entlastung von drei! Prozent zur Vermehrung der Ausbildungsplätze um ein Sechstel geführt haben sollte, dann wäre dies ein bedenkenswertes Zeichen dafür, daß die oft gescholtene Arbeitgeberseite auf ein Entgegenkommen der Gewerkschaften durchaus zu reagieren bereit ist.

Die Chemiearbeiter freuen sich auf jeden Fall, daß das Spiel mit dem Vertrauensvorschuß funktioniert hat, und betonen die Gemeinsamkeit des Erfolges. Gemeinsamkeit wird aber noch länger vonnöten sein, dann vor allem, wenn die Spitzenjahrgänge der Azubis auch ihre Festanstellung erwarten.

Nissan pokert

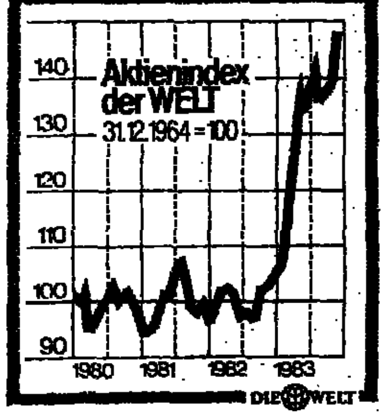
fu (London) – Seit zwei Jahren geistert der „grundsätzliche Wunsch" des japanischen Automobilherstellers Nissan in den Köpfen britischer Politiker herum, in einer strukturschwachen Ecke Großbritanniens ein Personenwagenwerk zu errichten. Nur – der Zuschlag für das Werk mit einer anvisierten Jahreskapazität von 200 000 Pkw, das immerhin 5000 neue Arbeitsplätze schaffen sollte und der britischen Zulieferwirtschaft gute Aussichten versprach (aufgrund der von der Regierung in London gestellten Bedingung, daß zunächst mindestens 60 Prozent und bald darauf 80 Prozent der Teile aus europäischer Fertigung stammen müssen) blieb immer wieder aus. Erst jetzt hat der Nissan-Chef seine Einwände fallenlassen. Doch dahinter steckt nur Taktik, befürchten britische Zulieferer. Ihre Ansicht nach hat Nissan längst beschlossen, das Projekt einschließlich der Zulieferer-Quote derart herunterzufahren, daß es für London nicht mehr akzeptabel ist. Nissan brauchte damit sein Gesicht nicht zu verlieren. Ein Poker, der sich über etliche weitere Monate hinziehen kann.

Zweite Aufschwungphase

Von CLAUS DERTINGER

Die Börsianer konnten sich eines wahrlich goldenen Oktobers erfreuen. Er war mit einem Indexplus von 6,7 Prozent der drittbeste Monat dieses Jahres. Seit dem Ende der Konsolidierungspause Mitte September ist der Aktionsindex der WELT von 135,4 (31. 12. 64 = 100) um 9,5 Prozent auf 148,3 gestiegen. Er überschritt damit den Höchststand der bis in den Juli anhaltenden Hausse. Die Aktienbörse ist in den letzten anderthalb Monaten in die zweite Phase des Aufschwungs eingetreten, der im August letzten Jahres begonnen hatte.

Zwischen beiden Phasen zeichnet sich ein deutlicher Unterschied ab. In der „Phase 1" war die Aufwärtsbewegung der Aktienkurse – am WELT-Aktienindex gemessen um 54 Prozent – vornehmlich monetär bedingt. Sie wurde von reichlicher Liquidität und der Erwartung sinkender Zinsen getragen und später natürlich in ganz besonderem Maße von der Hoffnung auf eine Wiederbelebung der Konjunktur und auf einen wirtschaftlichen und politischen Klimaumschwung nach dem Regierungswechsel in Bonn.



Neuerdings spielen monetäre Impulse für die Aktienbörse nur noch eine Nebenrolle. Die teils euphorischen Hoffnungen auf die große wirtschaftspolitische Wende sind vielfach arg enttäuscht worden. Dennoch sind die politischen und damit psychologischen Rahmenbedingungen für die Börse heute besser als zu irgendeinem anderen Zeitpunkt seit Anfang der siebziger Jahre.

Das ist eine wichtige Voraussetzung für die Bereitschaft zur Kapitalanlage in Aktien, die nun seit einigen Wochen entscheidende Anstöße von der deutlicher sichtbar gewordenen konjunkturellen Erholung erhält, auch was die Aussichten für 1984 angeht. Die Konjunkturforschungsinstitute haben dies in der vorigen Woche gerade wieder unterstrichen, was auch beim Börsenpublikum Beachtung findet.

Manch einer mag zwar unzufrieden sein, daß es mit der Wirtschaft nur langsam bergauf geht und daß es noch immer Zweifel an einem sich selbst tragenden Aufschwung gibt. Doch aus Börsensicht ist ein nur gemäßigtes Tempo so übel nicht. Man braucht keine inflationäre Überhitzung zu befürchten, die von der Bundesbank mit einem börsenunfreundlichen Anziehen der Zinsschrauben beantwortet würde. Und man kann wohl auch hoffen, daß die Lohnrunde '84 weniger heiß wird als die Gewerkschaften jetzt ankündigen, zumal da die 35-Stunden-Woche bei den Arbeitnehmern auf mehr Ablehnung als Zustimmung stößt.

Für die Beurteilung der Börsenchancen ist es wichtig, daß sich in diesem Umfeld die Aussichten auf einen Anstieg der Unternehmenserträge weiter verbessern. Die Wertpapieranalysten ziehen schon seit einigen Wochen die Konsequenzen daraus: Sie korrigieren ihre Gewinnschätzungen nach oben.

Das lockt Interessenten an den Aktienmarkt und zwar vor allem als Käufer von Qualitätsaktien aussichtsreicher Branchen. Wegen ihrer Gewinnqualität gehören auch überdurchschnittlich gestiegene Spitzenwerte wie Daimler und Mercedes, BMW, Siemens und die Farbennachfolger BASF, Bayer und Hoechst noch immer zu den preiswertesten Papieren des Aktienmarkts. Die Spreu trennt sich vom Weizen.

Eindeutig qualitätsorientiert ist auch die Anlagestrategie der ausländischen Käufer, die jetzt in zunehmendem Maße den deutschen Aktienmarkt wiederentdecken, wobei sie freilich nicht nur das Kurssteigerungspotential an der Börse im Auge haben, sondern auch die Chancen einer D-Mark-Aufwertung. Sicherlich wird es zumal nach kräftigen Steigerungen auch wieder einmal Rückschläge geben – der November zum Beispiel gilt gemeinhin als schwacher Anlagemonat. Doch scheint vieles dafür zu sprechen, daß sich die von den „Fundamentals" getragene „Aufschwungsphase 2" noch in ihrem Anfangsstadium befindet.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT / Vorstoß zur Liberalisierung des Welthandels

Vorgezogene Zollsenkung im Rahmen der Tokio-Runde in der Diskussion

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Ermutigt fühlt sich die EG-Kommission durch die Reaktionen auf ihren jüngsten Vorstoß zur Liberalisierung des Welthandels. Alle westlichen Industrieländer, die ein Wirtschaftswachstum von mindestens 2 Prozent verzeichnen, sollen sich danach zu einer vorgezogenen *Zollsenkung im Rahmen* der Tokio-Runde *verpflichten*. In der Gemeinschaft sperrt sich bisher nur Frankreich gegen diesen Vorschlag. Andere EG-Staaten wollen sogar noch einen Schritt weitergehen.

Der vom deutschen EG-Vizepräsidenten Wilhelm Haferkamp ausgearbeitete Plan ist bisher nur vertraulich diskutiert worden. Offenbar wollte die Brüsseler Behörde vor Verabschiedung einer formellen Vorlage erst einmal das politische Terrain sondieren. Nach einer Aussprache im engeren Kreis der EG-Außenminister soll sich in den nächsten Wochen der Handelspolitische Ausschuß der Gemeinschaft (113er Ausschuß) mit der Initiative befassen. Haferkamp will auch in persönlichen Kontakten mit amerikanischen, japanischen und kanadischen Regierungsvertretern um Unterstützung für seine Ideen werben.

In einer Mitteilung an die EG-Außenminister hatte die Kommission an die Selbstverpflichtung der Teilnehmerstaaten des Wirtschaftsgipfels von Williamsburg (Ende Mai dieses Jahres) erinnert, dem Protektionismus Einhalt zu gebieten und – in dem Maße, in dem der Wiederaufschwung Fortschritte macht – durch einen weiteren Abbau von Handelshemmnissen zu bekämpfen.

Auch die Handelspolitiker der Kommission sind sich zwar im klaren darüber, daß durch neue Zollsenkungen keine Wunder bewirkt werden können. Sie halten es jedoch für eine so stark vom Export abhängige Staatengruppe wie Europa für notwendig, den wichtigsten Handelspartnern ein klares Signal zu geben, daß die Engagements von Williamsburg auch eingehalten werden.

Eine Bilanz der bisherigen Handelsentwicklung führt nach Meinung der Kommission zu dem Schluß, daß das Welthandelssystem dem beispiellosen protektionistischen Druck widerstanden hat, dem es in den vergangenen Jahren ausgesetzt war. Dieser Druck sei im übrigen zum Teil auf *die Unordnung im internationalen* Währungsbereich sowie auf die Schrumpfung des Handels zurückzuführen, der durch die Verpflichtung der ärmsten Entwicklungsländer zur Bedienung ihrer Auslandsschulden entstanden sei.

Demgegenüber befinde sich die Europäische Gemeinschaft nach wie vor unter den liberalsten Ländern. Ihre Importentwicklung strafe alle gegenteiligen Behauptungen Lügen. So habe sich die Einfuhr der EG von Verarbeitungserzeugnissen aus den am wenigsten entwickelten Ländern in den letzten Jahren um etwa 10 *Prozent jährlich erhöht*. Seit Williamsburg habe die Gemeinschaft keine nennenswerten Importbe*schränkungen mehr vorgenommen* (Ausnahmen: Strand- und Hausschuhe aus China nach Frankreich, Schir*me und* Sportschuhe *nach* Griechenland und bestimmte türkische Textillieferungen).

Abgesehen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen gebe es – ebenso wie in den meisten anderen Industriestaaten – *nur in zwei Wirtschaftsbereichen* besondere Importregelungen: beim Stahl und bei Textilien. Die Kommission glaubt aber nicht, daß in diesen Sektoren realistischerweise in naher Zukunft eine Änderung in Aussicht genommen werden könne.

Dagegen schlägt sie für die übrigen Bereiche vor,

- die in der Tokio-Runde beschlossenen Zollsenkungen in den Ländern um jeweils ein Jahr vorzuziehen, die ein Wachstum von 2 Prozent erreicht haben (von den vier ausstehenden Zollsenkungen also zwei auf einmal vorzunehmen),
- die gegenwärtigen Zollpräferenzen für Entwicklungsländer (unter der Voraussetzung eines gleichen Beitrages anderer Industrieländer) beizubehalten und
- für Fertigwaren aus den am wenigsten entwickelten Ländern unbegrenzten zollfreien Zugang im Rahmen des Zollpräferenzsystems zu schaffen.

AUF EIN WORT



„Wären die Mieten für Wohnraum mehr an den Kosten orientiert, hätten wir erheblichen Wohnraumüberschuß; denn dann würden auf Grund der Budgetrestriktion die Haushalte weniger Wohnfläche nachfragen. So aber subventionieren Vermieter und Staat den Luxus größerer Wohnungen."

Heino Heinze, Geschäftsführer des Instituts für Wohnungswesen GmbH, Göttingen FOTO: G. SCHMUCK

Wohnungsbau: Mehr Genehmigungen

AP, **Bonn**

Die Zahl neugenehmigter Wohnungen steigt weiter an. Wie das Bundesbauministerium mitteilte, wurde im August der Bau von 38 089 neuen Wohnungen zugelassen. Das sind 31,4 Prozent mehr als im gleichen Monat des Vorjahres. Damit wurden in den ersten acht Monaten dieses Jahres 280 532 neue Wohnungen oder 24,8 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum 1982 genehmigt. Die Zahl der Genehmigungen stieg im August bei Einfamilienhäusern um 37,5 Prozent, bei Zweifamilienhäusern um 25,7 Prozent und bei Wohnungen in Mehrfamilienhäusern um 33,3 Prozent. Dazu erklärte Bauminister Oscar Schneider (CSU), mit diesen Zahlen sei das Ziel der Regierung von 400 000 neugenehmigten Wohnungen 1983 schon jetzt gesichert.

STAHLKRISE

Arbed will Personalabbau nun schneller vollziehen

dpa/VWD, **Völklingen**

Die Arbed Saarstahl GmbH, Völklingen, denkt jetzt an einen schnelleren Personalabbau, um der Forderung von Bund und Saarland nachzukommen, spätestens bis 1986 ohne Subventionen bestehen zu können. Nach den neuen Vorstellungen, die ein Sprecher des Unternehmens auf *Anfrage erläuterte*, will *man zwar an* dem geplanten Abbau von 5100 der derzeit noch 17 200 Arbeitsplätze festhalten, doch soll dieser nicht mehr auf drei Jahre bis 1986 verteilt, sondern im wesentlichen auf 1983/84 *vorgezogen werden*. Er soll nach Möglichkeit über vorzeitige Pensionierung von Beschäftigten über 50 *Jahren verwirklicht werden*. Ungeklärt ist noch, wer die Sozialplankosten übernimmt und ob die Gewerkschaften und Personalvertretungen Abstriche an den Sozialplanleistungen hinnehmen. Die Bundesregierung hat eine neue Rettungsaktion davon abhängig gemacht, daß auch Belegschaft und Gläubigerbanken Opfer bringen. Die Banken haben bisher das Bonner Verlangen nach Forderungsverzichten für 600 Millionen DM und neuen Krediten für Arbed-Saarstahl von 200 Millionen DM für 1984 strikt abgelehnt.

In den nächsten Tagen, so bestätigte der Saarstahl-Sprecher, wird mit den betroffenen Seiten weiterverhandelt. Eine endgültige Entscheidung fällt voraussichtlich am Donnerstag in Bonn bei einem Treffen von Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff und Finanzminister Gerhard Stoltenberg mit Vertretern von Arbed Saarstahl und der saarländischen Landesregierung. Falls Arbed Saarstahl in den nächsten Tagen nicht die *Zusage über eine neue Finanzspritze* von 86 Millionen DM für 1983 erhält, droht der Gang zum Konkursrichter.

TEXTILINDUSTRIE

Branche ist gegen Beihilfen und Subventionen jeder Art

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Ein vehementes Plädoyer für einen freien Welthandel hielt *Ernst-Günter* Plutte, Präsident von Gesamttextil, auf der Eröffnungsveranstaltung am Vorabend der 50. Interstoff in Frankfurt. Plutte erinnerte daran, daß der deutsche Textilmarkt zu den am weitesten geöffneten der ganzen Welt zählt. Mit Textilimporten von 26 Mrd. Mark (1982) ist die Bundesrepublik weltgrößter Textilimporteur.

Vor diesem Hintergrund unterstrich Plutte: „Es geht nicht an, daß Länder, denen der *Textilmarkt* der Bundesrepublik und Europas offensteht, ihrerseits Textilgüter aus Europa aussperren." *Neben den* USA und Japan erschweren vor allem die Schwellenländer und einige Staatshandelsländer den Marktzugang für deutsche Produzenten, die angesichts des Strukturwandels in der Branche das Exportieren lernen mußten, wie Plutte betonte. (1982 erreichten die deutschen Textilexporte *19 Milliarden Mark*.)

Der EG-Kommission warf Plutte in diesem Zusammenhang vor, Chancen vertan zu haben, wie er *auch ihr* zuwenig energisches Vorgehen gegen sektorale Beihilfen innerhalb der EG *kritisierte*. „*Hier in Europa* bedeutet die Rettung von 1000 Arbeitsplätzen im Textilsektor eines Landes den Verlust von 1000 Arbeitsplätzen in den Nachbarländern", betonte der Textilpräsident, der seine Ablehnung *von Subventionen jeder Art* bekräftigte: Jede staatliche Stützungsaktion für einzelne in Bedrängnis geratene Unternehmen verfälsche den Wettbewerb zu Lasten der leistungsfähigeren Unternehmen.

Hinsichtlich der Textilkonjunktur zeigte sich Plutte optimistisch; ein langsamer Aufstieg aus dem Konjunkturtal habe begonnen.

REEDER

Dollinger für Zinszuschüsse

mk. **Bonn**

Bundesverkehrsminister Werner Dollinger will sich im Rahmen der Verhandlungen für den Haushalt 1985 um die Wiedereinführung von Finanzbeiträgen für deutsche Reeder einsetzen. Dies sagte der Minister gestern in Hamburg in einer Rede vor *dem* Überseeclub *zu*. Im Etat 1984 konnten diese Zinszuschüsse, die eine Art Betriebskostensubvention *darstellen, noch nicht untergebracht* werden. Allerdings wurde die Neubauhilfe auf 250 Millionen Mark aufgestockt.

Sollten die Verhandlungen mit den Entwicklungsländern und den Ostblockstaaten über eine angemessene Beteiligung der deutschen Flotte am Ladungsaufkommen zu keinen einvernehmlichen Regelungen führen, dann müßten nationale – allerdings international abgestimmte – außenwirtschaftspolitische Mittel eingesetzt werden. Im Verhältnis zu den Ostblock-Flotten werde eine bessere *deutsche Beteiligung an den bilatera*len Verkehren und eine Zurückhaltung der Staatshandelsländer in *Drittlandsverkehren angestrebt*. Dollinger kündigte an, daß eine interministerielle Arbeitsgruppe noch in diesem *Jahr konkrete Maßnahmen* vorschlagen werde. Dollinger ging auch auf die Forderung der Küstenländer ein, den *Hinterlandverkehr für den* über die deutschen Seehäfen abgewickelten Außenhandel ordnungspolitisch *so zu regeln wie den grenz*überschreitenden Verkehr zu den holländischen und belgischen Rhein*mündungshäfen. Die Prüfung* dieser Frage soll beschleunigt werden.

STROMVERSORGUNG

Immer weniger Erdöl eingesetzt

H. H., **Bonn**

Mit nur knapp drei Prozent Ölanteil an der öffentlichen Stromversorgung war die Bundesrepublik 1982 in der Europäischen Gemeinschaft führend, meldet die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) in Frankfurt. Zwar entfielen in den zehn *Ländern der EG nur noch 16* (Vorjahr: 19) Prozent der gesamten Stromerzeugung auf Öl, doch sind die *Unterschiede zwischen* den einzelnen Ländern beachtlich.

Die geringsten Fortschritte macht diese energiepolitisch gewünschte Umstrukturierung der Stromerzeugung bisher – vom Ergebnis her gesehen – in Italien. Dort lag der Ölanteil 1982 immer noch bei 50 (Vorjahr: 55) Prozent. Es folgten Griechenland mit 29 und Belgien mit 25 Prozent. In den Niederlanden gab es laut VDEW den größten Sparerfolg: Der Öleinsatz in Kraftwerken wurde gegenüber dem Vorjahr um 44 (in der Gemeinschaft insgesamt um rund 13) Prozent gedrosselt. Das brachte für Holland einen Rückgang des Ölanteils von 40 auf 24 Prozent. In Großbritannien, aber auch in Frankreich, entfielen 1982 immer noch jeweils rund zehn, in Dänemark neun Prozent auf Öl.

Die VDEW erklärt *zur Stromver*brauchsentwicklung 1983, daß wie im Vorjahr in der Bundesrepublik eine starke *Diskrepanz* gegenüber dem gesamten Energieverbrauch zu beobachten sei: Während der Stromverbrauch von Januar bis September um zwei Prozent stieg, sei der Primärenergieverbrauch gegenüber dem Vorjahr sogar um 1,5 Prozent gefallen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Aktien bieten auch 1984 gute Aussichten

Frankfurt (dpa/VWD) – Das Jahr 1984 bietet nach Ansicht von Deutsche-Bank-Chef F. Wilhelm Christians auch angesichts der Höchststände des Kursniveaus an den Aktienmärkten weiter gute Aussichten. Anläßlich der Veröffentlichung des jüngsten Rechenschaftsberichts des DWS-Investmentfonds begründete Christians in Frankfurt diese Einschätzung mit den steigenden Unternehmenserträgen, der sich belebenden Investitionstätigkeit bei zunehmender Kapazitätsauslastung und wachsenden Exporten. Auch die konsequente Haushalts-Konsolidierungspolitik gebe Zuversicht für eine mittelfristig angelegte Gesundung der Gesamtwirtschaft.

Ungleiche Töchter des Bundes
Finanzielle Ergebnisse 1982 in Milliarden DM
Bundesbahn (335 000 Beschäftigte) – Bundespost (485 000 Beschäftigte)
Bekam vom Bund Ausgleichszahlungen 9,2 Mrd DM – trotzdem entstand ein Defizit, das großenteils vom Bund gedeckt wurde 4,1
Lieferte an den Bund ab 4,1 – trotzdem blieb ein Überschuß 2,7

Teuer zu stehen kommt den Bund die Bahn. Deren Erträge reichen bei weitem nicht aus, um den Aufwand zu decken. Am Jahresende 1982 blieb ein Defizit von 4,1 Milliarden Mark. Die Post dagegen machte dem Finanzminister Freude. Neben den 4,1 Milliarden Mark, die an den Bund abgeliefert wurden, blieb noch ein Überschuß von 2,7 Milliarden Mark.
QUELLE: GLOBUS

Immobilienfonds bauen

Frankfurt (rtr) – Dank hoher Mittelzuflüsse gehen die offenen Immobilienfonds der deutschen Investmentgesellschaften verstärkt dazu über, selbst zu bauen. Dies teilt der Bundesverband Deutscher Investmentgesellschaften (BVI) mit. Möglich sei dies durch starken Absatz der Anteile vor allem in den letzten Monaten. Bis Ende Februar 1984 wollen die Fonds für Neu- und Umbauten überwiegend gewerblicher Objekte oder Erneuerungsarbeiten 243 Millionen Mark ausgeben. Von Januar bis Ende August seien bereits 152 Millionen Mark in die Bauwirtschaft geflossen.

Umweltpolitik

Bonn (DW.) – Unter Beteiligung von Vertretern der Bundesministerien und der Wissenschaft veranstaltet die Ludwig-Erhard-Stiftung am 10. No*vember im Wissenschaftszentrum in* Bonn-Bad Godesberg ein ganztägiges Symposion. Es geht vor allem um neue Wege *in der Umweltpolitik und die* Anwendungs- und Durchsetzungsprobleme neuer Instrumente. Peter *von Siemens, München, spricht zum* Thema „Ökologie mit Ökonomie – Wirtschaftswachstum für eine gesunde Umwelt".

Keine festen Wechselkurse

Frankfurt (VWD) – Eine Rückkehr zu dem System fester Wechselkurse von Bretton Woods, die in Wissen*schaft und* Praxis *nach wie vor* diskutiert wird, hält die BHF-Bank trotz der schlechten Erfahrungen mit frei *schwankenden Kursen in den letzten* Jahren auf absehbare Zeit für völlig unrealistisch. Der europäische Wechsel*kursverbund von 1972 bis 1979 und* das nachfolgende europäische Währungssystem hätten deutlich gezeigt, *daß auch eine Schwankungsbreite* von 2,25 Prozent nach beiden Seiten häufige Paritätsänderungen zwischen den beteiligten Währungen nicht verhindern kann.

Video-Exportrekord

Tokio (rtr) – Die japanischen Hersteller *von Unterhaltungselektronik* haben im September mit 1,47 Millionen Stück einen neuen Ausfuhrrekord bei Videorecordern erzielt. Während die Exporte in die EG insgesamt im Jahresvergleich um 18,6 Prozent auf 457 921 zurückgingen, erhöhten sich die Ausfuhren in die Bundesrepublik Deutschland um 31,9 Prozent auf 168 585. Im Berichtsmonat wurden in die USA mit 541 928 Geräten 77,2 Prozent mehr ausgeführt als im September 1982.

NIGERIA

Gespräche über Handelsschulden

hk. Bonn

Nigeria hat nach Angaben aus Regierungskreisen mit seinen wichtigsten ausländischen Unternehmens-Partnern und den zuständigen staatlichen Exportversicherungsgesellschaften Gespräche begonnen. Ziel ist es, die geschätzten vier bis fünf Milliarden Dollar Handels-Verbindlichkeiten umzuschulden. Die nigerianische Regierung ist dabei bemüht, die Rückzahlungen auf fünf Jahre zu verteilen.

Dieser Versuch steht in direktem Zusammenhang mit Nigerias Verhandlungen über ein Darlehen des Internationalen Währungsfonds (IWF). Bereits im Juli und September wurde mit mehr als 60 internationalen Banken ein Abkommen über die Umschuldung von fast zwei Milliarden Dollar erzielt.

Die Zahlungsprobleme Nigerias resultieren in erster Linie aus dem drastischen Rückgang der Ölexporte. Mit erheblichen Importeinschränkungen versucht nun die nigerianische Regierung die Handelsbilanz wieder einigermaßen ins Gleichgewicht zu bringen.

Das Problem der Handelsschulden ist deshalb so dringlich geworden, weil die Verhandlungen mit dem IWF nur langsam Fortschritte machen. Hinzu kommt, wie Finanzexperten erwarten, daß Nigeria eher weniger als die erhofften zwei Milliarden Dollar vom IWF erhält.

In Lagos rechnet man nicht vor Januar mit einer Einigung, denn erst dann werden die neuen IWF-Quoten Bestand haben. Beobachter verweisen darauf, daß die Unstimmigkeiten mit dem Fonds über Höhe und Form der Abwertung des nigerianischen Naira weiterbestehen. Schwierigkeiten für eine endgültige Einigung bereitet auch die Tatsache, daß Nigerias Handelsschulden über verschiedene Exportversicherungsgesellschaften abgedeckt sind, wie beispielsweise die zuständige britische Behörde (ECGD).

Gesellschaften, die über eine solche Exportkreditversicherung verfügen, neigen natürlich eher dazu, die Versicherung in Anspruch zu nehmen als irgendwelchen Umschuldungen zuzustimmen.

US-STAHLMARKT / Billiganbieter aus der Dritten Welt bedrängen die heimischen Produzenten

Die Überkapazitäten werden drastisch abgebaut

PETER BAUER, New York

In der amerikanischen Stahlindustrie zeichnen sich einschneidende Veränderungen und Schrumpfungsaktionen ab, die alle bisherigen Rückzugsgefechte der großen US-Stahlkonzerne weit in den Schatten stellen. In der Branche setzt sich langsam aber sicher nach zwei Katastrophenjahren die Auffassung durch, daß man es sich nicht mehr leisten kann, Rohstahlkapazitäten von über 150 Millionen Shorttons (1 Shortton gleich 907 kg) und Produktionseinrichtungen für eine Jahresfertigung von 100 bis 110 Millionen Shorttons aufrechtzuerhalten, während die Lieferungen der US-Anbieter in den letzten zwei Jahren bei 87 Millionen beziehungsweise 61,6 Millionen Shorttons lagen.

Die geplante Großfusion zwischen der Republic Steel Corp. und der LTV Corp, dem Mutterunternehmen der Stahlfirma Jones +. Laughlin Steel Corp. wird den zweitgrößten US-Stahlkonzern mit einer Jahreskapazität von knapp 9,5 Millionen Shorttons entstehen lassen, womit sie fast an die US Steel (10,3 Millionen) herankommt und die Bethlehem Steel auf den dritten Rang verweist. Im Falle einer Billigung durch die Kartellbehörde in Washington wird der Zusammenschluß nach Ansicht von US-Branchenkennern „weitere spektakuläre Fusionen und Kooperationsmaßnahmen" nach sich ziehen. Die notwendigen Rationalisierungs- und Gesundschrumpfungsaktionen können nämlich allein innerhalb einzelner Stahlfirmen nicht mehr bewerkstelligt werden.

Die Kaiser Steel an der US-Westküste hat gerade ihre Stahlproduktion im Fontana-Werk eingestellt. Sie ist in einen Übernahmedisput verwikkelt, in dessen Zentrum eine Investorengruppe unter Leitung von Irwin L. Jacobs steht. Die Armco Inc. will ihr großes Stahlwerk in Houston (Texas) wegen der „unfairen Importkonkurrenz" und wegen der zusammengebrochenen Nachfrage für Ölfeld-Ausrüstungen schließen.

Die Bethlehem Steel hat vor zwei Wochen ihr Kombinat in Lackawanna (New York) geschlossen. Die National Steel verkauft ihr Stahlwerk Weirton an die dort arbeitenden *10 000* Mitarbeiter, weil sie mit den Lohnkosten nicht mehr zurechtkam und weil sie Geld für notwendige Investitionen zur Modernisierung lieber in branchenfremde Bereiche stecken möchte. Gleichzeitig behaupten sich die ausländischen Stahlanbieter mit Marktanteilen zwischen 15 und 20 Prozent. Vor allem die Anbieter aus der Dritten Welt stoßen mit extremen Discountpreisen in den US-Markt nach, nachdem die Europäische Gemeinschaft ein Stahl-Selbstbeschränkungsabkommen unterzeichnet hat und weil die Japaner ebenfalls freiwillig, wenn auch ohne feste vertragliche Zusagen, ihre Exporte auf den US-Markt begrenzen.

In den USA selbst haben die Mini-Stahlwerke ihren Siegeszug auch während der Rezessionsjahre fortgesetzt. Sie halten jetzt einen Marktanteil von 20 Prozent, da sie sehr viel kostengünstiger produzieren, billiger zu bauen sind, in der Regel keine gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer haben und sehr viel näher an den Absatzmärkten liegen als die großen integrierten Stahlwerke.

Der Zwang zu neuen Rationalisierungs- und Schließungsmaßnahmen resultiert aus *Verlusten von vier Milliarden Dollar* (rund zehn Milliarden Mark) seit Anfang 1982, wobei es auch im 3. Quartal 1983 für die meisten US-Stahlkonzerne noch keine entscheidende Besserung gegeben hat. Seit 1977 sind 25 Millionen Shorttons Kapazität bei den großen Stahlfirmen gekappt worden, doch machte der Bau von Mini-Stahlwerken in vielen Landesteilen diese Entwicklung *zum Teil zunichte.*

Zur Zeit gibt es in den USA noch rund 300 Stahlgesellschaften, von denen 90 Rohstahl herstellen. Die US-Stahlbranche setzte 1982 rund 53 Milliarden Dollar um und hatte einen Verlust von 3,3 Milliarden Dollar. Sie rangierte unter 22 Industriezweigen ertragsmäßig auf dem letzten Rang. In den noch verbleibenden 295 Stahlwerken *in 39 Bundesländern* werden nur noch bei 242 000 Personen beschäftigt. 1981 gab es noch 286 000 Arbeitnehmer in der US-Stahlindustrie gegenüber einem absoluten Hoch von 544 000 1953. Die Rohstahlproduktion ist von 150,8 Millionen Shorttons 1973 auf 121 Millionen Shorttons im Jahre 1981 geschrumpft und sackte dann 1982 nochmals um *40 Prozent auf 74,6 Millionen Shorttons* ab. (dpa/VWD)

ZAHLUNGSVERKEHR / Eurocheque-System feiert seinen 15. Geburtstag

In Umlauf sind heute 25 Millionen Karten

LEO FISCHER, Bonn

Ohne den eurocheque gäbe es heute in Europa einen Wirrwarr unterschiedlicher Zahlungssysteme, die miteinander konkurrieren würden, erklärte Eckart van Hooven, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, anläßlich des 15jährigen Bestehens des eurocheque-Systems auf dem fünften Internationalen eurocheque-*Kongreß am Wochenende in Lissabon.* Hoover sieht in der Teilnahme von inzwischen 40 Millionen europäischer Bankkunden (einschließlich kooperierender nationaler Systeme) einen Beweis für die integrierende Kraft des eurocheque-Systems.

Die eurocheque-Gemeinschaft sei aufgerufen, um über den grenzüberschreitenden Einsatz neuer Banktechnologien nachzudenken und gemeinsam zu handeln. Denn es stünden Investitions- und Betriebskosten in einer Größenordnung auf dem Spiel, die alle bisherigen Maßstäbe sprengen. Auf europäischer Ebene komme es nach van Hooven jetzt darauf an, die Zusammenarbeit zwischen eurocheque und Eurocard auf technologischem Gebiet zu vertiefen. Dabei sei auch an eine mögliche Annäherung an die weltweit operierenden amerikanischen Kreditkarten-Organisationen zu denken.

Ulrich Weiss, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bank und Präsident von eurocheque International, kündigte auf derselben Veranstaltung an, daß die eurocheque-Karte künftig nicht nur als klassische Scheckgarantiekarte, sondern auch in Geldausgabeautomaten und POS-Terminals eingesetzt werden könne. Die Voraussetzungen für eine solche international geltende „elektronische Multifunktionskarte" würden derzeit geschaffen; bereits im kommenden Jahr werde die grenzüberschreitende Nutzung der eurocheque-Karte in Geldausgabeautomaten getestet.

Weiss machte weiter darauf aufmerksam, daß 1982 rund 25 Millionen einheitliche eurocheque-Karten im Umlauf waren, mit denen ein Umsatz von umgerechnet 55 Milliarden Dollar getätigt wurde. Den eurocheque-Kunden stünden derzeit insgesamt etwa 190 000 Stellen von Banken und Sparkassen in 39 Ländern Europas und Nordafrikas zur Verfügung.

Personalabbau bei Werften

ds, Mailand

Die italienischen Staatswerften, die bisher eine Strukturanpassung an die Veränderungen auf dem Weltmarkt vor sich hergeschoben haben, wollen 6800 ihrer rund 20 000 Arbeitsplätze abbauen. 3500 Belegschaftsmitglieder werden bereits ab 14. November unbefristet auf Nullarbeit gesetzt und an die staatliche Lohnausgleichskasse abgestellt. Insgesamt sind im italienischen Schiffbau nicht ganz 29 000 Personen *beschäftigt. Am gesamten Schiffbau*volumen sind die Staatswerften mit über Dreiviertel beteiligt. Von den vier staatlichen Großwerften soll eine Werft (Sestri Ponente) bei Genua ganz geschlossen werden. Starke Personalreduzierungen sind auch in Mon falcone, Triest und Castellamare di Stabia vorgesehen. Das italienische Schiffbauvolumen erreichte im vergangenen Jahr gerade noch etwa ein Drittel der Ablieferungen des Jahres 1970. An der Welthandelsflotte war Italien Ende 1982 gerade noch mit 2,4 Prozent beteiligt.

GROSSBRITANNIEN / Konjunktur

Zuversichtliche Prognosen

WILHELM FURLER, London

Eine ungewöhnlich optimistische Konjunktur-Prognose für die Wirtschaft Großbritanniens ist jetzt von der angesehenen London Business School veröffentlicht worden. Das Land befinde sich bereits mitten auf dem Weg zu einer anhaltenden Konjunktur-Erholung, begleitet von fallender Arbeitslosigkeit. Die Inflationsrate werde nicht, wie vielfach befürchtet, wieder ansteigen.

Nachdem die Wirtschaft in diesem Jahr real um 2,25 Prozent wachsen dürfte, sagt das Zentrum für Wirtschaftsforschung der London Business School sowohl für das kommende Jahr als auch für 1985 ein Wirtschaftswachstum von ebenfalls zwischen zwei und 2,5 Prozent voraus. Die Inflationsrate werde sich bei rund sechs Prozent einpendeln, und die Arbeitslosigkeit, die einschließlich Schulabgänger gegenwärtig bei knapp 3,2 Millionen liegt, werde im kommenden Jahr im Schnitt auf drei Millionen und bis 1987 auf durchschnittlich 2,5 Millionen zurückgehen.

Die Wirtschaftswissenschaftler der London Business School gründen ihren Optimismus vor allem auf eine deutlich verbesserte Gewinnlage der britischen Wirtschaft. Sie rechnen mit einem Anstieg der Gewinne im Durchschnitt des laufenden und des kommenden Jahres um jeweils 20 Prozent. Dies werde die Investitionen in der privaten Wirtschaft Großbritanniens (Nordseeöl ausgenommen) im kommenden Jahr um etwa 6,5 Prozent steigen lassen, womit der bisherige Boom bei den Konsumausgaben als wichtigster Motor für den Konjunkturaufschwung abgelöst werde.

Im Gefolge dieser Entwicklung kämen weniger Importe in das Land, während die Exporte vom kommenden Jahr an wieder steigende Tendenz aufweisen würden. Allerdings warnt das Institut in einer speziellen Analyse vor den Gefahren, die Wirtschaftsbelebung durch ein zu hohes Kostenniveau zu ersticken. In den letzten 15 Jahren seien die Kosten in der britischen Wirtschaft schneller gestiegen als die Gewinne. In der gleichen Zeit sei das Produktivitäts-Wachstum „eklatant" hinter der Entwicklung der Reallöhne zurückgeblieben – beides Gründe für die massiven Arbeitsplatz-Verluste.

Kürzungen der *Staatsausgaben* allein brächten nicht genug Einsparungen, um die Kostenlast für die Wirtschaft im erforderlichen Ausmaß zu erleichtern. Indirekte Steuern oder die Mehrwertsteuer müßten angehoben werden, um diesen Spielraum zu erhalten. In die gleiche Kerbe schlägt der britische Industrieverband CBI, dessen Jahreskongreß Anfang kommender Woche in Glasgow stattfindet.

Schon jetzt lassen die angekündigten Resolutionen von Mitgliedsunternehmen und Regionalverbänden scharfe Kritik an der „zu laxen" Haltung der Regierung Thatcher gegenüber einem echten Wirtschaftsaufschwung erwarten.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Ute Hansel GmbH; **Augsburg:** mh Massivhaus GmbH; **Berlin Charlottenburg:** Nachl. d. Sophia Skrzynski; **Bückeburg:** Horst Brosig, Unternehmer (Grabdenkmalbetrieb), Obernkirchen; **Essen:** Hanns-Ulrich Bau, Hattingen (Lines-Music-Hall-Diskothek); Kreutz & Puck GmbH & Co.; K + P Kreutz und Puck GmbH; **Gummersbach:** Peter Peschen, Landwirt, Engelskirchen; **Hildesheim:** HGT Heizgerätetechnik GmbH & Co. KG, Sarstedt; **Landau:** BSK-Immobilien-Vermittlungs-GmbH; **Mönchengladbach:** Alfred Küppers, Hückelhoven-Baal; **Neuss:** Nachl. d. Karin Wellmann geb. Westenbaum, Korschenbroich 2; **Nordenham:** Nachl. d. Peter Armin Navrath; **Oldenburg:** Hermann Ahrens Bauunternehmen GmbH, Wardenburg; **Remscheid:** Nachl. d. Paul Hager; **Reutlingen:** Hans-Eugen Fink, Textilhändler, St. Johann-Würtingen; **Siegburg:** Rodgau-Textil GmbH, St. Augustin 2.

Vergleich eröffnet: Westerstede: Gert Harms, Import, Großhandel und Einzelhandel, Bad Zwischenahn-Ekern.

Vergleich beantragt: Freiburg i. Br.: Katrin Peplinski, Inh. d. Fa. Die Geschenkstube; **Lampertheim:** BMS Musik-Sound GmbH; **Vechta:** Johannes Kröger Visbek 2; **Villingen-Schwenningen:** Ewald Hanssmann, Tuningen, Inh. d. Ewald Hanssmann Kunststoffverarbeitung Formen- u. Feingerätebau.

FRANKREICH / Exportsubventionen gestiegen

Handelsbilanz verschlechtert

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der Export wird für den französischen Steuerzahler immer kostspieliger. Nicht weniger als 19,7 Milliarden Franc – ein Drittel des monatlichen Exportwerts – wurden zu seiner Förderung an staatlichen Subventionen 1982 bereits gezahlt. Das waren 25 Prozent mehr als 1981. Gegenüber 1979 zeigt sich eine Verdreifachung und gegenüber 1974 eine Verachtfachung. Gleichwohl hat sich in den letzten Jahren die Handelsbilanz verschlechtert. Hauptverantwortlich für diese gewaltige Kostensteigerung sind die sehr großzügigen Entschädigungen der staatlichen Exportkreditversicherung Coface für notleidend gewordene Verträge mit Polen, Irak, Iran, Rumänien und Zaire. Die entsprechenden Zahlungen erhöhten sich von 3,9 Milliarden Franc 1981 auf 6,4 Milliarden 1982. Sie erreichten zwei Drittel aller von der Coface gewährten Entschädigungen.

Nach Exportkategorien unterteilt, wurden die meisten Hilfen für Großaufträge bereitgestellt. Darunter versteht man vor allem die Lieferung von schlüsselfertigen Fabriken an Entwicklungsländer einschließlich der Opec-Staaten. Die von der Coface und der staatlichen französischen Außenhandelsbank BFCE dafür bereitgestellten Mittel erreichten 16,1 Milliarden Franc 1982. Hiervon entfielen 13,2 Milliarden auf Zinssubventionen.

Die für Exportaufträge anderer Länder gewährten Zinssubventionen (vor allem des Schatzamtes) erreichten 4,9 Milliarden Franc nach 4,3 Milliarden 1981 und 2,2 Milliarden 1980. Dadurch wurden die hohen französischen Zinssätze (durchschnittlich 14,9 Prozent 1982) auf das niedrigere Niveau der *Auslandskunden (12 Prozent* USA, 9,5 Prozent Bundesrepublik und 9 Prozent Japan) herabgesetzt. Wie der für den Außenhandel zuständige (kommunistische) Berichterstatter der Finanzkommission der Nationalversammlung erklärte, sind die französischen Exportsubventionen zwar „kostspielig, aber sehr wirksam".

LATEINAMERIKA / Viele Regierungen sehen ihre nationale Souveränität bedroht

Der IWF wird zum neuen Sündenbock

G. FRIEDLÄNDER, Miami

*Die CIA kann eine Atempause einlegen. Lateinamerika hat im Interna*tionalen Währungsfonds (IWF) einen neuen Sündenbock für all seine Sorgen gefunden. Der 1945 nach der Konferenz von Bretton Woods gegründete IWF sollte unter anderem die Stabilität der Währungen und den Welthandel sichern. Er hat nun eine neue Aufgabe bekommen: für die von zu hohen Auslandsschulden geplagten *Länder der Erde* einen Ausweg aus ihrem Dilemma zu finden. Mit mehr als 300 Milliarden Dollar Schulden ist Lateinamerika der größte Schuldnerblock, mit dem der IWF zu tun hat.

Der IWF knüpft an seine Beistandsanleihen Bedingungen, die die Schuldner aus ihren Problemen herausführen und ihnen dadurch neue Kreditwürdigkeit geben sollen. Die von ihm geforderten Maßnahmen sind politisch unpopulär, denn sie reduzieren den Warenimport und damit den Lebensstandard und erhöhen durch Einsparen im Staatshaushalt die Arbeitslosigkeit. Dennoch wurden sie angenommen, solange sie zu neuen Anleihen privater Aus*landsbanken führten.*

Lateinamerikas Regierungen brauchen den innenpolitischen Schaden der finanziellen Mißwirtschaft weniger zu fürchten, seit sie dem Volk erklären, daß die Bedingungen des IWF ihre Souveränität verletzen. Dabei steht im Hintergrund die Drohung, die Schulden nicht anzuerkennen, jede Zahlung einzustellen und Chaos in der westlichen Finanzwelt zu provozieren, wie Beispiele zeigen.

Argentinien: Ein Bundesrichter verbot Umschuldungsverhandlungen, um die Souveränität des Landes zu schützen.

Brasilien: Seine Regierung nahm die zwischenzeitlich im Parlament gescheiterte Bedingung des IWF an, die Gehaltserhöhungen der Arbeitnehmer von 120 Prozent auf 80 Prozent der Inflation herabzusetzen. Der Kardinal-Erzbischof von São Paulo nannte das Diebstahl am Volk. Brasilien ist mit um die 90 Milliarden Dollar der größte Schuldner Lateinamerikas.

Peru: Sein Präsident legte bei den Feiern des 200. Geburtstages Bolivars den bolivarianischen Ländern einen Plan vor, ihren internationalen Handel durch die Schaffung eines gemeinsamen Andenpesos vom Dollar zu „befreien". Der Plan wurde im Prinzip angenommen.

Ecuador: Seine Regierung geht weiter und regt ein „Schuldnerkartell" an. Alle lateinamerikanischen Schuldner sollen nur gemeinsam mit den Gläubigern verhandeln, was das Ende jeder Rückzahlung bedeuten würde. Der Plan wurde bisher nicht angenommen, in erster Linie, weil die großen Schuldner sich allein stark genug fühlen und nicht alle Türen für neue internationale Hilfe schließen wollen.

Chile: Der Mißerfolg der „Chicago Boys" genannten jungen chilenischen Wirtschaftler, die sich von Milton Friedman inspiriert fühlten. Die hohe Arbeitslosigkeit (33 Prozent) und der Zusammenbruch mehrerer Geldinstitute haben die Finanzplaner beim Volk in Mißkredit gebracht.

Venezuela: Die Regierung hat aus innenpolitischen Gründen seit mehr als sechs Monaten jegliche Zahlung auf die mehr als 31 Milliarden Dollar betragenden Schulden eingestellt.

Mexiko: Der mit 82 Milliarden Dollar zweitgrößte Schuldner verhandelte erfolgreich über Umschuldungen, muß aber die Lieferung verbilligten Erdöls nach Mittelamerika einstellen und schafft damit ebenso wie mit der Massenflucht seiner Bürger in die USA neue Probleme für die Vereinigten Staaten.

In den übrigen Ländern sieht es nicht besser aus, aber dort stehen kleinere *Summen auf* dem Spiel. Eine Ausnahme ist nur Kolumbien, das sich nie hoch verschuldete.

Die nordamerikanische Öffentlichkeit beginnt, auf das lateinamerikanische Spiel mit seinen Schulden zu reagieren. Trotz aller Bemühungen Reagans, den Kongreß dazu zu bringen, dem IWF weitere 8,5 Milliarden Dollar zu geben, damit er sein Rettungswerk fortsetzen kann, wagt der Kongreß es bisher nicht, darüber abzustimmen, weil das Publikum den Eindruck hat, daß nur gutes Geld dem schlechten nachgeworfen wird und sich beklagt, daß Lateinamerika seine Zinsen mit dem Geld des nordamerikanischen Steuerzahlers begleicht. (SAD)

BREMER LANDESBANK / Adca-Übernahme

Gute Ertragsentwicklung

DOMINIK SCHMIDT, Bremen

Die Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg, Bremen, die vor sechs Monaten durch die Fusion der Bremer Landesbank und der Staatlichen Kreditanstalt Oldenburg-Bremen („Bremer Schwestern") entstand, berichtet von einer erfolgreichen Geschäftsentwicklung im Jahre 1983. Nach Angaben des Instituts, das jetzt das hundertjährige Bestehen feiert, nahm das Geschäftsvolumen in den ersten neun Monaten um 1,9 Mrd. DM auf 23,1 Mrd. DM zu.

Die Geschäftsausweitung habe sich positiv auf die Ertragslage ausgewirkt, heißt es in der Mitteilung. Die Bank rechne für 1983 „nach ausreichender Vorsorge mit einem guten Jahresergebnis". Neben der üblichen Ausschüttung an die Gewährträger (1982: 5 Prozent) sei zu erwarten, daß die Rücklagen höher als im Vorjahr (13,5 Mill. DM) dotiert werden.

Neben dem Kreditvolumen konnten auch das Interbankgeschäft und der Wertpapierbestand beträchtlich ausgeweitet werden. Im kurzfristigen Kreditgeschäft erhöhten sich vor allem die Kontokorrent- und Wechselkredite an die Wirtschaft um knapp 200 Mill. DM. Das langfristige Kreditgeschäft nahm um 300 Mill. DM zu. Bei Kommunaldarlehen ergab sich ein Zuwachs von rund 500 Mill. DM. Der Umlauf der von der Bank emittierten Schuldverschreibungen wurde um 1,5 Mrd. DM auf 11,6 Mrd. DM gesteigert. Die Bilanzsumme erreichte 21,5 Mrd. DM.

Nahezu abgeschlossen sind die Vorarbeiten für die Übernahme der Adca-Hauptniederlassung in Bremen. Am 1. Dezember soll das Adca-Geschäft auf die Bremer Landesbank übergehen. Zum Jahreswechsel wird es bei dem Institut zu einer Veränderung im Vorstand kommen: Gebhardt Dirksen, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Norddeutschen Landesbank, übernimmt als Nachfolger von Reinhard Enthold in Personalunion den Vorstandsvorsitz bei dem Bremer Institut.

US-AUTOINDUSTRIE / Stolze Ergebnisse für das Aufschwungjahr zu erwarten

Rekordgewinne für die großen drei

H.-A. SIEBERT, Washington

Die Durststrecke dauerte nahezu vier Jahre und bescherte der US-Automobilindustrie Verluste, die insgesamt 5 Milliarden Dollar überstiegen. Nach dem guten Abschneiden im dritten Quartal 1983 sieht es aber so aus, daß Detroit schon 1984 seine Bilanzen wieder ins reine bringt. Die drei größten Konzerne – General Motors, Ford und Chrysler – steuern auf ein Rekordgewinnjahr zu.

Folgt man den Kalkulationen, die an der Wall Street angestellt werden, dann können die großen „Drei" rund 6 Milliarden Dollar verdienen – ein mehr als stolzes Ergebnis im ersten Aufschwungsjahr. Die Weichen sind gestellt, nachdem die Wagen des neuen Modelljahres positiv aufgenommen worden sind: Mitte Oktober stieg der Absatz um 41 Prozent; auf Jahresbasis erhöhte sich die Verkaufsrate gegenüber September von sieben auf 7,6 Millionen Einheiten.

Das Gewinnmosaik läßt sich anhand der nun vollständig vorliegenden Quartalszahlen zusammenstellen. So kann General Motors mit einem Jahresgewinn nach Steuern rechnen, der noch über dem bisherigen Konzernrekord – 1978: 3,5 Milliarden Dollar – liegen wird. In den ersten neun Monaten 1983 blieben unterm Strich immerhin 2,43 (0,82) Milliarden Dollar bei einem Umsatz von 53,8 (46,2) Milliarden Dollar. Für das vierte Quartal steht ein Gewinn von rund 1,3 Milliarden Dollar ins Haus – ebenfalls ein Rekord.

Während „GM" schon Mitte vergangenen Jahres ins Plus rutschte, schaffte Ford erst einige Monate später die Wende. Von Januar bis September betrug der Gewinn dann aber auch 1,09 Milliarden Dollar, verglichen mit minus 422 Millionen Dollar in der gleichen Zeitspanne 1982. Die Umsätze nahmen um 15 Prozent von 27,9 auf 32,1 Milliarden Dollar zu. Im vierten Quartal wird sich Ford weiter steigern; vorausgesagt wird ein Gewinn von 775 bis 800 Millionen Dollar. Er wäre mehr als dreimal so hoch wie im Vorjahresquartal.

Seit die Pleitegeier verscheucht sind, hat Chrysler alle Gewinnprognosen übertroffen. So stiegen die schwarzen Zahlen in den ersten neun Monaten um 119 Prozent von 266,2 auf 582,6 Millionen Dollar, während die Umsätze von 7,9 auf 9,5 Milliarden Dollar zunahmen. Wie das laufende Quartalsresultat ausfallen wird, ist offen, weil Chrysler seine 15prozentige Beteiligung an Peugeot (Marktwert: 45, Buchwert: 324 Millionen Dollar) abschreiben will. Andererseits kann das Unternehmen frühere Verluste geltend machen.

Einhellig begründen die großen „Drei" den überaus günstigen Gewinntrend mit den gesunkenen fixen Kosten, dem höheren Ausstoß und der wieder gefragten Straßenkreuzer, die im Verhältnis zum Preis größere Gewinnmargen aufweisen. Als weitere Faktoren werden Produktivitätsverbesserungen und geringere Marketingkosten genannt.

NORDMENDE / Export-Sonderaufträge fehlten

Gedämpfter Optimismus

DOMINIK SCHMIDT, Bremen

Die Nordmende Vertriebs-GmbH & Co oHG, Bremen, eine Tochter der französischen Thomson-Brandt, hat im Geschäftsjahr 1982 einen Verlust in Höhe von 8,6 Mill. DM hinnehmen müssen. Das Unternehmen betont, daß der ausgewiesene Bilanzverlust von 39 Mill. DM nicht identisch ist mit dem Jahresergebnis. Vielmehr handele es sich dabei um vorgetragene Verluste aus der in den Jahren 1978 und 1979 vorgenommenen Umorganisation. Auch in den Jahren 1980 (33,8 Mill. DM) und 1981 (30,4 Mill. DM) waren Bilanzverluste ausgewiesen worden, obwohl das Unternehmen in beiden Jahren Überschüsse erwirtschaftet hatte (4,8 Mill. DM bzw. 3,4 Mill. DM).

Hauptursache für das negative Ergebnis im abgelaufenen Jahr war nach Angaben von Nordmende der Umsatzrückgang. Die Verringerung auf 648 (739) Mill. DM führt das Unternehmen auf zwei Dinge zurück: Zum einen seien einige Export-Sonderaufträge des Jahres 1981 nicht erneut hereingenommen worden. Andererseits habe der Preisverfall bei Videogeräten in den wichtigsten Monaten 1982 negative Auswirkungen gebracht, zumal Nordmende auf diesem Gebiet eine „marktanteilsmäßig gute Position" habe.

Obwohl das Unternehmen erhebliche Anstrengungen unternahm, um die ungünstige Entwicklung abzuschwächen, sei der Verlust nicht zu vermeiden gewesen. Immerhin wurden 1982 die Lagerbestände auf 129 (158) Mill. DM gesenkt und die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten auf 137 (149) Mill. DM verringert.

Mit „gedämpftem Optimismus" beurteilt Nordmende die Entwicklung im laufenden Jahr. Nach den „erwartungsgemäß" verlaufenen ersten sechs Monaten habe sich zu Beginn der zweiten Jahreshälfte eine deutliche Umsatzsteigerung ergeben. Die auf der Funkausstellung in Berlin vorgestellten Geräte seien vom Fachhandel und von den Endverbrauchern sehr gut angenommen worden.

VEREINS- UND WESTBANK

Wieder hohe Risikovorsorge

J. BRECH, Hamburg

Die Vereins- und Westbank AG, Hamburg, rechnet auch für dieses Jahr mit einem zufriedenstellenden Ergebnis. Wie die Verwaltung in einem Überblick über die Entwicklung in den ersten 9 Monaten mitteilt, stützt sich diese Erwartung auf ein bislang um 13 Prozent verbessertes Teilbetriebsergebnis.

Einschließlich der guten Ergebnisse im Eigenhandel werde die Bank in die Lage versetzt, auch in diesem Jahr wieder erhöhte Risikovorsorge im In- und Auslandsgeschäft zu treffen.

Nach Angaben der Bank hat sich der Ertrag aus dem Geschäftsvolumen in den ersten 9 Monaten um 9,9 Prozent verbessert. Der Zinsüberschuß erreichte 260,2 Mill. DM. Aus dem Dienstleistungsgeschäft wurde ein um 11 Prozent höherer Provisionsüberschuß von 83,5 Mill. DM erzielt.

Demgegenüber stiegen die Personalaufwendungen um 5,4 Prozent, der Sachaufwand um rund 17 Prozent auf 77 Mill. DM. Dies sei in erster Linie auf die Einführung neuer Techniken zurückzuführen, heißt es.

Vor dem Hintergrund einer langsamen, aber stetigen Aufwärtsentwicklung habe die Bank in den ersten 9 Monaten das Geschäftsvolumen um 7,8 Prozent auf 11,93 Mrd. DM und die Bilanzsumme um 8,5 Prozent auf 10,73 Mrd. DM ausgeweitet.

Getragen wurde das Wachstum von dem um 12,4 Prozent höheren Kreditvolumen von 8 Mrd. DM. Vor allem die Kredite an Nichtbanken stiegen kräftig um fast eine Mrd. DM. Davon waren rund 700 Mill. DM kurz- und mittelfristig. Die Kredite an Banken reduzierten sich dagegen um 171 Mill. DM.

Im Passivgeschäft erhöhten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 15,5 Prozent auf 2,02 Mrd. DM, während die Kundengelder lediglich um 3,2 Prozent auf 7,08 Mrd. DM stiegen. Die im Umlauf befindlichen eigenen Schuldverschreibungen weiteten sich um 33 Prozent auf 656 Mill. DM aus. Die eigenen Mittel der Bank werden mit unverändert 409 Mill. DM angegeben; das entspricht einem Anteil von 3,8 Prozent an der Bilanzsumme.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Technische Hilfe aus Japan

Tokio (rtr) – Philips und Grundig werden von dem japanischen Elektronik-Konzern Matsushita technische Hilfen zum Bau von VHS-Videorecordern erhalten. Wie Matsushita Electric Industrial Co. Ltd. erklärte, sind mit der NV Philips Gloeilampenfabrieken und der Grundig AG entsprechende Grundsatzabkommen geschlossen. Einzelheiten müssen noch vereinbart werden.

Ausstieg bei Heimcomputern

Washington (Sbt.) – Die amerikanische Texas Instruments Inc. zieht sich aus dem Markt für Heimcomputer zurück, nachdem die Verluste in den vergangenen zwei Quartalen 110,8 und 119,2 Mill. Dollar erreicht haben. Eingestellt wird die Produktion des 99/4A-Computers, der zuletzt für weniger als 100 Dollar verkauft wurde.

Société Générale erweitert

Frankfurt (dpa/VWD) – Die französische Bankengruppe Société Générale, Paris, die in Frankreich als erste Bank das industrielle Leasing-Geschäft – eine Kombination von Immobilien- und Anlagen-Leasing – eingeführt hat, wird 1984 auch in der Bundesrepublik Deutschland das Leasing-Geschäft aufnehmen. Wie Bankpräsident Jacques Mayoux in Frankfurt erläuterte, belief sich der Gesamtbestand des französischen Leasing-Geschäfts Ende 1982 auf 13 Mrd. F (4,8 Mrd. DM). Das Volumen des internationalen Leasing-Geschäfts betrug Ende letzten Jahres 5 Mrd. F.

Kooperation mit Finnen

Stuttgart (nl.) – Die Matth. Hohner AG, Trossingen, hat zusammen mit dem bedeutenden finnischen Pianohersteller Hellas eine Kooperation vereinbart. Im Rahmen der neugegründeten Hellas-Hohner AG sollen Klaviere der Marke „Hohner" produziert und vertrieben werden. Der Bezug von Klavieren der Marken „Wagner" und „Römhild" aus der „DDR" bleibe – so Hohner – davon unberührt.

Iduna Leben im Aufwind

Düsseldorf (Py.) – Die Iduna Vereinigte Lebensversicherung AG, Hamburg, erwartet für 1983 in Neugeschäft und Beitragsentwicklung zweistellige Zuwachsraten. Während der ersten drei Quartale wurde das Neugeschäft um 16,4 (Branche 15,6) Prozent auf 5,07 Mrd. DM gesteigert, die Beiträge um 10,4 Prozent auf 1,09 Mrd. DM. Der Bestand hat 41,6 Mrd. DM Versicherungssumme erreicht.

Hoher Vorsorgebedarf

Düsseldorf (Py.) – Die Gothaer Lebensversicherung aG, Göttingen, hat in den ersten neun Monaten dieses Jahres mit einer Steigerung des eingelösten Neugeschäfts um 11,7 Prozent auf 1,63 Mrd. DM und ein Beitragsplus von 6,9 (6,2) Prozent auf 397 Mill. DM gegenüber dem Vergleichsjahr ein deutliches Geschäftswachstum erzielt. Bedingt durch hohe Versicherungsleistungen (plus 38,6 Prozent auf 195 Mill. DM), darunter immer noch steigende Rückkäufe, lag der Bestand zum 30. 9. 1983 mit 16,6 Mrd. DM „nur" um 5,9 (6,3) Prozent höher.

Abgeschwächte Nachfrage

Frankfurt (adh) – Ein Ende des stürmischen Wachstums bei der Kartonverpackung für flüssige Nahrungsmittel sieht Alfred Holler, Vorsitzender des Branchenverbandes. Mit einer Steigerungsrate von 2,5 (5,9) Prozent bei der Fruchtsaftverpackung und 1,5 (2,2) Prozent bei der Milch werden sich die Wachstumsraten für die Flüssigverpacker in diesem Jahr deutlich verkleinern.

Noch bleibt Deckel in den roten Zahlen

sz. München

Von einer merklich gebesserten Geschäftsentwicklung im zweiten Halbjahr 1983 berichtet der Münchner Werkzeugmaschinen-Hersteller Friedrich Deckel AG im jüngsten Aktionärsbrief. Wenn auch dadurch die schlechte Geschäftslage im ersten Halbjahr inzwischen weitgehend aufgefangen werden konnte, wird für 1983 noch nicht mit einem positiven Ergebnis gerechnet. Der Vorstand hofft jedoch, das Unternehmen 1984 aus der Verlustzone herausführen zu können.

In den ersten neun Monaten 1983 weist Deckel gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit – bedingt durch ein relativ gutes Exportgeschäft und der leichten Behebung am Inlandsmarkt – einen um 7 Prozent auf 166 Mill. DM gestiegenen Auftragseingang aus. Hinzu kommt ein Großauftrag aus Iran von 40 Mill. DM, unter dessen Einbeziehung sich sogar ein Plus von rund 33 Prozent ergibt. Der Umsatz erhöhte sich um 7,2 Prozent auf 135 Mill. DM. Es müßten jedoch noch große Anstrengungen unternommen werden, heißt es, um das Umsatzziel von 270 Mill. DM 1983 erreichen zu können.

Zuckerfabriken fusionieren

dos. Uelzen

Die Zuckerfabrik Uelzen AG und die Braunschweiger Zucker AG, Wierthe, werden Anfang 1985 fusionieren. Entsprechende Verhandlungen zwischen den Aufsichtsräten und Vorständen beider Gesellschaften sind jetzt abgeschlossen worden, heißt es in einer Mitteilung.

Der Zusammenschluß wird damit begründet, daß Konkurrenzunternehmen innerhalb der EG über Verarbeitungskapazitäten verfügen, die in der norddeutschen Zuckerindustrie – mit Ausnahme der Zuckerfabrik Uelzen – nicht vorhanden sind.

Durch die Fusion ergeben sich nach Angaben der Uelzener Zucker eine Reihe von Rationalisierungsmöglichkeiten, die dazu beitragen sollen, den Rübenanbau in den Anbaugebieten der Gesellschaften durch Erwirtschaftung angemessener Rübenpreise abzusichern. Einzelheiten werden nicht mitgeteilt. Im Geschäftsjahr 1982/83 (28. 2.) erzeugte die Zuckerfabrik Uelzen 1,6 Mill. dt Zucker; der Umsatz erreichte 237 Mill. DM. Bei der Braunschweiger Zucker lag die Zuckererzeugung bei 0,79 Mill. dt; der Umsatz wurde mit 173 Mill. DM ausgewiesen.

Wir trauern um

Dr. jur. Gerhard Prinz

Vorsitzender des Vorstandes der Daimler-Benz Aktiengesellschaft

der am Samstag, 29. Oktober 1983, in seinem 55. Lebensjahr plötzlich und unerwartet verstarb.

Er gehörte dem Vorstand unseres Unternehmens seit 1974 an und war seit 1. Januar 1980 dessen Vorsitzender.

Mit großem unternehmerischen Geschick, Entscheidungsfreude und beispielhaftem Einsatz ist es ihm gelungen, das weltweite Ansehen des Hauses Daimler-Benz weiter zu festigen und in schwieriger Zeit neues Wachstum zu sichern.

Sein hoher Anspruch an sich selbst war uns Vorbild. Das gemeinschaftliche Zusammenwirken auf allen Ebenen lag ihm besonders am Herzen. Er hat Daimler-Benz entscheidende Impulse für die Zukunft gegeben.

Mit seiner warmherzigen Art, seiner Offenheit und Bescheidenheit wird uns Gerhard Prinz unvergessen bleiben. Wir alle schulden ihm Dank.

Aufsichtsrat Vorstand Gesamtbetriebsrat
und alle Mitarbeiter der

Daimler-Benz Aktiengesellschaft

zugleich im Namen aller Gesellschaften des Gesamtunternehmens

Trauerfeier und Beerdigung finden am Freitag, 4. November 1983, um 11.00 Uhr auf dem Waldfriedhof in Stuttgart statt.
Anstelle von Blumen und Kränzen bitten wir, die Stiftung Internationale Bach-Akademie Stuttgart, Baden-Württembergische Bank Stuttgart, Konto-Nr. 10 54460 900, zu bedenken.

Wir trauern um

Dr. jur. Gerhard Prinz

Vorsitzender des Vorstands der Daimler-Benz AG

der am Samstag, dem 29. Oktober 1983, plötzlich und unerwartet verstorben ist.

Herr Dr. Prinz hat die enge, sachliche Verbundenheit, die zwischen unserer Gesellschaft und der Daimler-Benz AG besteht, in sehr persönlicher Weise gefördert und sich um die Entwicklung unseres Unternehmens hohe Verdienste erworben.

Seine Unterstützung und sein Rat werden uns fehlen. Wir werden seine kraftvolle und warmherzige Persönlichkeit in dankbarer Erinnerung behalten.

Aufsichtsrat und Vorstand der
MERCEDES-AUTOMOBIL-HOLDING
AKTIENGESELLSCHAFT

Am 29. Oktober 1983 starb

Dr. Gerhard Prinz

Mitglied des Beraterkreises der Gesamtbank.

Er war uns viele Jahre lang in Freundschaft verbunden.

In seinem Wesen waren menschliche und fachliche Qualitäten in besonderem Maße vereint. Ausgezeichnet mit breit fundierten Kenntnissen und Erfahrungen, Schaffenskraft und unternehmerischem Weitblick, hat er sich über sein Unternehmen hinaus herausragende Verdienste um die deutsche Wirtschaft erworben. Uns stand er als kluger Ratgeber zur Seite und hat an der Entwicklung der Bank lebhaften Anteil genommen.

Wir haben eine große Persönlichkeit und einen guten Freund verloren. Wir trauern tief um ihn und werden seiner stets in Dankbarkeit und Verehrung gedenken.

Frankfurt am Main, im November 1983

Deutsche Bank
Aktiengesellschaft
Beraterkreis der Gesamtbank
Aufsichtsrat
Vorstand

Die deutsche Automobilindustrie trauert um

Dr. jur. Gerhard Prinz

Vorsitzender des Vorstandes der Daimler-Benz Aktiengesellschaft

* 5. April 1929 † 29. Oktober 1983

Sie verliert mit dem auf der Höhe seines erfolgreichen Wirkens aus dem Leben Geschiedenen eine ihrer großen Persönlichkeiten.

Seine herausragende unternehmerische Begabung war in besonderer Weise begleitet von einem frohen, liebenswerten Naturell und einer herzlichen Zuneigung zu seinen Mitmenschen.

Dem Verband der Automobilindustrie, dessen Präsidium und Vorstand er angehörte, werden sein ausgewogenes Urteil und sein kluger Rat fehlen. Es fällt uns schwer, diese schicksalhafte Entscheidung zu begreifen.

In den Herzen der Menschen, die ihn kannten, wird Gerhard Prinz seinen Platz behalten.

Horst Backsmann
Präsident des Verbandes der Automobilindustrie e. V.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie trauert um das Mitglied seines Präsidiums

Dr. jur. Gerhard Prinz

Mit ihm verliert die deutsche Industrie eine herausragende Unternehmerpersönlichkeit. Zum Engagement bereit, zupackend und allzeit an der Sache orientiert, hat er weit über sein Unternehmen hinaus der Wirtschaftspolitik entscheidende Impulse gegeben. Sein ausgewogenes Urteil und sein Rat werden uns fehlen.

Wir werden ihm in Dankbarkeit ein bleibendes Gedenken bewahren.

Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.

Hoffnung läßt nicht zu Schanden werden.
Römer 5,5

Susanne Zohm

geb. Schnitter
29. 5. 1935 28. 10. 1983

Ihre Charakterstärke und Selbstdisziplin bleiben uns Vorbild, ihr unbestechliches Urteil wird uns fehlen.
Gott gab ihr die außergewöhnliche Kraft, die schwere Krankheit zu ertragen.
Wir trauern in Demut um einen geliebten Menschen.

Dr. Georg Zohm
Georg Mathias
Christoph Willem
Ilse Schnitter geb. Voigt
Elisabeth Zohm geb. Behrmann
Peter und Dr. Beate Schnitter geb. Suerbaum
Willi und Anette Berger geb. Schnitter
Prof. Dr. Bernhard und Christa Schloh geb. Zohm
Wolfgang und Britta Zohm geb. Hensiek
Nichten und Neffen

2050 Hamburg 80, Daniel-Hinsche-Straße 18a
Dortmund, Frankfurt, Brüssel, Melle
Trauerfeier am Mittwoch, dem 2. November 1983, um 16 Uhr in der St.-Petri-und-Pauli-Kirche zu Hamburg-Bergedorf, Bergedorfer Schloßstraße.

Tief betroffen nehmen wir Abschied von dem Mitglied unseres Gesellschafterausschusses

Dr. Gerhard Prinz

Sein abgewogener Rat, seine ruhige Hilfsbereitschaft werden uns fehlen. Seine Lauterkeit im Urteil, seine Bescheidenheit im Erfolg, seine Freundlichkeit im Umgang mit Menschen werden uns Vorbild sein.

KLÖCKNER & CO.
GESELLSCHAFTER, GESELLSCHAFTERAUSSCHUSS, GESAMTLEITUNG, GESAMTBETRIEBSRAT UND MITARBEITER

Am 28. Oktober 1983 verstarb nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 80 Jahren unser ehemaliges Vorstandsmitglied, Herr

Senator
Dipl.-Ing. Hans Klagges

Mit seinem verantwortungsvollen Wirken über fast vier Jahrzehnte hat sich der Verstorbene in der Zellstoff- und der Papierindustrie einen Namen gemacht. Herr Klagges trug in seiner Zuständigkeit für den gesamten Einkauf unseres Unternehmens viel zum erfolgreichen Wiederaufbau der Feldmühle nach dem Zweiten Weltkrieg bei. Ein großes Verdienst erwarb er sich mit der Absicherung unserer Zellstoffversorgung auf internationaler Basis.

Rastloser Einsatz und anerkannte fachliche Kompetenz schufen die hohe Wertschätzung, deren sich der Verstorbene im In- und Ausland, bei seinen Mitarbeitern genauso wie bei seinen Geschäftsfreunden, erfreute.

Der Name von Herrn Klagges wird mit der Geschichte unseres Unternehmens eng verbunden bleiben.

Feldmühle Aktiengesellschaft
Aufsichtsrat Vorstand
Betriebsrat und Mitarbeiter

Düsseldorf, 31. Oktober 1983

Die Trauerfeier und Urnenbeisetzung findet Freitag, 4. November 1983, 15 Uhr, auf dem Friedhof in Meerbusch 1 (Büderich) statt.

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden

Telefon:
Hamburg
(0 40) 3 47-43 80, -39 42 oder -42 30
Berlin
(0 30) 25 91-29 31
Kettwig
(0 20 54) 1 01-5 18 und 5 24

Telex:
Hamburg
2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

Selektive Käufe bei den Aktien

Sensationeller Sprung bei Allianz-Versicherung

DW. – Massive Käufe in den Titeln der Großchemie, bei Schering und vor allem in den Aktien der Allianz-Versicherung sorgten in diesen Werten für deutlich steigende Notierungen. Bei den übrigen Aktien war die Tendenz uneinheitlich. Inländische Anleger fühlten sich durch den scharfen Rückgang der US-Aktien am vergangenen Wochenende ebenso verunsichert wie durch den wieder anziehenden Dollarkurs. Beides hat zu Gewinnrealisationen veranlaßt. Der bewegliche Teil der Bankenkundschaft befindet sich offensichtlich auf der Suche nach zurückgebliebenen Papieren, wie einige Kurssprünge bei Spezial- und Regionalwerten vermuten lassen.

Mit einem Sprung um 50 DM auf 827 DM erreichten Allianz-Versicherung einen neuen Höchststand. Die Titel der Großchemie konnten 3 bis 4 DM zulegen. Tagessteigerungen, wie sie sonst bei diesen marktgängigen Papieren nicht üblich sind. Am Elektromarkt setzten die sogenannten Nebenwerte wie PKI (plus 6 DM) und SEL (plus 4 DM) ihren Anstieg fort. Siemens blieben trotz lebhafter Umsätze unverändert. Hier ist die Neigung, Kursgewinne sicherzustellen, besonders ausgeprägt. Von den Autowerten verloren VW 3 DM; die übrigen Papiere dieser Gruppe blieben weitgehend unverändert.

Düsseldorf: Stinnes erhöhten um 10 DM auf 550 DM und Kromschröder um 5 DM auf 260 DM. Alexander stockten um 2,50 DM auf 79,50 DM auf. Rheintextil verbesserten sich um 3 DM auf 193 DM. Nachgeben mußten Kabelmetal um 1,50 DM und Gildemeister um 2,80 DM. Hageda verloren 2 DM auf Ravensberger Spinne 3 DM.

Frankfurt: Auch zum Wochenbeginn setzte sich die freundliche Entwicklung an der Frankfurter Aktienbörse fort. Im Mittelpunkt des Interesses standen Großchemiewerte, die sich bis zu 3,50 DM verbessern konnten. Bei Nebenwerten stiegen Audi um 9 DM auf 275 DM, Dt. Effekten- u. Wechselbank um 10 DM auf 380 DM.

Hamburg: Am Lokalmarkt wurden HEW mit 110,50 DM bis 108,50 DM (minus 1 DM) und NWK-Vorz. mit 168 DM (minus 1 DM) umgesetzt. Markt und Kühlhallen stiegen weiter um 3 DM auf 315 DM. Ebenso waren Beiersdorf bei 356 DM (plus 4 DM) erneut fester veranlagt.

München: Agrob St. verloren 8 DM auf 352 DM und Flachglas AG 2 DM auf 280 DM. Grünzweig gaben um 4 DM auf 163 DM nach und Wanderer AG um 3 DM auf 250 DM. Erhöhen konnten Diamalt AG um 8,50 DM auf 194,50 DM und Gehe AG um 4 DM auf 245 DM.

Berlin: Herlitz Vorzüge konnten sich um 2 DM und Rheinmetall um 3 DM verbessern. Schering zogen um 9,50 DM und Spinne Zehlendorf um 30 DM an. DeTeWe, Dub-Schultheiss und Orenstein bröckelten um je 1 DM ab.

Nachbörse: knapp behauptet

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausländische DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Toronto

London

Amsterdam

Tokio

Zürich

Madrid

Paris

Mailand

Wien

Kopenhagen

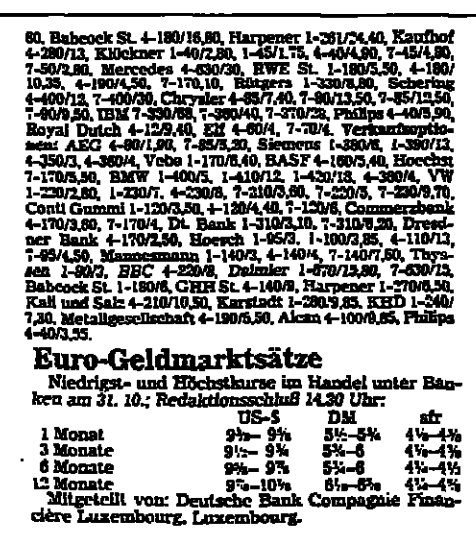
Brüssel

Hongkong

Singapur

Sydney





Optionshandel

Frankfurt: 31. 10.: 1282 Optionen = 64 300 (59 900) Aktien, davon 102 Verkaufsoptionen = 5450 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 1-80/7, 1-85/3,40, 1-95/2,50, 4-85/9, 4-100/4, 7-80/18,50, 7-90/9,40, Siemens 1-380/31, 1-400/12,50, 1-410/8, 4-370/40, 4-380/36, 4-390/25, 4-400/22, 4-420/12,15, 7-390/40, 7-400/32, 7-450/9,50, Veba 1-152,50/19,50, 1-170/6, 4-180/7,40, 7-180/6,80, BASF 1-134,30/30, 1-144,30/21,50, 1-145/21, 1-150/16, 1-159,30/7,50, 1-160/7, 1-170/3,60, 4-150/20,20, 4-160/12,35, 4-170/7,15, 4-180/4,50, 7-150/25, 7-160/16,40, 7-170/12,85, 7-190/7,50, Bayer 1-136/28, 1-140/24, 1-146/18, 1-150/15, 1-156/10, 1-160/7,50, 1-170/2,90, 4-150/20, 4-160/12, 4-170/7,50, 7-150/25, 7-160/17, 7-190/6, Hoechst 1-134,50/40, 1-144,50/32, 1-154,50/25, 1-160/20, 1-170/10, 1-180/6, 4-150/30,80, 4-160/23, 4-170/15,50, 7-150/36, 7-170/20, 7-200/7, BMW 1-410/24,80, 1-420/15,20, 1-440/7,60, 4-430/22, 4-440/25, 4-450/16, 7-440/35, 7-450/25, VW 1-180/52, 1-190/40, 1-200/35, 1-220/17, 1-250/4,40, 4-220/28,50, 4-230/19,80, 4-240/25, 4-260/8, 4-270/5,30, Conti Gummi 1-95/30, 1-110/16,20, 1-120/7,10, 1-130/5, 4-110/22, 4-120/12, 4-130/8, 7-120/17,50, 7-130/11,50, Lufthansa St. 4-127,50/7,90, Commerzbank 1-160/22,80, 1-180/6,90, 1-190/4, 1-200/2,30, 4-170/19,40, 4-180/15, 4-190/8,50, 4-200/5,15, 4-210/3,60, 7-120/26, Dt. Bank 1-320/15, 1-340/5, 4-320/24, 4-340/14,50, 4-350/7,35, Dresdner Bank 1-170/17, 1-180/4,80, 1-200/2,55, 4-180/16,90, 4-190/10, 7-190/13,40, Hoesch 1-95/8, 1-100/4,90, 4-95/12,40, 4-100/8, 7-100/13, 7-110/8, 7-120/4,80, Mannesmann 1-140/5,10, 1-150/3,20, 1-160/1,95, 4-150/7,50, 4-160/4,40, 7-140/18,50, 7-150/12, 7-160/7, Preussag 7-280/27,20, Thyssen 1-70/14, 1-80/5,90, 1-85/4, 4-85/7,30, 4-90/4, Thyssen 7-80/14,35, 7-90/6,85, Bayr. Hypo 7-290/20, Bekula 4-110/9,40, Daimler 1-640/95, 1-680/60, Babcock St. 4-180/16,80, Harpener 1-261/24,40, Kaufhof 4-280/13, Klöckner 1-40/2,80, 1-45/1,75, 4-40/4,90, 7-45/4,80, 7-50/2,80, Mercedes 4-630/30, RWE St. 1-180/5,50, 4-180/10,35, 4-190/4,50, 7-170,10, Rütgers 1-330/8,80, Schering 4-400/12, 7-400/30, Chrysler 4-85/7,40, 7-90/13,50, 7-85/12,50, 7-90/9,50, IBM 7-330/69, 7-380/40, 7-370/28, Philips 4-40/5,90, Royal Dutch 4-12/9,40, Elf 4-60/4, 7-70/4. **Verkaufsoptionen:** AEG 4-80/1,90, 7-85/5,20, Siemens 1-380/6, 1-390/12, 4-350/3, 4-360/4, Veba 1-170/6,40, BASF 4-160/5,40, Hoechst 7-170/5,50, BMW 1-400/5, 1-410/12, 1-420/18, 4-380/4, VW 1-220/2,80, 1-230/7, 4-230/8, 7-210/3,60, 7-220/5, 7-230/9,70, Conti Gummi 1-120/3,50, 4-120/4,40, 7-120/6, Commerzbank 4-170/3,60, 7-170/4, Dt. Bank 1-310/3,10, 7-310/6,20, Dresdner Bank 4-170/2,50, Hoesch 1-95/3, 1-100/3,85, 4-110/13, 7-95/4,50, Mannesmann 1-140/3, 4-140/4, 7-140/7,60, Thyssen 1-80/3, BBC 4-220/8, Daimler 1-670/15,80, 7-630/13, Babcock St. 1-180/6, GHH St. 4-140/9, Harpener 1-270/6,50, Kali und Salz 4-210/10,50, Karstadt 1-280/9,85, KHD 1-240/7,30, Metallgesellschaft 4-190/5,50, Alcan 4-100/9,65, Philips 4-40/3,55.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 31. 10.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅛– 9⅞	5½–5¾	4⅛–4⅜
3 Monate	9½– 9¾	5⅝–6	4⅛–4⅜
6 Monate	9⅝– 9⅞	5¾–6	4¼–4½
12 Monate	9⅞–10⅛	6⅛–6⅜	4½–4⅝

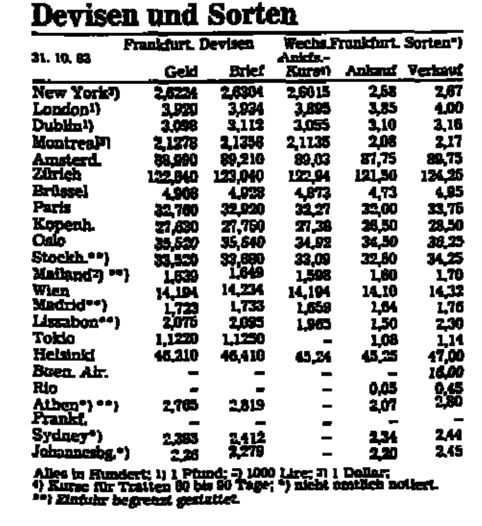
Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 31. Oktober folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1400,00	1710,00
10 US-Dollar (Indian)**)	1110,00	1316,10
5 US-Dollar (Liberty)	480,00	581,40
1 £ Sovereign alt	232,00	287,28
1 £ Sovereign Elizabeth II	228,00	282,72
20 belgische Franken	181,00	233,70
10 Rubel Tscherwonez	243,00	304,38
2 südafrikanische Rand	229,00	282,72
Krüger Rand, neu	1025,00	1208,40
Maple Leaf	1025,00	1208,40
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	238,00	303,24
20 schweiz. Franken „Vreneli"	195,00	250,80
20 franz. Franken „Napoléon"	187,00	237,12
100 österr. Kronen (Neuprägung)	946,00	1142,28
20 österr. Kronen (Neuprägung)	189,00	238,26
10 österr. Kronen (Neuprägung)	98,00	128,82
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	430,00	530,10
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	101,00	137,94

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7,5 % Mehrwertsteuer



Devisen und Sorten

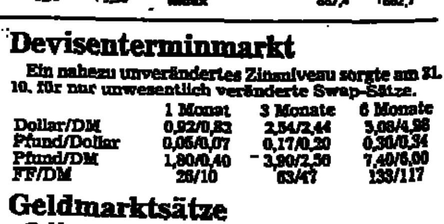
31. 10. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurse⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	2,6224	2,6304	2,6015	2,58	2,67
London¹)	3,920	3,934	3,895	3,85	4,00
Dublin¹)	3,098	3,112	3,055	3,10	3,16
Montreal³)	2,1278	2,1358	2,1135	2,08	2,17
Amsterd.	88,990	89,210	89,03	87,75	89,75
Zürich	122,840	123,040	122,94	121,50	124,25
Brüssel	4,908	4,928	4,873	4,73	4,95
Paris	32,780	32,920	32,27	32,00	33,75
Kopenh.	27,630	27,750	27,38	26,50	28,50
Oslo	35,520	35,640	34,92	34,50	36,25
Stockh.**)	33,520	33,680	33,09	32,60	34,25
Mailand²) **)	1,639	1,649	1,598	1,60	1,70
Wien	14,194	14,234	14,194	14,10	14,32
Madrid**)	1,723	1,733	1,658	1,64	1,76
Lissabon**)	2,075	2,095	1,965	1,50	2,30
Tokio	1,1220	1,1250	–	1,08	1,14
Helsinki	46,210	46,410	45,24	45,25	47,00
Buen. Air.	–	–	–	–	16,00
Rio	–	–	–	0,05	0,45
Athen*) **)	2,765	2,819	–	2,07	2,80
Prankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,383	2,412	–	2,34	2,44
Johannesbg.*)	2,26	2,279	–	2,20	2,45

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 80 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Obwohl die Geldmenge M1 einen deutlichen Rückgang um 2,4 Mrd. DM aufwies, gab es keinen schwächeren US-Dollar. Die Handelsbilanz der USA, ebenfalls am Freitag veröffentlicht, wies ein Defizit von 5,81 Mrd. Dollar auf. Dies und die Befürchtungen, von mehreren Kommentatoren genährt, daß ein ernsthaftes Bemühen einen Abbau im Haushaltsdefizit in absehbarer Zeit zu erreichen nicht vorhanden sei, sorgte für stabile Dollar-Kurse, so daß es nach einem Tagestief von 2,625 am Nachtmittag zu einem Anstieg bis 2,6320 kam. Die amtliche Notiz wurde bei einem geringen Kursausgleich der Bundesbank von 1,5 Mill. Dollar mit 2,6264 festgelegt. Die meisten amtlich notierten Währungen notierten höher. Am stärksten befestigt waren das englische Pfund mit 4,1 Promille auf 3,927 und der canadische Dollar mit 3,8 Promille auf 2,1318. US-Dollar in: Amsterdam 2,9485; Brüssel 53,43; Paris 7,9740, Mailand 1597,20; Wien 18,4760; Zürich 2,1363; ir. Pfund/DM 3,106; Pfund/Dollar 1,4952; Pfund/DM 3,927.

Ostmarkkurs am 31. 10. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 17,50; Verkauf 20,50 DM West.



Devisenterminmarkt

Ein nahezu unverändertes Zinsniveau sorgte am 31. 10. für nur unwesentlich veränderte Swap-Sätze.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,92/0,82	2,54/2,44	5,08/4,98
Pfund/Dollar	0,06/0,07	0,17/0,20	0,30/0,34
Pfund/DM	1,80/0,40	3,90/2,50	7,40/6,00
FF/DM	26/10	63/47	133/117

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 31. 10.: Tagesgeld 5,50–5,60 Prozent; Monatsgeld 5,75–5,85 Prozent; Dreimonatsgeld 6,10–6,20 Prozent.

Privatdiskontsätze am 31. 10.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 31. 10.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/13 (Typ A) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,71) – 8,00 (7,11) – 8,50 (7,42) – 8,50 (7,60) – 10,00 (7,92). Ausgabe 1983/14 (Typ B) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,74) – 8,00 (7,16) – 8,50 (7,69) – 10,00 (8,08) – 10,00 (8,35). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 7,15. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,80, Rendite 7,80.

Schwankungen bei den Renten

Bei den Renten setzte sich am Wochenende keine klare Tendenz durch. Einerseits wurde der überraschende Rückgang der Geldmenge in den USA positiv bewertet, andererseits war man irritiert durch den höheren Dollarkurs. In den öffentlichen Anleihen kam es zu kleinen Schwankungen. Dabei hielten sich die Umsätze in engen Grenzen. Der Absatz der neuen Bundesanleihe (Rendite 8,21 Prozent) ist zähflüssiger geworden. Bei den Pfandbriefen blieb das Geschäft ebenfalls ruhig. Nennenswerte Kursverschiebungen waren hier ebenso wenig zu beobachten wie bei den DM-Auslandsanleihen.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bundesbahn

		31. 10.	28. 10.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,6G
7¼ Bdbahn 72	2/84	100,25	100,3
8 dgl. 72	8/84	101,1	101,1
8¼ dgl. 76	9/84	101,3G	101,3
6 dgl. 78 II	11/84	98,55	98,55
5½ dgl. 79	2/85	98,7	98,7
8¼ dgl. 73	2/85	101,6	101,6
7 dgl. 77	2/87	98,2	98,2
6 dgl. 77	9/87	94,65	94,6

Bankschuldverschreib.

	31. 10.	28. 10.
F 8 Allg. Hypo. Pf 1	81G	81G
6½ dgl. Pf 5	87G	87G
7 dgl. Pf 2	98,75G	98,75G
F 7½ Bdbk Pf 104	99,8G	99,8G
9 dgl. Pf 106	102,45G	102,45G
10 dgl. Pf 108	107,25G	107,25G
7 dgl. RS 132	94,95	94,95
8 dgl. RS 155	98,65G	98,65G
9 dgl. RS 169	102,4G	102,4G

	31. 10.	28. 10.
M 5½ Bayer. Hyp. Pf 14	90,25TG	90,25TG
6 dgl. Pf 20	81G	81G
8¼ dgl. Pf. 2	95G	95G
7 dgl. Pf 3	94,5G	94,5G
7 dgl. Pf 27	100,3G	100,3G
6½ dgl. KS 14	95,75G	95,75G
7¼ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	123,25G	123,25bG
5½ dgl. Pf 11	130G	130G
6 dgl. Pf 34	77G	77G
...		
6½ dgl. KS 259	96,55G	96,55G
F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82	71G	71G
5½ dgl. Pf 59	78	78
6 dgl. Pf 182	78	78G
B 9 Dt.Pf.Wt. Brl. 482	103,5G	103,5G
Br 8 Dt. Schiffsb. Pf 48	100,7G	100,7G
5½ dgl. Pf 62	88,9G	88,9G
5½ dgl. Pf 65	98,6G	98,6G
6¼ dgl. Pf 60	94,15G	94,15G
6½ dgl. Pf 74	97,55G	97,55G
6¾ dgl. Pf 78	96,05	96,05

	31. 10.	28. 10.
Br 6½ dgl. Pf 77	93,3G	93,3G
6 dgl. Pf 42	99,8G	99,8G
8½ dgl. Pf 47	101,8G	101,8G
F 5 Frf. Hypobk. Pf 66	68G	68G
5½ dgl. Pf 53	75G	75G
6 dgl. Pf 79	78	78
6 dgl. Pf 130	91,5G	91,5G
6½ dgl. Pf 133	86,5T	86,5T
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	115G	115G
...		
9 dgl. Pf 167	100,5G	100,5G
6 dgl. KS 77	78G	78G
6½ dgl. KS 80/T	99,75G	99,75G
8½ dgl. KS 110	-Zhg	-Zhg
Br 5 St. Kr. Ol-Br Pf 17	110G	110G
5½ dgl. Pf 24	104G	104G
5 dgl. Pf 36	83,75G	83,75G
5½ dgl. Pf 43	83,25G	83,25G
6 dgl. Pf 56	78G	78G
7 dgl. Pf 61	87,25G	87,25G
8 dgl. Pf 70	100G	100G
9 dgl. Pf 68	101,75G	101,75G

	31. 10.	28. 10.
H 6 Schiffshyp. Pf 23	97,5G	97,5G
7½ dgl. Pf 45	99G	99G
M 6 Südboden Pf 41	89G	89G
5½ dgl. Pf 57	75G	76G
6½ dgl. Pf 143	93,75G	93,75G
7 dgl. Pf 87	93,5bG	93,5bG
7½ dgl. Pf 104	95,5G	95,5G
7 dgl. KS 49	92,5G	92,5G
7½ dgl. KS 81	99G	99G
8 dgl. KS 133	99,25TG	99,25TG
...		
D 7¾ LAG TS 76	100,25G	100,5
8 dgl. TS 76	95,3G	95,3G
6½ dgl. TS 77	95,3G	95,3G
5½ dgl. 78	92,5	92,35
7 dgl. 79	97	96,9bG

Industrieanleihen

	31. 10.	28. 10.
F 6 Badenwerk 64	99,75	99,55
6 dgl. 78	94,4G	94,4G
5 BASF 59	98,5G	99,5G
5 Bayernw. 59	98,75G	98,75G

Sonderinstitute

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

	31. 10.	28. 10.
...		
3¾ Sanyo Elec. 78	171	170G
3¾ Seiyu Stores 78	96,5	95,75G
6¼ Sekisui 76	1422hg.	-Zhg.
3½ Stanley 78	132,25	135G
6 Taiyo Yuden 82	123bG	122G
5 Texaco Int. 66	95,75bG	95,75bG
3½ Tok. Elec. 78	375G	370G
4¼ Tok. Sanyo 77	285G	285G
4 Tokyu Land 79	107G	107G
3½ Trio Kenw. 78	108G	109G
6½ Uny Ltd. 79	165G	165G

Anmerkungen:
- Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Ausländische Aktien

	31. 10.	28. 10.
...		
F Kawasaki Steel	1,95	1,856
M Kloof Gold Min.	101	102
F Komatsu	5,5bG	5,3
D KLM	140G	142
F Kubota	3,1G	3,1G
D Lafarge	80G	80G
D Lonro Ind.	162G	162G
F Lone Star	70,1	69
D LTV	40,4	41
M M.I.M. Hold.	17,35	17B
F Magneti Marelli	-	-
D Marubeni	3G	3G
F Marudai Food	6,8T	6,8T

	31. 10.	28. 10.
...		
F United Techn.	170bG	172,5bG
F US Steel	73exD	72,5
M Vaal Reefs Expl	245,5	248
D Vmf-Stork	73,5G	-
D Volvo A	141G	142G
D dgl. Nam B	141G	142G
F Warner Commun.	58	58,1
F Warner Lambert	76	77G
F Wells Fargo	90	92,1
M Western Deep L.	116	117,1
M Western Mining	8,3	8,15
F West -Utrecht H.	94	93bG
D Xerox Corp	119	119

Warenpreise – Termine

Leicht befestigen konnten sich am Freitag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Deutlich fester notierten Silber und Kupfer. Während Kakao geringe Zuschläge verzeichnen konnte, schloß Kaffee in den ersten drei Sichten schwächer und in den darauffolgenden fester.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	28. 10.	27. 10.
Dez.	358,75	358,00
März	372,25	371,50
Mai	371,50	369,75

Weizen Winnipeg (can. $/t)	28. 10.	27. 10.
Wheat Board of St. Lawrence 1 CW	240,35	240,65
Amber Durum	249,90	249,35

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	151,50	149,60
Dez.	154,50	150,70
März	159,60	157,00

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	132,00	132,80
Dez.	127,00	126,50
März	125,50	124,40

Hafer Chicago (c/bush)	28. 10.	27. 10.
Dez.	183,75	184,00
März	192,25	193,00
Mai	196,25	196,00

Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	347,25	345,75
März	344,25	342,00
Mai	341,25	340,00

Gerste Winnipeg (can. $/t)	28. 10.	27. 10.
Okt.	133,50	135,00
Dez.	132,00	132,00
März	135,00	134,00

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	28. 10.	27. 10.
Dez.	138,60	139,55
März	137,76	138,00
Mai	134,60	135,20

Kakao New York ($/t)	28. 10.	27. 10.
Dez.	1940	● 1932
März	1974	1966
Terminkontr. Mai	2000	▲ 1998
Umsatz	1874	3916

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	9,10	9,10
März	9,65	9,80
Mai	10,03	10,00
Juli	10,85	10,29
Sept	10,59	10,54
Umsatz	7 195	● 15 000

	28. 10.	27. 10.
Isa-Preis fob karib. Häfen (US-c/lb)	8,71	8,94

Kaffee London (£/t) Robusta-	28. 10.	27. 10.
Kontrakt Nov.	1845–1848	1840
Jan.	1845–1847	1848
März	1807–1809	1811
Umsatz	4266	5562

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1419–1420	1412–1413
März	1422–1423	1415–1416
Mai	1436–1437	1428–1429
Umsatz	–	1837

Zucker London (£/t)		
Rohzucker Dez.	154,00–154,50	151,00–153,00
März	162,25–162,40	158,80–159,25
Mai	167,25–167,50	164,15–164,25
Umsatz	3049	5873

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	28. 10.	27. 10.
schw. Sarawak spez.	305,00	305,00
weißer Sarawak	470,00	455,00
weißer Muntok	472,50	467,50

Orangensaft New York (c/lb)	28. 10.	27. 10.
Nov	127,70	127,50
Jan.	122,55	122,50
März	120,30	120,30
Mai	119,20	119,30
Juli	118,90	119,00
Umsatz	300	350

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	28. 10.	27. 10.
Südstaaten fob Werk	53,00	53,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	26,50	27,00

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Dez.	28,70	28,65
Jan.	28,90	28,95
März	29,10	29,30
Mai	29,30	29,35
Juli	29,30	29,50
Aug.	28,80	28,75
Sept.	27,30	26,75

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	29,50	30,50

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	18,50	18,50
Choise white hog 4% fr. F	15,75	15,50

Talg New York (c/lb)		
top white	17,00	17,00
fancy	16,50	16,50
bleichfähig	16,25	16,25
yellow max. 10% fr. F.	14,50	14,50

Schweine Chicago (c/lb)		
Dez.	43,80	43,60
Febr.	47,10	46,65
April	46,40	46,30

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	62,60	61,55
März	62,80	61,67
Mai	63,85	62,87

Häute Chicago (c/lb)	28. 10.	27. 10.
Ochsen einh. schwere River Northern	55,00	55,00
Kühe einh. schwere River Northern	54,00	54,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Nov.	828,00	822,00
Jan.	847,00	843,00
März	861,00	863,00
Mai	863,00	860,00
Juli	858,00	856,00
Aug.	839,00	838,00
Sept.	754,00	759,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Dez.	236,00	238,00
Jan.	237,00	239,00
März	238,00	240,00
Mai	234,50	238,00
Juli	234,00	236,50
Aug.	223,00	225,00
Sept.	208,00	210,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	28. 10.	27. 10.
Okt.	371,00	369,00
Dez.	376,00	375,50
März	386,50	385,00

Kokosöl New York (c/lb)	28. 10.	27. 10.
Westküste fob Werk	39,50	40,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	31. 10.	28. 10.
jegl. Herk. cif	1020,00	1010,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	600,00	605,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	672,50	675,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	193,50	193,50

Kopra Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippines cif	890,00	895,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	323,00	315,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	28. 10.	27. 10.
Dez.	80,20	80,15
März	81,35	81,25
Mai	82,00	81,90
Juli	82,00	82,20
Okt.	76,35	76,45
Dez.	74,95	75,00

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS -1:	59,50	59,50

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	28. 10.	27. 10.
Dez.	407–409	408–410
Jan.	408–410	408–410
März	413–415	412–414
Umsatz	140	155

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	28. 10.	27. 10.
Dez.	46,30	46,30
März	46,80	46,80
Mai	47,30	47,30
Juli	47,50	47,50
Umsatz	0	0
Tendenz: stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	28. 10.	27. 10.
Dez.	585,0–595,0	559,3
März	576,0–578,0	580,0
Mai	587,0–589,0	590,0
Umsatz	89	53

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	28. 10.	27. 10.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	28. 10.	27. 10.
Nov.	13 565	13 550
Dez.	13 587	13 551

Kautschuk London (p/kg)	28. 10.	27. 10.
Nr. 1 RSS loco	–	77,50–79,00
Dez.	78,90–79,70	77,00–77,90
Jan.	79,00–79,90	77,50–79,00
Jan/März	79,10–79,20	78,00–78,10
Tendenz: –		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	28. 10.	27. 10.
Nr. 1 RSS loco:	252,50–253,50	254,00–255,00
Nov.	254,75–255,50	256,00–257,00
Dez.	260,00–261,00	261,00–262,00
Nr. 2 RSS Nov.	248,50–249,50	249,50–250,50
Nr. 3 RSS Nov.	245,00–246,00	246,00–247,00
Nr. 4 RSS Nov.	238,50–239,50	239,50–240,50
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	28. 10.	27. 10.
BWC	445,00	445,00
BWD	391,00	391,00
BTC	450,00	450,00
BTD	396,00	396,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	31. 10.	28. 10.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	105,63–105,73	109,51–109,70
drittfolg. Monat	109,37–109,46	113,23–113,33
Zink: Basis London		
laufend. Monat	228,17–228,27	230,38–230,77
drittfolg. Monat	233,48–233,68	235,67–236,08
Produz.-Preis	243,31	242,35
Reinzinn 99,9%	3678–3715	3674–3710

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	31. 10.	28. 10.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	368,02–370,68	371,42–373,77
Blei in Kabeln	113,25–114,25	117,25–118,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	430,50–433,50	430,50–433,50
Vorziehdraht	439,50	439,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller.

Messingnotierungen

	31. 10.	28. 10.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	343–353	345–355
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	390–391	391–392
MS 63	382–386	385–389

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	28. 10.	27. 10.
ab Werk prompt (Ring./kg)	30,14	30,16

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	31. 10.	28. 10.
Leg. 225	405–418	410–418
Leg. 226	407–420	412–420
Leg. 231	437–450	442–450
Leg. 233	447–460	452–460

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	31. 10.	28. 10.
Platin (DM je g)	34,858	35,158
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	32 900	32 900
Rücknahmepr.	32 150	32 150
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	32 750	32 980
Rücknahmepr.	31 770	31 990
verarbeitet	34 370	34 610
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 485	32 735
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	750,20	769,70
Rücknahmepr.	723,90	742,90
verarbeitet	783,50	803,80

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	31. 10.	28. 10.
London 10.30	383,50	387,25
15.00	382,00	387,75
Zürich mittags	381,75–382,25	387,60–388,10
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	gestr.	99 950
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	584,20	602,15
3 Monate	597,40	615,35
6 Monate	611,35	629,40
12 Monate	637,95	656,55

Platin (£-Feinunze)	28. 10.	27. 10.
London fr. Markt	260,35	254,35
Palladium (£-Feinunze)		
London	95,75	93,55
f. Händlerpr.	–	94,75

New Yorker Preise	28. 10.	27. 10.
Gold H & H Ankauf	unerhältl.	384,50
Silber H & H Ankauf	unerhältl.	870,50
Platin fr. Händlerpr.	375,00–382,00	375,00–382,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	141,50–143,50	140,00–142,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Nov.	906,00	880,00
Dez.	908,00	883,00
Jan.	920,70	894,50
März	929,00	907,00
Mai	945,00	926,00
Juli	954,50	940,00
Sept.	984,60	956,00
Umsatz	26 000	–

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	28. 10.	27. 10.
Nov.	63,20	62,10
Dez.	63,80	62,60
Jan.	64,45	63,35
März	65,60	64,40
Mai	66,90	65,50
Juli	68,30	67,00
Sept.	69,60	68,10
Umsatz	10 000	–

Londoner Metallbörse

	31. 10.	28. 10.
Aluminium (£/t) Kasse	1020,5–1021,00	1035,5–1036,5
3 Monate	1047,0–1047,5	1061,5–1062,0
Blei (£/t) Kasse	268,50–268,75	280,00–281,00
3 Monate	278,00–278,25	289,50–290,00
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	923,00–923,50	935,50–936,00
3 Monate	945,00–946,00	957,00–957,50
abends Kasse	–	936,00–937,00
3 Monate	–	957,00–957,50
(Kupfer-Standard) Kasse	903,00–904,00	918,00–920,00
3 Monate	925,00–927,00	939,00–940,00
Zink (£/t) Kasse	580,00–580,25	585,00–586,00
3 Monate	593,50–594	598,50–599,00
Zinn (£/t) Kasse	8580–8582	8575–8585
3 Monate	8660–8661	8655–8665
Quecksilber ($/Fl.)	–	325–329
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	74–79

Verwilderte Sitten!

af. – Ein klein wenig Stunk hat es gegeben über das Wochenende im französisch-britischen Kulturleben. Jean-Louis Barrault, der weltbekannte Komödiant, Regisseur und Bühnenprinzipal, gedachte von der Bühne der Londoner „Royal Shakespeare Company“ herab über seine Art von Theater zu sprechen.

So ganz genau war das dem britischen Publikum nicht bekanntgemacht worden. Es saß, das Publikum, lauerte auf den Protagonisten und erwartete eine schöne Schau. Der Meister aber sprach nur darüber, und dies noch dazu auf französisch. Derlei dürfen sich nach britischen Maßstäben nur Briten erlauben. Furchtlose Männer muckten auf im Parkett und teilten mit, sie verstünden nichts. Barrault verließ die Bühne und ließ das Publikum im eigenen Saft schmoren. Er kam noch einmal wieder, denn es gab ja Leute, die des Französischen mächtig waren – und am Ende machte er sogar ein bißchen was vor.

Im ganzen muß es ein wirklich lausiger Abend gewesen sein. Barrault machte sein ganzer Weltruhm keinen Spaß mehr, und das Parkett kulturbewußter Briten fand kein Gefallen an Barrault. Schuld, mit Verlaub, waren denn doch wohl beide Teile. Man kann als Protagonist mehr als ein halbes Jahrhundert wundervoll sein – Diener des Publikums aber bleibt man deswegen doch: Wer auftreten will, der achte darauf, daß seine Plakate stimmen. Andererseits, wer da kommt, um La France zu lauschen, der wird Französisches wohl auf französisch schlukken müssen.

Das viele Fernsehen mit den Untertiteln hat alle Sitten und Gebräuche doch arg verwildern lassen.

Shakespeares „Timon von Athen“ *in Frankfurt*

Gruppenbild mit Clowns

Drei Akte lang schwelgt dieser Timon, gibt Bankette, macht Geschenke, wird umschmeichelt von einem ganzen Hofstaat vermeintlicher Freunde. Plötzlich aber sind seine Kassen leer, und vorbei ist es mit den Festlichkeiten, vorbei auch mit den Freundschaften. „Es ist besser, zu sterben als arm zu sein“, sagt darauf einer, fast schon wie bei Brecht. In den verbleibenden zwei Akten gibt es nur noch Worte: Da brüllt sich Timon, der in eine Erdhöhle in der Wildnis geflüchtet ist, seinen Ekel vor so viel Undankbarkeit und Habsucht in endlosen Monologen von der Seele. Und irgendwann stirbt er. Shakespeares Einsiedlergeschichte „Timon von Athen“ ist ein Drama der großen Worte und der kleinen Taten: Es passiert fast nichts, aber geschimpft wird mächtig. Das Stück sperrt sich wie kein anderes des Elisabethaners gegen die Umsetzung auf dem Theater, weil es die Worte nicht in Aktion übersetzt.

Am Frankfurter Schauspiel jedoch ist dem aus Heidelberg abgeworbenen David Mouchtar-Samorai mit seiner „Timon“-Inszenierung jetzt ein kleines Wunder gelungen: Er hat Shakespeares schematische und zudem ungewöhnlich humorlose Skizze zu einem breiten Gesellschaftspanorama ausgemalt, zum Porträt eines ganzen Zeitalters, in dem Clowns und Gaukler ebenso ihren Platz haben wie Geldleute, Politiker und Soldaten – und deren Opfer. Indem Mouchtar-Samorai die Geschichte vom Glanz und Elend des Patriziers Timon nachzeichnet, erzählt er zugleich vom Niedergang einer ganzen Lebensform, vom Zerfall feudaler Werte und feudaler Pracht und vom gleichzeitigen Aufstieg einer ganz neuen Schicht: der Händler, Geldverleiher und Betreiber von Manufakturwerkstätten. Die Neuzeit bricht da an mit dem Aufstieg des Bürgertums – aber Mouchtar-Samorai verfällt nicht in ein platt-soziologisches Dozieren. Er gewinnt dem Stück vielmehr mit grotesk schönen Bildeinfällen so viel Leben ab, daß man das Eindringen der gesellschaftlichen Dimension in den von Leid und Selbstmitleid durchtränkten Text eher als Bereicherung empfindet.

Man kommt nur gelegentlich dazu, den zahllosen liebevoll ausgearbeiteten Details am Rande seine Aufmerksamkeit zu schenken, weil sich ein spektakulärer Einfall nach dem anderen davorschiebt. Als Timons Diener auf die Suche nach Geldgebern gehen, die ihrem zahlungsunfähigen Herrn aushelfen könnten, tauchen plötzlich von allen Seiten kleine graue Männchen auf, die wie ungelenke Käfer riesige Ballen Wolle vor sich herschieben – und inmittten dieser anonymen grauen Geschäftigkeit erscheinen die Geldleute wie souveräne Dompteure: Das Handwerk ist bereits auf dem Weg zum tristen Massenunternehmen, mit Menschen, die nurmehr als Werkzeuge, als graue Arbeitsmäuse etwas gelten. Aber auch den Geld scheffelnden neuen Herren der Welt sagt die Inszenierung einen fast biblischen Absturz voraus: Nachdem Timon das ganze „bessere“ Athen durch ein Gastmahl mit Steinen und Farnkraut endgültig verschreckt hat, sieht man ihn traumvergessen ins Leere starren, während hinter ihm die falschen Freunde von ehedem aufmarschieren wie Lemuren mit krummen Beinen und gebeugten Schultern, und man sieht die gespenstische Gesellschaft Tische aufeinanderstellen und dann, echsengleich, zur Spitze des Turms klettern, bis in dem Gedränge jedes Weiterkommen unmöglich ist – einen Turm zu Babel bauen sie, der in sich zusammenbrechen wird.

Mit diesem Bild geht es, nach drei Akten, in die Pause. In der zweiten Hälfte indes gewinnt die Inszenierung ihre Bildkraft und auch ihre Breite und Vielfalt nicht zurück. Das monologisierende Stück fordert erbarmungslos seinen Tribut – je länger Timon in seinem Notzelt in der Steinwüste flucht, desto ermüdender wird das Finish. Das liegt auch daran, daß Peter Roggisch in der Rolle des Timon eigenartig lustlos und blaß wirkt. Trotzdem läßt Mouchtar-Samorais „Timon“-Inszenierung fürs Frankfurter Schauspiel wieder hoffen: Seit Jahren ist es an diesem Haus die einzige Inszenierung, die wieder nach Berlin aufs Theatertreffen gehört.

JENS FREDERIKSEN

Hamburg: Verdis „Giovanna d'Arco“ konzertant

Töne für Schmecklecker

Eine konzertant aufgeführte Oper ist wie das Fleisch ohne Skelett, wie ein Organismus ohne Blutkreislauf. So hatten sich die Komponisten das ja auch nicht gedacht: ihre ausschweifenden Träume vom Menschen und vom Leben zur Podiumsgala in Frack und Abendkleid verkommen zu sehen. Die Verlegenheitslösung wird umfunktioniert und angepriesen als Information über Unbekanntes, Vergessenes, nicht Aufführbares. In Wahrheit sind es Tarife, immer kürzere Arbeitszeiten, soziale Mißverständnisse also, die die Kunst ins Prokrustesbett zwingen.

Zugegeben: Manchmal ist nur die Musik schön, die Handlung überflüssig. Hin und wieder entdeckt man vielleicht sogar eine Partitur, die sich szenisch aufführen ließe. Gibt man aber der Wahrheit die Ehre, läuft eine solche Veranstaltung auf die ungehemmte Produktion schöner Töne hinaus, auf ein Stimmenfest für Schmecklecker.

In der Hamburgischen Staatsoper war Verdis „Giovanno d'Arco“ das Alibi für die Ausstellung kostbarer Stimmbänder. Ganz am Rande ließ seine siebente Oper dennoch hören, das – was wir etwa an der Trias Rigoletto – Troubadour – Traviata bewundern – hier schon deutlich zu erkennen ist.

Das Ereignis des Abends hieß Margaret Price. In ihrem wunderbaren Sopran versammeln sich all die Kräfte, die eine Ausnahmeerscheinung ausmachen. Auf der Basis einer virtuosen, perfekt beherrschenden Technik, mit der sie mühelos spielt, kann sie über eine Ausdrucksskala mit einer so vielschichtigen Farbpalette wie weitgespannten, abgestuften Dynamik verfügen.

Frau Price verwaltet gleichermaßen Amselschlag und Brünhilden-Gewalt. Ihre auftrumpfende Persönlichkeit, „rund um hoyotoho“ (Polgar), läßt ahnen, was in ihr steckt, und genau das kommt heraus an reiner, verführerischer Süße. Die Musikalität, mit der sie die Titelpartie erfüllt, ist so bar jeder von außen aufgesetzten Dramatik, wird diktiert von sensiblen Nervensträngen, daß man von der pathosgesättigten Opernfigur auf den beseeltesten Liedgesang schließen kann.

Des weiteren: Vasile Moldoveanu (Carlo) präsentierte einen schmalen, kraftvollen Tenor, Bernd Weikl (Giacomo) samtenes, edles Baritonvolumen. Frieder Stricker (Delil) und Richard Curtin (Talbot) rundeten das Solistenensemble sicher ab. Der Staatsopernchor, einstudiert von Albert Limbach, wartete mit opulenter Stimmpracht auf. Am Pult stand Gianfranco Masini, einer der ausgebufften Spezialisten für die Ingredienzen der italianitá: cantabile, secco und drive. Die Philharmoniker hielten sich wacker und zeigten Spiellaune. Beifallsstürme, vor allem für Frau Price. Die Buh-Rufer vom Dienst fehlten. Es gab keinen Regisseur.

HANS-OTTO SPINGEL

Keyboards, Black Music, „Aktuelles“ und indische Musik: In Berlin ging das „Jazz-Fest 1983“ zu Ende

Watergate der vier eleganten Herren



Wenig Glück mit Skandinavien: Max Roach beim Berliner Jazz-Fest FOTO: DPA

Mit Schellengeklingel marschiert er auf die Bühne, wärmt sich das Handgelenk mit einem Trommelwirbel, bearbeitet Glockenspiel und Xylophon, bläst gurrend auf Metallstangen, kriecht um sein Instrument, besser: um seine Rhythmusfabrik herum, haut von vorn auf die große Trommel und die Blechplatten am Boden, tönt im bellenden „scat-singing“ und veranstaltet rhythmisches Schattenboxen, indem er pantomimisch auf die Felle schlägt, ohne einen Laut hervorzubringen.

Der vollbärtige Mann aus der „DDR“ platzt vor Virtuosität und Spiellaune aus allen Nähten: Günter „Baby“ Sommer. Zusammen mit dem Merseburger Organisten Hans-Günther Wauer eröffnete er das „JazzFest Berlin 1983“. Indische Musik, Black Musir, Keyboards und „Aktuelles“ waren die Schienen (George Gruntz, seit 1981 Leiter des Festivals, hat sie gelegt), auf denen die Interpreten nach Berlin gekommen waren.

Ob ausgerechnet das Duo Sommer/Wauer die Gattung „Keyboards“ überzeugend vertrat, muß freilich bezweifelt werden. Zu sehr konzentrierte sich das Geschehen auf Sommer, dem Wauer mit mächtigen Tonclustern auf der Orgel der „Philharmonie“ einen breiten Klangteppich ausrollte. Dabei wollte sich ein genuines Zwiegespräch nicht einstellen; jeder monologisierte auf seinem Instrument, wobei die Orgel trotz vielfältiger Registervariationen das rechte Jazzfeeling kaum vermitteln konnte.

Voll auf der „Keyboard“-Schiene fuhr dagegen Richard Teitelbaum, der mit seiner „Digital Piano Music“ viel Technik, wenn auch etwas wenig Substanz bot. Er spielt an einem Flügel, der elektronisch mit zwei anderen verbunden ist. Wie von Geisterhand bedient, bewegen sich die Tasten der „unbemannten“ Instrumente. Auf diese Weise verdreifacht sich der Klang ins Lärmig-Diffuse. Teitelbaum spielte in Berlin, bis der Flügel qualmte (eine Anlage war defekt), und war nahe daran, das Publikum zu verärgern. Provozierende Zwischenrufe trug der Interpret mit Humor.

Zu den interessantesten Pianisten gehörte der 45jährige Denny Zeitlin. Die Titel seiner Kompositionen – z. B. „Time remembers one time once“ oder „Country Fair“ – sind weniger programmatisch zu verstehen; sie ermöglichen dem Pianisten wie den Zuhörern vielmehr freie Assoziationen: Spielmaterial für musikalische Abstraktion. Das geht so weit, daß selbst ein Cole-Porter-Evergreen wie „What is this thing called love?“ kaum zu erkennen ist; einzelne Motive werden angespielt und von improvisierenden Einschüben zur Seite gedrängt.

Zeitlin bevorzugt einen Stil, der zwischen Erroll Garner und Maurice Ravel angesiedelt ist, ohne jedoch im mindesten eklektisch zu wirken. Nur manchmal verliert sein Spiel an Spannung, gerät in die Nähe harmloser Barmusik. Da helfen dann auch keine Blechplatten auf den Flügelsaiten zur Erzeugung „interessanter“ Soundeffekte.

Manch ein Programmblock in Berlin tummelte sich in den Außenbezirken des Jazz. Dazu gehörten vor allem die Vertreter der indischen Musik, die harte Anforderungen an die Geduld der Zuhörer stellen: Kompositionen ohne prägnante Höhepunkte, geprägt durch ein uns vollkommen fremdes Tonleitern- und Taktsystem. Daß aber auch hier der Einfluß westlicher Musik Fuß zu fassen beginnt, demonstrierten Kadri Gopalnath und vor allem John Handy am Altsaxophon.

Auch Rhythm-&-Blues-Sängerin Etta James fühlte sich sichtlich fehl am Platz. Mit einer Stimme, die die Trompeten von Jericho zu einem zarten Windhauch verwehen läßt, schwamm sie auf der Nostalgie-Welle mit Country- und Westernmusic und Rock'n' Roll aus den fünfziger Jahren. Mit Jazz hatte das nur wenig zu tun. Bei der mehrmaligen Aufforderung an das Publikum, ihre Lieder mitzusingen, hatte sie entweder deren Popularität oder das Alter der Zuschauer überschätzt: Es blieb beim Solo von Miß James.

Wenig jazzspezifisch schließlich klang auch das „Swedenborg String Quartet“, die Streichergruppe im „Max Roach Double Quartet“. Roachs Versuche, Jazzbesetzungen mit sinfonischen Orchestern oder kleinen Streicherbesetzungen zu kombinieren, datieren zurück bis in die sechziger Jahre. Mit den vier jungen Skandinaviern hatte der Schlagzeuger keinen guten Griff getan: Sie bemühen sich mehr um den jazzigen Sound, als daß er ihnen gelänge. Mitunter driften sie so weit ins gefühlige Legato ab, daß es fast so melancholisch klingt wie ein Chanson von Prevert.

Um „Atmosphäre“ bemühte sich Reverend Audrey F. Bronson mit einer temperamentvollen Bibelauslegung, die ihr in ihrer Heimatgemeinde zweifellos ekstatische Begeisterungsstürme entgegengebracht hätte. In der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche konnte sie jedoch kein Feuer entfachen. Das gelang erst den Barrett Sisters, den Spiritual-Sängern Bessie Griffin und Robert McFerrin und dessen Sohn Bobby McFerrin, der mit seiner Mischung aus Scat-Gesang, Instrumentenimitation und Vokalisen zwar nicht unbedingt ins Programm paßte, aber neben den Gospels, deren naive Frömmigkeit bisweilen arg fremd erscheint, frischen Wind ins Kirchenachteck blies.

Das wichtigste Ereignis des Jazzfestes war zweifellos die Wiedervereinigung des „Modern Jazz Quartet“, das seit 1974, nach 25jähriger Zusammenarbeit, nicht mehr aufgetreten war. Die vier eleganten Herren machen „ästhetischen“ Jazz, produzieren Musik, die, untypisch für manche Art von Jazz, überhaupt nicht „schwitzt“. Mit vornehmer Gelassenheit spielten sie den „Watergate Blues“, eine Komposition von Percy Heath (Baß), der nur insofern politisch war, als „Stars and Stripes forever“ zitiert wurde; das Marschlied „Such as much“ erhielt eine ungemütliche Komponente durch Intervallreibungen, die sich unter die harmlos-kindliche Melodie schoben; der aggressiv-stakkatoharte Rhythmus (Connie Kay am Schlagzeug) wuchs sich zur Bedrohung aus, ehe er endlich in befreienden Swingrhythmus hinüberglitt.

Mit John Lewis am Klavier und Milt Jackson am Vibraphon erlebte das Publikum in der Philharmonie eine Sternstunde, von der es noch recht viele geben möge. Nicht zuletzt dadurch gewinnen solche großen Jazzfestivals ihre Daseinsberechtigung.

RAINER NOLDEN

Die Deutschland-Polen und ihre Zeitschriften

Unzensierte Klagemauer

Durch die neue polnische Emigration, in der die junge Intelligenz tonangebend ist, hat sich die Kulturlandschaft der Deutschland-Polen wesentlich verändert. Die Palette der Richtungen, Zirkel und Temperamente ist reicher geworden. Auch konzentriert sich nicht mehr alles um den Sender Radio Freies Europa in München. Andere Standorte rücken nach vorn.

Freilich, die bayerische Metropole wird wohl weiterhin kultureller Mittelpunkt der Deutschland-Polen bleiben. Immerhin leben dort vier bekannte polnische Schriftsteller: Barbara Toporska, Stanislaw Mackiewicz, Tadeusz Nowakowski, Wlodzimierz Odojewski. „Radio Free Europe“ hat sein polnisches Kulturprogramm wesentlich ausgebaut; in München haben auch die Außenstellen der in der Heimat aufgelösten Schriftsteller- und Journalistenverbände ihren Sitz.

Aber durch die Ereignisse nach der Verhängung des Kriegsrechts ist auch West-Berlin zu einem ausgesprochenen Zentrum oppositioneller polnischer Kultur geworden. Ganz abgesehen davon, daß dort zwei prominente polnische Schriftsteller, nämlich Witold Wirpsza und Stanislaw Lem, ihr Exil aufgeschlagen haben, werden in Berlin vier neue Zeitschriften herausgegeben. Und der aus Oberschlesien stammende Krystyn Skrzyposzek debütierte in einem Berliner Verlag mit der deutschen Übersetzung seines Bandes „Freie Tribüne“, den T. Nowakowski als „Klagemauer à la polonaise“ bezeichnete.

Der agile Edward Klimczak, junger Wissenschaftler an der Freien Universität, gibt in Berlin zwei Zeitschriften mit beachtlichem Niveau heraus: die Zweiwochenschrift „Poglad“ (Meinung) und ihre deutsche Zweimonatsschwester „Meinung“. Klimczak, der die deutsche Sprache perfekt beherrscht und mit einer Deutschen verheiratet ist, die er in der „DDR“ kennenlernte, beobachtet in seinen Zeitschriften sowohl die kulturpolitische Szene im Mutterland als auch im Exil. Die Auflage von „Poglad“ beträgt 1500.

Viele intellektuelle polnische Jungemigranten haben heute einen deutschen Paß. So Klimczak, Skrzyposzek und der in Mettmann bei Düsseldorf lebende und für „Radio Free Europe“ sowie Londoner Exilzeitschriften schreibende Stanislaus Bieniasz, der in Oberschlesien zu den verheißungsvollsten Dramaturgen gehörte. Einige dieser jungen Autoren machen bereits ihre ersten literarischen und publizistischen Gehversuche in der Sprache ihrer Wahlheimat.

In West-Berlin erscheint, mit ebenfalls anspruchsvollem Niveau, die literarische Zeitschrift „Przekazy“ (Übermittlungen), die sich wie „Meinung“ als Publikation der „Solidarität“ versteht. Als unabhängig deklariert sich dagegen das „rein literarische“ Magazin „Archipel“, das sich zu einem erstrangigen Rezensionsorgan für neue polnische Literatur zu entwickeln scheint.

Schließlich: Polnische Studenten der Düsseldorfer Heinrich-Heine-Universität, darunter zwei junge Schriftstellerinnen, geben mit einer Auflage von 1000 Exemplaren eine „Unabhängige Zeitschrift der neuen Emigration“ mit dem Titel „Nie cenzurowano“ (Unzensiert) heraus. Auch dieses Organ enthält einen umfangreichen Kulturteil.

Nach wie vor ist natürlich Frankreich mit dem führenden Exilorgan „Kultura“ das Hauptland der polnischen Emigration. Viele Polen sagen – aus verständlichen Gründen – Europa auch ganz ade und siedeln nach Kanada oder Australien über. Aber der Anteil der Deutschland-Polen wächst beständig.

JOACHIM G. GÖRLICH

THEATERKALENDER

3. **Berlin,** Schloßpark-Theater; Gorki: Kinder der Sonne (R: Clemen)
4. **Heidelberg,** Theater der Stadt; Schleef: Berlin ein Meer des Friedens (U) (R: Wiegenstein)
5. **Zürich,** Schauspielhaus; Brasch: Mercedes (U) (R: Langhoff)
9. **München,** Kammerspiele; Toller: Der entfesselte Wotan (R: Ruckhäberle)
10. **Hamburg,** Ernst-Deutsch-Theater; Brecht: Schweyk im zweiten Weltkrieg (R: Paryla)
13. **Wien,** Akademietheater; Schnitzler: Reigen (R: Axer)
15. **Wuppertal,** Bühnen; Maron: Ada und Evald (U) (R: Reible)
19. **Berlin,** Schiller-Theater; Hofmann: Der Austritt des Dichters Robert Walser aus dem literarischen Verein (R: Kuner)
26. **Bochum,** Schauspielhaus; Brecht u. Weill: Mahagonny (R: Karge)
Düsseldorf, Schauspielhaus; Lessing: Nathan der Weise (R: Hesse)
27. **Bonn,** Bühnen der Stadt; Schiller: Maria Stuart (R: Eschberg)
Köln, Schauspiel; Tschechow: Der Kirschgarten (R: Flimm)
28. **Berlin,** Schaubühne; Monk u. Ping Chong: The Games (R: Monk u. Ping Chong)
30. **Berlin,** Schiller-Theater; Müller: Leben Gundlings Friedrich von Preußen Lessings Schlaf Traum Schrei (R: Emmerich)

Miró und Tàpies in der Karlsruher Galerie

Spanisches aus Bronze

In Karlsruhe sind Katalanische Wochen; für das Kulturamt eine dankbare Sache; es kann aus dem vollen schöpfen. Der kulturelle und künstlerische Beitrag Kataloniens zur Weltkunst ist in unserem Jahrhundert nicht geringer als im Mittelalter; das läßt sich mit vielen bedeutenden Namen belegen. Auf die bildende Kunst begrenzt, wären beispielsweise Gonzalez, Gargallo, Manolo, Dali und Gaudi, Miró und Tàpies zu nennen. Den beiden Letztgenannten widmet die Städtische Galerie im Prinz-Max-Palais zwei gewissermaßen ineinandergreifende Ausstellungen von aparter Originalität.

Für Joan Miró, der in diesem Jahr neunzig wurde, ist es eine Huldigung zum Geburtstag, an der sich sein erklärter Verehrer und Landsmann Antoni Tàpies mit einem „intimen“ Beitrag beteiligt. Den liebenswerten Maler Miró braucht man kaum noch vorzustellen. Doch der Bildhauer Miró ist immer noch zu entdecken. Zwar trifft der stolze Satz des Karlsruher Oberbürgermeisters nicht zu, daß hiermit zum ersten Mal die Plastik Mirós in Deutschland gezeigt werde – das hat nämlich Alfred Schmela vor acht Jahren in Düsseldorf getan –, dennoch bleibt diese Ausstellung verdienstlich, weil sie, abgesehen von ihrem künstlerischen Reiz, mit anschaulichen Argumenten hilft, das Persönlichkeitsbild des Künstlers auch hierzulande zu vervollständigen.

Denn es ist ja nicht so, daß Miró sich „zur Abwechslung“ gelegentlich auch als Bildhauer versucht hat.



Als Bildhauer ist Miró noch zu entdecken: „Frau und Vogel“, Bronze von 1968. Aus der Karlsruher Ausstellung. FOTO: KATALOG

Nicht anders als bei Picasso, Max Ernst oder Dubuffet bilden seine Skulpturen einen wichtigen Bestandteil seines Werkes, dem er den gleichen Rang beimißt wie seiner Malerei. Das bezeugt auch die Anzahl der Skulpturen, deren Katalog vor zehn Jahren bereits 273 Nummern erfaßte; ein jüngerer liegt noch nicht vor.

Jener Katalog (Maeght, Paris, 1973) beginnt mit einer „Spanischen Tänzerin“ aus dem Jahr 1928. Es folgten fruchtbare Jahre des plastischen Wirkens unter dem Einfluß von Surrealismus und Dada. Die mittleren Schaffensjahre waren mehr der Malerei gewidmet; erst in den sechziger und siebziger Jahren wandte Miró sich wieder vornehmlich der Plastik zu. Aus dieser Zeit stammen die Arbeiten, die wir in Karlsruhe zu sehen bekommen. Es sind hauptsächlich Leihgaben der Stiftung Miró in Barcelona. Und es sind allesamt Bronzen, obwohl es sich ursprünglich um zusammengefügte Fundstücke handelt.

Häufig sind es Kürbisse oder Melonen, oft Abfallstücke aus dem Hausrat, aus Werkstätten oder vom Müll, Kinderspielzeug oder simple Naturdinge, einen Baumstumpf oder ein Stück Korkrinde; meistens sind sie kaum noch zu identifizieren. Es genügt, daß sie den Künstler zu den wunderlichsten Figurationen inspiriert haben, zu „poetischen Objekten“, wie er selbst seine Skulpturen nennt. In Bronze gegossen, gewinnen sie ein eigenes Dasein. Eine Auswahl von Grafiken begleitet in Karlsruhe die Skulpturenschau.

Auch Antoni Tàpies begleitet sie, einmal mit einer Auswahl sehr delikater, sehr persönlicher Gouachen und Tuschpinselzeichnungen, und zum anderen mit einem „intimen Kabinett“, das die Schriftstellerin Ginka Steinwachs eingerichtet hat. Auch hier sind wieder Zeichnungen und Gouachen, aber auch größere Bilder, Objekte und Assemblagen aus dem persönlichen Besitz des Künstlers und seiner Frau Teresa versammelt, die beinahe indiskret über private Dinge, aber auch über künstlerische und politische Auffassungen, über Freundschaften und literarische oder musikalische Interessen des Ehepaares, wenn auch zumeist verschlüsselt, Auskunft geben. Er habe diesen Beitrag, schreibt Tàpies im Katalog, aus Freundschaft und Verehrung für Miró und aus Anlaß seines neunzigsten Geburtstags der Karlsruher Galerie zur Verfügung gestellt. (Bis 20. 11. 83; anschließend Wien, ohne Tàpies. Katalog Miró 26 Mark, Katalog „Tàpies intim“ 15 Mark.)

EO PLUNIEN

JOURNAL

Colloquium zu Ehren von Ortega y Gasset

w. m. **Marburg**

Aus Anlaß des 100. Geburtstages des spanischen Philosophen Ortega y Gasset veranstalten die Universität Marburg und die spanische Botschaft in Bonn vom 10. bis 12. November in Marburg ein deutsch-spanisches Colloquium. Im Eröffnungsvortrag wird der Marburger Philosoph Prof. Reinhardt Brandt über „Ortega y Gasset als Philosoph und Intellektueller“ sprechen. In weiteren Referaten beleuchten deutsche und spanische Wissenschaftler seine Bedeutung für die deutsche Philosophie, seine Studienzeit in Marburg (1906/07), sein Verhältnis zu Goethe und seine Übersetzungstheorie aus der Sicht der modernen Sprachwissenschaft.

Josuas Altar wurde gefunden

dpa, **Jerusalem**

Der israelische Archäologe Adam Sartel glaubt, einen vom Moses-Nachfolger Josua errichteten und im Alten Testament erwähnten Altar ausgegraben zu haben. Altersbestimmungen der Tonscherben aus der Ausgrabungsstelle deuten auf eine Zeit hin, die mit der Periode der israelitischen Landnahme unter Josua identisch ist – etwa zwölf Jahrhunderte vor der Zeitrechnung. Der Altar besteht dem Bericht zufolge, wie in der Bibel beschrieben, aus unbearbeiteten Steinen und hat bei einer Höhe von drei Metern den Umfang von neun mal sieben Metern. Im Innenraum, in dem Knochenreste von Schafen und Ziegen gefunden worden sind, führt eine schmale Steintreppe zu der Opferstelle.

Goethe-Institut Kairo feiert Geburtstag

dpa, **Kairo**

Das Goethe-Institut in Kairo hat soeben sein 25jähriges Bestehen gefeiert. In einem Festakt würdigte der ägyptische Erziehungsminister Mustafa Kamal Helmy den Beitrag des Instituts zur deutsch-ägyptischen Verständigung. Der Präsident des Goethe-Instituts, Klaus von Bismarck, zog die Bilanz eines 25jährigen „partnerschaftlichen Dialogs“ der Kulturbeziehungen zwischen beiden Ländern. Zum Jubiläumsprogramm des Kairoer Goethe-Instituts gehören eine Ausstellung „Schätze der Astronomie“ mit arabischen und deutschen astronomischen Instrumenten aus dem Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg, eine Ausstellung mit Werken des abstrakten Malers Julius Bissier (1893–1965) aus der Düsseldorfer Kunstsammlung, ein Konzert der Berliner Philharmoniker sowie eine Retrospektive mit Filmen Werner Herzogs.

Polnisch-sowjetischer Kulturvertrag

J.-G. G. **Köln**

Der in Warschau unterzeichnete gemeinsame polnisch-sowjetische Kultur- und Wissenschafts-„Plan“ sieht eine enge Koproduktion vor allen Dingen im Bereich des Verlags- und Filmwesens sowie im Rundfunk und Fernsehen vor. Jährlich sollen 500 polnische Studenten sowie zusätzlich 700 Studenten der Russizistik zum Studium in die UdSSR geschickt werden und 200 Pädagogen für Russisch dort Sonderschulungen absolvieren. Hinzu kommen 150 polnische Doktoranden und 350 Wissenschaftsexperten.

Eine Tagung über „*Lesen in der Schule*“

dpa, **Mainz**

„Lesen in der Schule – Leseförderung im Umfeld der Medien“ ist das Thema einer Arbeitstagung am 16. und 17. Dezember im Rathaus der Stadt Mainz. Sie wird von der Deutschen Lesegesellschaft (Mainz) zusammen mit dem Arbeitskreis Grundschule, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, dem Deutschen Lehrerverband, der Deutschen Sektion der International Reading Association und dem Verband Bildung und Erziehung veranstaltet.

Otto Messmer gestorben

Der Zeichner Otto Messmer, Erfinder der Comics-Figur „Felix the Cat“, ist in Newark im US-Bundesstaat New Jersey im Alter von 91 Jahren gestorben. Der zumeist anonym arbeitende Cartoonist, der seine künstlerische Ausbildung an der Thomas School of Art erhielt, veröffentlichte 1914 erste Beiträge bei „New York World“ und „Life“. Dann kreierte er Charlie Chaplin Cartoons für das „Paramount Screen Magazine“. Seinen weltberühmt gewordenen Kater, erfand Messmer 1919, als er noch unter dem Namen seines Arbeitgebers Pat Sullivan zeichnete. Messmers Talent bestand in seinem Sinn für absurde visuelle Gags, verbunden mit einer kindlichen Imaginationsgabe. Sein Kater Felix wurde zum Vorbild für Hunderte anderer Phantasiegeschöpfe, auch die von Walt Disney. Die öffentliche Anerkennung kam für Messmer mit der Weltausstellung in Montreal. Auch zahlreiche Museen zeigten seither Retrospektiven dieses schnellen und zugleich charmant einfachen Zeichners.

sg.

Chemiker auf den Spuren Stradivaris

WOLFGANG WILL, New York

Der Klang alter Streichinstrumente, der Stradivari-Geigen etwa oder der *Celli von Guarneri, ist legendär*, und die Kunst, sie zu bauen, geriet in Vergangenheit. Jetzt gelang es dem amerikanischen Biochemiker und Gelegenheits-„Fiddler" Joseph Nagyvary von der texanischen a-and m-University, das Geheimnis der „klassischen" Holzbehandlung zu lüften. Er fand bei der chemischen Analyse eine Reihe holzfremder Substanzen in einem Guarneri-Cello, so etwa auch geringe Mengen Gold.

Auf dieser Basis entwickelte er eine eigene, von ihm geheimgehaltene chemische Formel, in der er Holz „marinierte". Diese Formel hat er in Washington zum Patent angemeldet.

Mit Hilfe eines Elektronenmikroskops entdeckte er jedoch weit Wichtigeres: Danach sind die Poren des Holzes, aus dem die legendären Instrumente gefertigt sind, geöffnet, wie beim Holz lebender Bäume – obwohl sich *normalerweise* diese Poren bei geschlagenem, also „totem" Holz schließen. „Geschlossene Poren", urteilt der Wissenschaftler, „lassen eine Geige zu sehr vibrieren, wodurch unerwünschte Nebentöne entstehen."

Das Geheimnis also liegt in der Holzbehandlung, im Vermögen, das Schließen der Holzporen zu verhindern – und das, so glaubt der Texaner, ist aufgrund seiner geheimen chemischen Formel auch heute möglich. Er badete Holz in seiner Spezial-Lauge und schickte es nach China. Nur dort fand er einen professionellen Instrumentenbauer, der willens war, sein Holz zu verarbeiten.

Einige dieser Instrumente sind bereits erprobt worden, darunter von Paul Katz, dem Cellisten des Cleveland Quartetts. „Ich bin von diesem neuen Cello sehr angetan", urteilte er nach einem geheimen Probe-Spiel, „der Klang unterscheidet sich sehr wohl von anderen neuen Instrumenten – es mag noch nicht Stradivari-Klasse sein, aber ich sehe ein großes Potential." (SAD)

Jugendschützer machen Jagd auf Videopiraten

Millionengeschäft mit Raubkopien ist kaum zu stoppen

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Die Wirtschaftskriminalität mit illegalen Videokopien hat Formen angenommen, die diesen *Markt*, der schon im Vorjahr mit 3,2 Milliarden Mark Umsatz taxiert worden war, sprengen. Darauf hat jetzt die Bundeszentrale für jugendgefährdende Schriften in Bonn hingewiesen. Am Beispiel der Stadt Neuss weist sie nach, daß jeder zweite Videokunde sich mit Raubkopien versorgen läßt – eine Tatsache, die den Jugendschutz auf diesem Sektor immer unmöglicher macht.

Daneben werden Filmgesellschaften, die ihre Rechte weiterverkaufen wollen, enorm geschädigt. „Eurovideo" in München schätzt, daß von dem Film „Das Boot" vor Videostart bereits rund 10 000 Raubkopien vertrieben waren. Schaden: zwei Millionen Mark.

Den Stein ins Rollen brachte jetzt der Neusser Video-Verleiher Rolf-Dieter Minten. Seiner Ansicht nach betreiben allein in seiner Stadt 300 Raubkopierer ihr Handwerk. Sie verdienten, ohne Steuern zu zahlen, monatlich jeweils mit der Weitergabe „ihrer" Kassetten zwischen zehn- und zwölftausend Mark, bezögen teilweise nebenher noch Arbeitslosengeld und setzten ihre Ware aus dem Wohnzimmer über Imbißbuden oder Gaststätten um. Von „organisierten Verbrechern" würden Kinovorführer bedroht oder bestochen, nachts die Kinorolle für ein paar Stunden herauszugeben. Von diesem Band würden hochwertige U-matic-Bänder hergestellt und bundesweit an „Oberhändler" geliefert.

Minten: „Uns ist kein Fall bekannt, wo ein Autodieb so dreist war, das gestohlene Auto auch noch täglich zu vermieten." Wegen der Häufigkeit der Delikte hat inzwischen die Staatsanwaltschaft Düsseldorf ihr Ressort „Piraterie" erweitert. Die Kriminalpolizei schult Experten, die die Videopiraten aufspüren sollen. Die Folge: Die illegalen Lagerbestände werden auf mehrere Wohnungen verteilt.

Um die Raubkassette, die an sich *nur hand- oder maschinenbeschriftet* ist, auch offen anbieten zu können, seien Untergrund-Organisationen jetzt dazu übergegangen, in Videoshops leere Filmhüllen zu stehlen.

Wie gut das Geschäft mit den Raubkopien läuft, macht eine Zahl deutlich, die die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften jetzt mitgeteilt hat. In Großbritannien wurden zwei „Experten" dieses Gewerbes zu umgerechnet 15 Millionen Mark Schadenersatz verurteilt. Sie hatten Spielbergs „ET – der Außerirdische" unter die Leute gebracht. Im Verhältnis zu diesen Verdienstmöglichkeiten ist das Strafmaß von einem Jahr, das in Deutschland für Vergehen gegen das Urhebergesetz verhängt wird, geradezu lächerlich.

Aus Neuss kommt nun schon die zweite Anregung, gegen die Machen*schaften auf dem Videosektor vorzu*gehen. Das „Neusser Modell", das erst vor kurzem ins Leben gerufen wurde, sieht bereits vor, daß jugendgefährdende Filme – Streifen voller Gewalt-, Sex- und kriegsverherrlichender Darstellungen – mit einem Aufkleber zu markieren sind und daß die Händler sich bereit erklären, die Jugendschutz-Bestimmungen zu beachten.

Der Leiter der Bundesprüfstelle, Rudolf Stefen, hat bis Mitte dieses Jahres Videofilme indiziert. Mehr als 2000 Videofilme sollen nach Branchenschätzungen jugendgefährdend sein. Gerade diese Filme werden naturgemäß besonders häufig kopiert. Nur 1200 Titel der etwa 6000, die in annähernd 5000 Geschäften angeboten werden, sind nach Feststellung des „Katholischen Medieninstituts" in Köln „diskutabel".

In einer gutachterlichen Stellungnahme für die Bundesprüfstelle wies Professor Willy Rehm (Weingarten) darauf hin, daß ein der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) vergleichbares Institut der Video-Industrie diskutiert werde, daß die Prüfung der ominösen 2000 Titel jedoch Kosten in Höhe von rund acht Millionen Mark verursachen würde. Rehm: „Inzwischen hat man von der Video-Selbstkontrolle nichts mehr gehört."



Hunderte von Menschen werden noch unter den Trümmern vermißt. Soldaten im Dorf Horasan bei der Suche. FOTO: AP

Bebenopfer hoffen auf Hilfe aus der Luft

Viele anatolische Dörfer noch von der Außenwelt abgeschnitten / 2000 Tote befürchtet

E. ANTONAROS, Ankara

Nach Toten und Überlebenden suchten türkische Bergungsmannschaften auch gestern in den Trümmern von Dutzenden von Dörfern und Kleinstädten in den nordosttürkischen Provinzen Erzurum und Kars, die am Sonntagfrüh von einem schweren Erdbeben erschüttert worden waren. Bis gestern nachmittag hatten die Helfer mehr als 800 Todesopfer und mehrere hundert Schwerverletzte geborgen. Türkische Regierungsvertreter äußerten inzwischen die Befürchtung, daß mehr als 2000 Menschen während des nächtlichen Bebens umkamen.

Ganze Dörfer wurden nach Erzählungen von Augenzeugen dem Erdboden gleichgemacht. In den Ruinen werden noch Hunderte von Verschütteten vermutet. Obwohl das Katastrophengebiet in einer der am stärksten erdbebengefährdeten Regionen der Welt liegt – der Boden bebt fast ununterbrochen – bestehen die meisten Häuser aus lose verbundenen Steinen, die bei stärkeren Erschütterungen sofort zusammenfallen.

Über die Stärke des in ganz Anatolien spürbaren Erdstoßes gibt es abweichende Angaben: Im seismographischen Institut von Istanbul wurde er mit sechs Punkten auf der nach oben offenen Richterskala gemessen. Ein amerikanisches Institut im US-Bundesstaat Colorado gab die Stärke mit 7,1 Punkten an – eine ganz erhebliche Differenz. Nach amerikanischen Erkenntnissen hatte das Beben die zehnfache Stärke gegenüber dem *6-Punkte-Wert aus Istanbul.*

Weil im Erdbebengebiet, wo immer noch mittelstarke Nachstöße registriert werden, Panik herrscht, ruft der türkische Rundfunk fast stündlich die Ortsbevölkerung auf, die „verantwortungslosen und unzutreffenden Angaben" über Tausende von Toten zu ignorieren und nur den offiziellen Angaben Glauben zu schenken. Die Rettungsarbeiten werden an Ort und Stelle von drei Regierungsmitgliedern koordiniert. Gestern sahen sich auch der türkische Ministerpräsident Kenen Evren und Ministerpräsident Bülent Ulusi in den zerstörten Dörfern um.

Die Bergungsarbeiten in der ohnehin unwegsamen Gebirgsgegend werden durch anhaltende Regen- und Schneefälle behindert. Militärhubschrauber werfen seit Sonntag abend Nahrungsmittel, Wolldecken und Zelte ab. Gebirgsjäger der türkischen Streitkräfte machten sich gestern auf den Weg in besonders schwer zugängliches Gebiet, von dessen Schäden noch nichts bekannt ist.

Die Provinz Erzurum liegt in einer der gebirgigsten Gegenden der Türkei und ist praktisch von Oktober an von der Außenwelt abgeschnitten. Im Laufe des Erdbebens sollen sich Felsbrocken von den Bergmassiven gelöst haben und auf die Häuser gestürzt sein. „Ganze Dörfer rollten einen Berghang hinunter", erzählte ein Gendarm. „Die Überlebenden werden erfrieren", so einer der Helfer, „wenn sie nicht innerhalb der nächsten 48 Stunden eine Notunterkunft erhalten." Die Krankenhäuser sind überfüllt.

Nach Berichten türkischer Journalisten war es ein „fataler Zufall", daß die Erde ausgerechnet an einem Sonntag bebte. „An einem normalen Arbeitstag hätte es nicht so viele Todesopfer gegeben, weil die meisten Bauern schon vor Sonnenaufgang bei der Arbeit sind." Ostanatolien ist schon häufig von Erdbeben heimgesucht worden. Zuletzt in den Jahren 1975 und 1976 forderten Erdstöße in den Städten Lire und Muradiy, südöstlich von Erzurum, 6200 Todesopfer. (SAD)

Staatsanwalt ermittelt gegen Wiesheu

AP, München

Die Münchner Staatsanwaltschaft wird morgen ein Ermittlungsverfahren gegen CSU-Generalsekretär Otto Wiesheu wegen des schweren Verkehrsunfalls einleiten, bei dem am Samstag auf der *Autobahn* München-Nürnberg ein Rentner getötet und ein weiterer Mann schwer verletzt worden war. Wie die Staatsanwaltschaft erklärte, kann das Ermittlungsverfahren erst 48 Stunden nach der schriftlichen Benachrichtigung des Präsidiums des Bayerischen Landtags aufgenommen werden. Die Immunität Wiesheus als Landtagsabgeordneter braucht dagegen nicht aufgehoben zu werden, da der Landtag die Aufhebung der Immunität bei Verkehrsdelikten für alle Abgeordneten bereits zu Beginn der Legislaturperiode wie üblich beschlossen hatte.

CSU-Sprecher Godel Rosenberg teilte mit, Wiesheu werde seine Geschäfte als CSU-Generalsekretär schon in der nächsten Woche wieder aufnehmen, da er selbst bei dem Unfall nur leicht verletzt und inzwischen schon aus dem Krankenhaus entlassen worden sei.

Die Staatsanwaltschaft bestätigte, daß bei den Ermittlungen gegen Wiesheu *auch dessen Blutalkoholpegel* zur Zeit des Unfalls eine Rolle spielt. Es sei aber nicht üblich, den ermittelten Promillegehalt schon vor der Gerichtsverhandlung öffentlich bekanntzugeben.

Alarm auf Schrottplatz

dpa, Frankfurt

Auf einem Frankfurter Schrottplatz sind 16 mit Clophen gefüllte Kondensatoren ohne besondere Vorkehrungen gelagert worden. Laut Staatsanwaltschaft wird gegen Verantwortliche der Main-Kraftwerke in Frankfurt und einen Schrotthändler ermittelt. Das Kühlmittel Clophen kann sich bei Erhitzung auf mehrere hundert Grad in das Seveso-Gift Dioxin umwandeln.

Türkisch im Kreißsaal

dpa, Hamburg

Türkische Frauen, die in einer Hamburger Klinik ein Kind zur Welt bringen, können sich künftig in ihrer Muttersprache verständigen. Für 31 Hebammen, Krankenschwestern und Ärzte finden derzeit Sprachintensivkurse der Gesundheitsbehörde statt. Von den rund 16 000 im vergangenen Jahr in Hamburg geborenen Kindern waren 1120 Türken.

Bleibt „Blautopf" gesperrt?

AP, Stuttgart

Nach dem Tauchunglück vom Samstag, bei dem in der größten deutschen Unterwasserhöhle, dem „Blautopf" bei Blaubeuren, zwei Taucher ums Leben gekommen sind, erwägt die Stadtverwaltung Blaubeuren eine vollkommene Sperrung der Karstquelle. Die beiden verunglückten Männer hatten keine Genehmigung für den Einstieg in die Höhle.

Polizist vor Schwurgericht

rtr, Berlin

Ein 48jähriger Polizist muß sich demnächst wegen versuchten Totschlags vor dem Landgericht Berlin verantworten. Ein Schöffengericht gab das Verfahren zum zweiten Mal an das Schwurgericht ab. Der Beamte hatte 1981 nach einer Demonstration zwei jungen Frauen erhebliche Verletzungen mit seinem Schlagstock zugefügt.

Mehr Straftäter

dpa, Wiesbaden

Die Zahl der Menschen, die sich vor einem Strafrichter verantworten mußten, ist nach Angaben des statistischen Bundesamtes 1982 um knapp 30 000 auf 981 000 gestiegen. 772 000 wurden zu einer Freiheits-, Geld- oder Jugendstrafe verurteilt. Auch diese Zahl erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um rund 25 000. Mit einem Freispruch oder Maßregeln kamen 35 000 der Angeklagten davon, 2000 weniger als 1981.

LEUTE HEUTE

Suppen-Verzicht

Deutschlands berühmtester Koch, der mit drei „Michelin"-Sternen ausgezeichnete **Eckart Witzigmann**, wird in seinem Münchner Nobellokal „Aubergine" keine Schildkrötensuppe mehr servieren. Der Küchenmeister will „an der grausamen Verfolgung und Ausrottung der Meeresschildkröten" keinen Anteil mehr haben.

Trennung in Paris

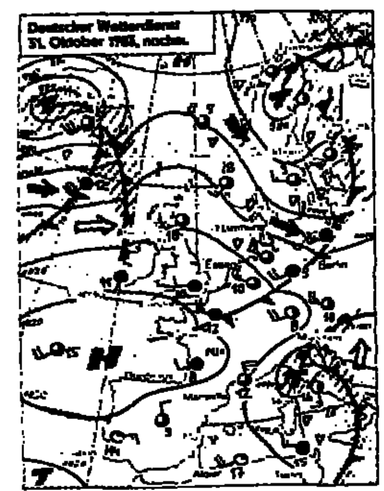
Alain Delon und **Mireille Darc** sind endgültig getrennt. Die 15 Jahre dauernde Liebesgeschichte hat ein Ende gefunden. Mireille Darc hat die dreistöckige Wohnung am Seine-Ufer verlassen, *zog* in eine elegante Wohnung nahe des Trocadero, die ihr Lieblingsschneider **Guy Laroche** zur Verfügung stellte.

„Monsieur France"

Frankreich hat zum ersten Mal einen „Monsieur France". **Jean-Claude Arrigon**, Barkeeper aus Annecy, darf sich *ein Jahr lang mit dem Titel* schmücken. Er hatte der weiblichen Jury in Dole von 24 Konkurrenten am besten gefallen: im Smoking, in einem Phantasiekostüm und im Slip.

WETTER: mild

Wetterlage: Zwischen einem Hoch über der Biskaya und einem Tief, das von Island rasch nach Norwegen zieht, wird milde Meeresluft nach Deutschland gelenkt. Ausläufer beeinflussen dabei den Norden und Osten Deutschlands.



Vorhersage für Dienstag:
Im nördlichen und östlichen Deutschland: Meist stark bewölkt und zeitweise Regen. Temperaturen nahe 12, nachts um 5 Grad. Mäßiger, an der See auch starker Wind aus westlichen Richtungen. Im westlichen und mittleren Deutschland wolkig mit Aufheiterungen und weitgehend niederschlagsfrei. Temperaturen tagsüber 12, nachts 5 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus Südwest. Im Süden stark bewölkt und neblig-trüb, kein nennenswerter Niederschlag. Tagestemperaturen 10, nachts um 2 Grad. Schwachwindig.

Weitere Aussichten:
Keine durchgreifende Änderung.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Ort	°C	Ort	°C
Berlin	9°	Kairo	22°
Bonn	11°	Kopenh.	10°
Dresden	6°	Las Palmas	22°
Essen	10°	London	10°
Frankfurt	5°	Madrid	9°
Hamburg	9°	Mailand	14°
List/Sylt	9°	Mallorca	18°
München	8°	Moskau	5°
Stuttgart	6°	Nizza	13°
Algier	17°	Oslo	14°
Amsterdam	12°	Paris	12°
Athen	18°	Prag	5°
Barcelona	16°	Rom	16°
Brüssel	11°	Stockholm	9°
Budapest	9°	Tel Aviv	24°
Bukarest	10°	Tunis	15°
Helsinki	7°	Wien	10°
Istanbul	14°	Zürich	8°

* **Sonnenaufgang am Mittwoch:** 7.15 Uhr, Untergang: 16.55 Uhr, **Mondaufgang:** 3.35 Uhr, Untergang 16.21 Uhr,
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Den Jahrtausend-Wendern bleiben knapp 6000 Tage

dpa, München

Bislang war ihre utopistische Vereinsmeierei auf sieben Mitglieder beschränkt. Doch nun, am 1. November sind es 5905 Tage vor der Wende des Jahrtausends, kündigen die Herren vom 1977 in München ins Leben gerufenen „*Committee 2000*" die Öffnung ihrer Ideenschmiede an. Das Ziel: Rund um den Erdball, in jeder der 24 Zeitzonen, soll ein „Committee 2000" gegründet werden, um die Feier des 31. Dezember 1999 nicht als „Generation der Zuschauer", sondern aktiv mit allen denkbaren und außergewöhnlichen Attraktionen zu begehen. Ein in München installiertes Computersystem soll den Gründungsvätern in den restlichen 16 Jahren das Mammut-Silvester vorbereiten helfen.

Mit 200 Mark dabei

Mit 200 Mark plus einem *Kopf* voller Ideen kann man nun dabei sein, wenn der Zukunft eine vergnügliche Perspektive abgewonnen wird. Und gerade in Zeiten der düsteren Prognosen halten die gestandenen Männer im mittleren Alter um den Journalisten Max Schulze-Vorberg jr. ihren Zukunftsoptimismus für sinnvoll. So lassen sie schon den Champagner für die größte Silvesterfeier des Jahrtausends abfüllen. Joseph Beuys und Andy Warhol machten, *natürlich mit einer Auflage von ge*nau 2000, Kunst für diesen Club der langfristig Denkenden.

Aus der launigen Biertischidee der kreativen Männer, darunter der Künstler Hans-Jörg Voth, der Musikproduzent Michael Kunze sowie der Medienmann Richard Dill, droht nun ein hektisches Unternehmen zu werden. Denn „jeder Tag vor der Jahrtausendwende ist historisch, und wir haben nur noch knapp 6000 davon", rechnet Schulze-Vorberg vor. Für eine weltweite Fernsehübertragung am Jahrtausendtag selbst hat man schon lange die notwendigen Satellitenleitungen gebucht. Vorher, so der Gedanke des neuen Wiener „Committee *2000"-Ablegers, könnten sich eigent*lich noch der US-Präsident und das Staatsoberhaupt der UdSSR im Wiener Hotel Imperial auf zwei friedensstiftende Kelche Champagner treffen. Champagner und zwei Gläser stehen in einer Hotel-Vitrine bereit.

Weltverbesserer oder Religionsstifter *wollen die Leute vom „Committee* 2000" keineswegs sein. Die immer wieder aufkommenden Fragen, ob das nun Jux sei oder Ernst, ökonomische Überlegungen eine Rolle spielten oder nicht, lassen sich so klar wohl nicht beantworten. Die Kunst von bekannten Künstlern, die nun auch zur Mitgliederwerbung eingesetzt wird, geht natürlich ins Geld. Große Projekte wie der von Hans-Jörg Voth einmal geplante Hügel in einem Niemandsland mit 2000 Kubikmetern Erde aus allen Ländern der Welt scheiterten aber am Geld: 52 Millionen Mark, rechnete man den Zukunftsstürmern aus, hätte der Transport von *Voths Erde für den* Kegel ausgemacht.

„Zukunft hat Zukunft"

„Die Zukunft hat wieder Zukunft" ist der etwas trotzige Slogan der Wende-Planer mit der attraktiven Zweitadresse „2000 Hamburg Postfach 2000". „Überleben allein genügt nicht", schrieb ihnen der New Yorker Künstler Andy Warhol dazu ins Stammbuch. Noch 16 Jahre bleiben dafür – „nur noch 16 Jahre für so ein wichtiges Ereignis", bedauert Schulze-Vorberg.

Überraschung auf einem Unterwasser-Spaziergang

A. GRAF KAGENECK, Paris

Welche Schätze birgt das Meer? Welche von ihnen schenkte die Natur den Menschen, welche schenkten sie sich selber? Die Letzteren, das, was frühere Generationen von Seefahrern uns hinterlassen haben, interessieren in unseren Tagen immer mehr Amateur-Archäologen.

Das Absuchen des Meerbodens in Küstennähe ist in Europa und Amerika fast ein Volkssport geworden. Tonnen von Edelmetallen, römischen und griechischen Amphoren, Waffen und Skeletten wurden zu Tage befördert. Und die Faszination hält an. Frankreich mit seinen nahezu 3000 Kilometern Küste an drei Meeren hat nicht geringen Anteil daran.

Jetzt hat ein Bretone, der 36jährige Zahntechniker Loic le Tiec aus Guincamp in Finistere, einen sensationel*len Fund gemacht: die Ladung eines* Schiffes, das vermutlich ein galloromanisches war und irgendwann zwischen dem ersten und siebten Jahrhundert unserer Zeitrechnung vor den Felsenküsten der Bretagne gesunken sein muß.

Alten Wracks auf der Spur

Loic taucht seit seinem 12. Lebensjahr. Er hat die Spaziergänge in 50 bis 100 Meter Tiefe zu seinem zweiten Beruf gemacht, und seine eigentliche Leidenschaft ist es, vor den Korallenriffen der „rosa Granitküste" am Atlantik *nach* alten Wracks zu suchen. Vor einigen Wochen wurde er fündig.

In 20 Meter Tiefe hatte Loic le Tiec im Juli an der Nordseite eines besonders rissigen Riffs „Steine" entdeckt, die ihm wegen ihrer eigenartigen Gleichförmigkeit aufgefallen waren. Beim Kratzen mit dem Messer entdeckte er, daß es sich nicht um Steine, sondern Metall handelte. Er hatte Blei-Barren vor sich, wie sie im Altertum als Ballast für Schiffe bei hohem Seegang benutzt wurden. Loic mühte sich drei Tage damit ab, einen der Barren zu heben. Schließlich hatte er ein 150 Kilo schweres Trumm in seinem Schlauchboot liegen. Es trug Zahlen und Buchstaben, die der Amateur-Archäologe nicht entziffern konnte. Lateinisch, gallisch, vielleicht sogar keltisch? Loic beschloß, sich an Fachleute zu wenden.

Verwirrende Inschriften

Ende August schaltete sich das Archäologische Amt für Unterwasserfunde (Drasm) in Marseille ein. Mit seiner Hilfe wurde die Hebung der Schätze nun systematisch betrieben. Schließlich hatte man 148 Lasten ans Ufer gebracht, in allen möglichen Formen: runde Galetten, Barren, pyramidenförmige Brocken, aber alle aus purem Blei. Sonst, außer ein paar Dachziegeln typischer römischer Provenienz nichts, auch keine Weinkrüge, was mit Sicherheit auf ein römisches Schiff hingewiesen hätte. Aber immer wieder fand man Inschriften, die selbst für Wissenschaftler nicht zu entziffern waren.

Noch rätselt man. Englische Kollegen sind eingeschaltet, Spezialisten für das Keltische aus Wales. Denn in Wales gab es, zu Anfang unserer Zeitrechnung, viele Zinn- und Bleigruben, aus denen Material für Waffen und Rüstungen gehoben wurde. Rüstungen für die Römer, die damals Gallien besetzt hielten. „Wir haben für drei bis vier Jahre Arbeit", sagt Michel l'Hour vom Drasm in Marseille. Vielleicht geben die Dachziegel Auskunft. Denn an ihrer Körnung will man, auf das Jahrhundert genau, ihren Ursprung feststellen können.

ZU GUTER LETZT

„Orang-Utan wurde Fotomodell aus Liebe" (Schlagzeile einer AP-Meldung über einen Affen im Zoo von Tel Aviv, der als „dressman" Sportkleidung anzog und damit den Kauf einer Braut aus Frankfurt ermöglichte).